**Staatliches Amt
für Landwirtschaft und Umwelt
Westmecklenburg**

StALU Westmecklenburg
Bleicherufer 13, 19053 Schwerin

persönliche Übergabe

Naturwind Schwerin GmbH
Schelfstr. 35
19053 Schwerin

Telefon: [redacted]
Telefax:
E-Mail: [redacted]
Bearbeitet von: [redacted]

StALU WM-54-4846-5711.0.1.6.2V – Göhrener Tannen I
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Schwerin, 17. September 2026

Immissionsschutzrechtlicher Bescheid

nach § 4 BImSchG

für die Errichtung und den Betrieb von einer Windkraftanlage nach Nr. 1.6.2 Anhang 1 der 4. BImSchV

am Standort 19061 Schwerin - Krebsförden

„WKA Göhrener-Tannen I“

Gez. 74/26

Hausanschrift:

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg
Bleicherufer 13

19053 Schwerin

Telefon: 0385 / 588 66 - 000
Telefax: 0385 / 588 66 - 570

E-Mail: poststelle@staluwm.mv-regierung.de

Allgemeine Datenschutzinformation:
Der Kontakt mit dem StALU Westmecklenburg ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DSGVO i.V.m. § 4 (1) DSG M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.stalu-mv.de/Service/Datenschutz/.

Inhaltsverzeichnis

A. Entscheidung....3
B. Antragsunterlagen....4
C. Nebenbestimmungen....4
I. Bedingungen....4
I.1. Bauordnung....4
I.2. Brandschutz und Forst....4
II. Befristung....5
III. Auflagen....5
III.1. Allgemeines....5
III.2. Bauordnung....5
III.3. Immissionsschutz....7
III.4. Naturschutz....8
III.5. Wasser und Abfall....13
III.6. Boden und Abfall....18
III.7. Brandschutz....20
III.8. Arbeitsschutz....21
III.9. Luftfahrt....24
III.10. Anzeigen und Abnahmen....26
D. Begründung....28
I. Sachverhalt....28
I.1. Antragsgegenstand....28
I.2. Verfahrensart....28
I.3. Zuständigkeit....29
I.4. Vollständigkeit....29
I.5. Behördenbeteiligung....29
I.6. Gemeindliches Einvernehmen....30
I.7. Denkmalschutz....30
II. Entscheidung....31
II.1. Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen....31
II.2. Sofortige Vollziehung....31
II.3. Ausnahmegenehmigung gemäß § 6 LBauO M-V i.V.m. § 67 LBauO M-V....33
II.4. Ausnahmegenehmigung gemäß § 2 Nr. 6 WAbstVO M-V....33
II.5. Ausnahmegenehmigungen gemäß § 16 Abs. 3 AwSV....33
II.6. Gebührenfestsetzung....35
II.7. Anhörung....35
III. Bedingungen....39
III.1. Bauordnung....39
III.2. Brandschutz und Forst....39
IV. Befristung....41
V. Auflagen....42
V.1. Allgemeines....42
V.2. Bauordnung....42
V.3. Immissionsschutz....43
V.4. Naturschutz....45
V.5. Wasser und Abfall....50
V.6. Boden und Abfall....51
V.7. Brandschutz....52
V.8. Arbeitsschutz....52
V.9. Luftfahrt....52
V.10. Anzeigen und Abnahmen....53
E. Hinweise....54
I.1. Allgemeine Hinweise....54
I.2. Bauordnung....55
I.3. Immissionsschutz....56
I.4. Naturschutz....57
I.5. Wasser und Abfall....57
I.6. Boden und Abfall....58
I.7. Brandschutz....59
I.8. Straßenbau-/Verkehrsrecht....59
I.9. Arbeitsschutz....61
I.10. Forst....61
I.11. Luftfahrt....61
I.12. Denkmalschutz....62
I.13. Netzanschluss....63
I.14. Bergbaurecht....63
F. Rechtsgrundlagen....63
Rechtsbehelfsbelehrung....65

A. Entscheidung

1. Nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen, unbeschadet der auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhender Ansprüche Dritter, wird der Naturwind Schwerin GmbH die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von einer Windkraftanlage (WKA) des Typs Vestas V162-7.2 MW mit Serrations (STE)[1] mit einer Gesamthöhe von 250 m, einer Nabenhöhe von 169 m, einem Rotordurchmesser von 162 m und einer Nennleistung von 7,2 MW an nachfolgend genanntem Standort

19061 Schwerin				mit den Standortkoordinaten[2]	
Bezeichnung	Gemarkung	Flur	Flurstück	Rechtswert	Hochwert
WKA 1	Krebsförden	10	17/8	33263333	5940508

erteilt.

2. Die unter C. d. B. (dieses Bescheides) aufgeführten Nebenbestimmungen sind Bestandteil dieses Tenors.

3. Die sofortige Vollziehung der Nebenbestimmungen unter den Ziffern C.III.2., C.III.3., C.III.4. – ausgenommen C.4.17 bis C.4.20, C.III.5., C.III.6., C.III.7., C.III.8., C.III.9. und C.III.10 d. B. wird angeordnet.

4. Die Ausnahmegenehmigung nach § 67 LBauO M-V i.V.m. § 6 LBauO M-V wird für die im Lageplan dargestellte Überdeckung unter der Bedingung Ziffer C.I.2.3 d. B. und unter der Auflage Ziffer C.III.3.1 d. B. erteilt.

5. Die Ausnahmegenehmigung nach § 2 Nr. 6 WAbstVO M-V für die Unterschreitung des gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 des Landeswaldgesetzes einzuhaltenden Abstandes zum Wald von 30 Metern auf 0 Meter zur Waldgrenze bei der Errichtung von baulichen Anlagen wird erteilt.

6. Die Ausnahmegenehmigung nach § 16 Abs. 3 AwSV zum Verwenden von Kühlflüssigkeit in der Gondel mit außenliegenden Rückkühler und Ausgleichbehälter wird erteilt.

7. Die Ausnahmegenehmigung nach § 16 Abs. 3 AwSV für die Ausführung der Kranstellfläche zum Abfüllen flüssiger wassergefährdender Stoffe, der Abfüllfläche zum Austausch von Betriebsmitteln sowie Umschlagflächen zum Be- und Entladen von Betriebsmitteln wird erteilt.

8. Dieser Genehmigungsbescheid ist gebührenpflichtig.

   Die Kosten hat die Antragstellerin zu tragen. Die Gebühr für die Bearbeitung des Antrags auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der o. g. WKA wird auf [redacted] festgesetzt.

   Der Betrag ist unter Angabe des Kassenzeichens bis zum **15. Oktober 2026** auf folgende Bankverbindung zu überweisen:

Empfänger:	Landesamt für Finanzen Mecklenburg-Vorpommern Abteilung Landeszentralkasse
IBAN:	DE26 1300 0000 0014 0015 18

[1] Serrated Trailing Edges
[2] Bezugssystem ETRS 89 – UTM Koordinate Zone 33

BIC: MARKDEF1130
Kassenzeichen: 6986260022346

B. Antragsunterlagen

Dieser Genehmigung liegen alle zur Eröffnung des Genehmigungsverfahrens eingereichten sowie alle anschließend nachgereichten Unterlagen nach §§ 3, 4 und 4a bis 4e der 9. BImSchV, einschließlich aller darin enthaltenen Formblätter, Pläne, Abbildungen und Anhänge zu Grunde. Da im Folgenden teilweise auf diese Bezug genommen wird, ist das Inhaltsverzeichnis der Antragsunterlagen im Anhang 1 d. B. wiedergegeben.

C. Nebenbestimmungen

I. Bedingungen

I.1. Bauordnung

I.1.1 Die Genehmigung zur Errichtung einschließlich des Wegebaus und zum Betrieb nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass mit der Durchführung der Baumaßnahme erst begonnen werden darf, wenn die bautechnischen Nachweise (Standsicherheitsnachweis) geprüft sind und die Prüfberichte des beauftragten Prüfingenieurs einschließlich der Erlaubnis zum Baubeginn der Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat III, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege, als untere Bauaufsichtsbehörde schriftlich vorliegen.

Eiswurf / Eisabfall

I.1.2 Die Genehmigung zum Betrieb nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Genehmigungsbehörde zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der WKA ein Nachweis über den Einbau (Fachunternehmenserklärung) und der Funktionsfähigkeit eines Vestas Eiserkennungssystems (VID) sowie einer Rotor- und Gondelarretierung („Yaw into Fixed Position due to Ice“) vorgelegt wurde.

I.2. Brandschutz und Forst

I.2.1 Die Genehmigung zum Betrieb der WKA nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Feuerwehrzufahrt hergestellt ist. Diese Bedingung wird für den Fall wirksam, sofern die Inbetriebnahme vor Fertigstellung der Feuerwehrumfahrung erfolgen soll.

I.2.2 Die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der WKA nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass mit der Durchführung der Baumaßnahmen erst begonnen werden darf, wenn die brandschutztechnischen Nachweise (das standortbezogene Brandschutzkonzept) geprüft sind und der Prüfbericht des beauftragten Prüfingenieurs einschließlich der Erlaubnis zum Baubeginn der unteren Bauaufsichtsbehörde der Landeshauptstadt Schwerin vorliegt.

I.2.3 Die Genehmigung zum Betrieb der WKA nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Genehmigungsbehörde und der Forstbehörde für die WKA ein Nachweis über den Einbau und die Funktionsfähigkeit (Fachunternehmenserklärung) der automatischen Löscheinrichtungen in der Kanzel der WKA, sowie von Brandmeldern mit Abschaltvorrichtungen vor Inbetriebnahme vorgelegt wurde.
Die Brandfrüherkennung in der WKA ist auf die Brandmeldeanlage der Ypsomed Produktion GmbH aufzuschalten. In Ergänzung dazu müssen die BMA-überwachten

Räume in der WKA mittels Kamera einsehbar sein.

I.2.4 Die Genehmigung zum Betrieb der WKA nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass eine Maßnahme zum Ausgleich der Einschränkungen auf die Kreuzpeilung des Waldbrandfrüherkennungssystems FireWatch nach Abstimmung mit dem zuständigen Forstamt umgesetzt und der Nachweis der Umsetzung der Genehmigungsbehörde vorgelegt wurde.

II. Befristung

Die Genehmigung zur Errichtung nach Nr. A.1. d. B. erlischt für die Anlage, wenn mit ihrer Errichtung nicht bis zum **17. September 2029** begonnen wurde. Die Genehmigung erlischt weiter, wenn deren bestimmungsgemäßer Betrieb nicht spätestens bis zum **17. September 2031** aufgenommen wurde.

III. Auflagen

III.1. Allgemeines

III.1.1 Die Anlage ist entsprechend den vorgelegten und unter Anlage 1 dieses Bescheides genannten Unterlagen zu errichten und zu betreiben, sofern im Folgenden keine abweichenden Regelungen getroffen werden.

III.1.2 Das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Genehmigungsbescheides und die als Anlagen zur Genehmigung näher bezeichneten und beigefügten Unterlagen sind so aufzubewahren, dass sie bei Kontrollen sowie auf Ersuchen der zuständigen Behörden jederzeit vorgelegt werden können.

III.1.3 Der Betrieb der Anlage darf erst aufgenommen werden, wenn alle Nebenbestimmungen dieses Bescheides, soweit sich aus dem Text dieser Genehmigung nicht anderes ergibt, erfüllt bzw. ausgeführt sind.

III.2. Bauordnung

Bauzustandsanzeigen

III.2.1 Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns ist die Erklärung gemäß § 14 Abs. 1 der Bauvorlagenverordnung Mecklenburg-Vorpommern (BauVorlVO M-V) zum Nachweis des Erschütterungsschutzes vorzulegen.

III.2.2 Spätestens rechtzeitig vor Baubeginn sind folgende Nachweise vorzulegen (nur für den Fall, dass mit dem Baubeginn keine gültige Typenprüfung vorliegt):

- die Erklärung des Tragwerksplaners, dass der Kriterienkatalog nach Anlage 2 BauVorlVO M-V erfüllt/ nicht erfüllt ist

und

- die Erklärung gemäß § 14 Abs. 1 der Bauvorlagenverordnung Mecklenburg-Vorpommern (BauVorlVO M-V) zum Nachweis der Standsicherheit (sofern keine Prüfung gem. Kriterienkatalog erforderlich ist)

oder

- Standsicherheitsnachweise für das Fundament und den Turm (sofern eine Prüfung gem. Kriterienkatalog erforderlich ist)

Standsicherheit

III.2.3 Sofern eine Prüfung der Standsicherheitsnachweise notwendig wird, darf erst nach der Zustimmung zum Baubeginn mit dem jeweiligen Bauabschnitt begonnen werden. Bei einer gültigen Typenprüfung entfällt diese Auflage.

III.2.4 Während des Zeitraums der Nutzung der WKA muss eine gültige Typenprüfung vorliegen. Bei einer Prüfung der Standsicherheitsnachweise entfällt diese Auflage.

III.2.5 Mit der Überwachung der Ausführung der tragenden Bauteile, einschließlich der Bewehrung der Stahlbetonteile, gemäß § 81 LBauO M-V, wird der Prüfingenieur für Standsicherheit beauftragt. Der Baubeginn, der Name des Bauleiters, der Fachbauleiter und der Unternehmer sind dem Prüfingenieur rechtzeitig mitzuteilen. Alle konstruktiven Maßnahmen sind mit dem Prüfingenieur direkt abzustimmen, die Bauaufsichtsbehörde ist ggf. zu unterrichten.

III.2.6 Der Schlussbericht über die Rohbauabnahme des Prüfingenieurs für Standsicherheit ist Voraussetzung für die Anzeige der Nutzungsaufnahme (§ 81 Abs. 2 Nr. 1 und § 82 Abs. 1 LBauO M-V).

III.2.7 Für die Bauausführung ist ein Bauleiter und Unternehmer einzusetzen (§§ 53, 55, 56 LBauO M-V). Die Arbeiten dürfen nur unter ständiger Aufsicht eines erfahrenen Bauleiters ausgeführt werden, der bei eventuell auftretenden Unstimmigkeiten zwischen örtlichen Verhältnissen und der statischen Berechnung sofort die Bauaufsichtsbehörde zu benachrichtigen hat (§ 55 Abs. 1 und 2 LBauO M-V).

III.2.8 Diese immissionsschutzrechtliche Genehmigung wird unter dem Vorbehalt der nachträglichen Anordnung weiterer Auflagen zur Sicherung der sich aus § 12 LBauO M-V ergebenden Anforderungen erteilt. Die Genehmigungsbehörde kann auch nach Genehmigungserteilung Anordnungen zur Umsetzung des § 12 LBauO M-V treffen.

Bauordnung

III.2.9 Sofern kein Antrag auf Ablöse vorliegt und aufgrund luftfahrtrechtlicher Bestimmungen das o. g. Vorhaben einer Nachtkennzeichnung bedarf, ist diese mit einer bedarfsgesteuerten, dem Stand der Technik entsprechenden Nachteinschaltvorrichtung zu versehen, die nur bei der Annäherung eines Luftfahrzeugs aktiviert wird (bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung), soweit dies nicht luftfahrtrechtliche Bestimmungen oder luftfahrtbehördliche Anordnungen im Einzelfall ausschließen.

III.2.10 Diese immissionsschutzrechtliche Genehmigung wird unter dem Vorbehalt der nachträglichen Anordnung weiterer Auflagen zur Regelung der bedarfsgerechten, dem jeweiligen Stand der Technik entsprechenden Nachtbefeuerung erteilt. Die Genehmigungsbehörde kann auch nach Genehmigungserteilung Anordnungen zur Umsetzung des § 46 Abs. 2 LBauO M-V treffen.

Eiswurf / Eisabfall

III.2.11 Die WKA ist mit dem Vestas Eiserkennungssystem (VID) und einer „Yaw into Fixed Position due to Ice" - Funktion (Windnachführung in arretierte Position aufgrund von Eis) auszustatten.

III.2.12 Durch Hinweisschilder (mind. im Abstand der 1,2-fachen Gesamthöhe der WKA) ist an den Zufahrtswegen der geplanten WKA und den umliegenden Wirtschaftswegen auf die Gefährdung durch Eisabfall aufmerksam zu machen. Die Schilder sind so aufzustellen, dass sie von möglichen Benutzern der Wege frühzeitig erkannt werden. Hierbei können die Schilder durch ein eindeutiges Piktogramm gemäß „IEA Wind

TCP Task 19. International Recommendations for Ice Fall and Ice Throw Risk Assessments. Revision 1, April 2022" ergänzt werden, welches auf die Gefährdung durch Eisabfall hinweist.

III.2.13 Wurde durch den Eisdetektor Eisansatz an der WKA erkannt, ist der Rotor der WKA in eine Parkposition zu fahren und dort zu fixieren. Entsprechend der Vorgaben des Herstellers ist die Azimutposition des Rotors bis zur maximal möglichen Windgeschwindigkeit beizubehalten.

III.2.14 Die Funktionsfähigkeit des Eisdetektors der WKA ist vor Inbetriebnahme durch eine befähigte Person zu prüfen und zu dokumentieren. Betriebsbegleitend ist die Funktionalität des Eiserkennungssystems im Rahmen der vorgesehenen Prüfungen des Sicherheitssystems und der sicherheitstechnisch relevanten Komponenten der WKA durch eine befähigte Person aufzuzeigen. Für die Inbetriebnahme des Eiserkennungssystems ist die Anlernphase des Eiserkennungssystems zu berücksichtigen. Ist die Anlernphase nicht vor den winterlichen Vereisungsereignissen abgeschlossen, so sind geeignete Maßnahmen zur Vermeidung eines Eisabwurfs vorzusehen.

III.2.15 Der Genehmigungsbehörde ist innerhalb eines Monats nach Beendigung der Kalibrierphase der Eisdetektoren und vor Inbetriebnahme der WKA unaufgefordert ein Nachweis über die Funktionsfähigkeit der Eisdetektoren vorzulegen.

III.2.16 Ein manueller vorzeitiger Neustart der WKA nach Vereisung ist nur nach vorheriger Sichtprüfung und bestätigter Eisfreiheit zulässig.

III.2.17 Ein automatischer Neustart der WKA ist nur zulässig, wenn durch das Vestas Eiserkennungssystem (VID) die Eisfreiheit der Rotorblätter messtechnisch nachgewiesen wurde.

III.3. Immissionsschutz

Schall

III.3.1 Die im Bebauungsplan Nr. 39 der Stadt Schwerin „Industriepark Göhrener Tannen" aus dem Jahr 2002 ausgewiesenen immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel (IFSP) von 65 dB(A) für den Beurteilungszeitraum „tags" und 57 dB(A) für den Beurteilungszeitraum „nachts" sind durch die Zusatzbelastung der WKA nicht zu überschreiten.

III.3.2 Der von einer WKA des Typs Vestas V162-7.2 MW mit einer Nabenhöhe von 169 m und einer Nennleistung von 7,2 MW ausgehende maximal zulässige Emissionswert wird auf einen Schallleistungspegel von $L_{e,max}$ = 108,0 dB(A) (inkl. der Unsicherheit der Emissionsdaten gem. Ziff. 3b) und 3c) der LAI-Hinweise) festgesetzt.

III.3.3 Die WKA des Typs Vestas V162-7.2 MW ist im Beurteilungszeitraum „nachts" im schallreduzierten Modus „SO5" mit einer maximal zulässigen Abgabeleistung von 2.900 kW und einem maximal zulässigen Schallleistungspegel von $L_{e,max}$ = 100,7 dB(A) (inkl. der Unsicherheit der Emissionsdaten gem. Ziff. 3b) und 3c) der LAI-Hinweise) zu betreiben.

III.3.4 Die Betriebsweisen der WKA sind steuerungstechnisch zu erfassen. Dazu sind die Parameter Abgabeleistung in Kilowatt und Rotordrehzahl pro Minuten als 10 Minuten - Mittelungswerte aufzuzeichnen und zu protokollieren. Darüber hinaus sind die Windgeschwindigkeit und Windrichtung kontinuierlich aufzunehmen. Die Protokolle sind über einen Zeitraum von 12 Monaten zu speichern. Der Nachweis über die tatsächlichen Betriebsweisen der WKA ist der Genehmigungsbehörde erstmalig 3

Monate nach Inbetriebnahme und im Weiteren auf Anordnung zu erbringen.

Schatten

III.3.5 Vor Inbetriebnahme sind die neu errichtete Anlage und alle Immissionsorte, an denen prognostisch mit einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte für die astronomisch maximal mögliche Beschattungsdauer durch die Beiträge der Zusatzbelastung zu rechnen ist, geodätisch einzumessen (Bezugssystem ETRS 89 mit UTM-Abbildung - 6°-Zonensystem, vorangestellte Zone 33). Die Vermessungen sind zu protokollieren (Lageplan).

Auf Grundlage dieser Vermessungsdaten ist ein Abschaltkonzept zu erstellen und der Genehmigungsbehörde vorzulegen. Durch den Einsatz geeigneter selbstständig wirkender Abschalteinrichtungen und deren Konfiguration ist sicher zu stellen, dass es durch den Betrieb der mit diesem Bescheid genehmigten Windenergieanlage an allen von Schattenwurf betroffenen Immissionsorten zu keiner Überschreitung der maximal zulässigen meteorologischen (tatsächlichen) Beschattungsdauer von 8 Stunden pro Jahr und/oder 30 Minuten pro Tag kommen kann. Insbesondere müssen aus dem Abschaltkonzept die Lage und die räumliche Ausdehnung der programmierten Immissionsorte, der Standort der Windenergieanlage und die programmierten Abschaltzeiten ersichtlich sein.

III.3.6 Zur Sicherung der Einhaltung der unter C.III.3.5 d. B. genannten Nebenbestimmung ist vor Inbetriebnahme vom Hersteller der WKA eine Fachunternehmererklärung vorzulegen, durch die ersichtlich ist, wie die Abschaltung bei Schattenwurf bezogen auf den jeweiligen Immissionsort maschinentechnisch gesteuert wird.

III.3.7 Die ermittelten Daten zur Sonnenscheindauer und Abschaltzeit der WKA sollen von der Steuereinheit über mindestens 12 Monate dokumentiert werden.

III.3.8 Ein Protokoll über die erfolgten Abschaltzeiten ist erstmalig 6 Monate nach Inbetriebnahme und im Weiteren auf Anforderung durch die zuständige Behörde vorzulegen.

III.4. Naturschutz

Allgemeines

III.4.1 Zur Gewährleistung einer ökologisch sachgerechten Durchführung der Baumaßnahmen, insbesondere zur Berücksichtigung des vorsorgenden Biotop- und Artenschutzes, ist eine ökologische Baubegleitung (ÖBB) durchführen zu lassen. Diese ist durch eine fachkundige Person (eine naturschutzfachlich ausgebildete Fachkraft bzw. ein entsprechend qualifiziertes Fachunternehmen) durchzuführen. Die Aufgaben der ökologischen Bauberatung beinhalten: Teilnahme an allen Bauberatungen; Begleitung sowie regelmäßige Kontrolle der durchgeführten Schutzmaßnahmen (für Bodenbrüter zu Beginn der Brutperiode (01.03.) bis Mitte April wöchentlich, ab Mitte April 14-tägig und nach dem Ende der Brutzeit (31.08.) entbehrlich) und Dokumentation aller Maßnahmen zum Gehölzschutz, zum Schutz der Boden- und Gehölzbrüter. Vorschläge der ÖBB zur Umsetzung ggf. erforderlicher zusätzlicher Schutzmaßnahmen sind nach Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde umzusetzen. Die Vorgaben der Richtlinie R SBB 2023 sowie der "Hinweise zum Artenschutz beim Bau von Straßen" (2017) sind dabei einzuhalten. Die Kontrollprotokolle sind unaufgefordert bei der zuständigen Naturschutzbehörde einzureichen. Die gewählte ÖBB ist der zuständigen Naturschutzbehörde vor Baubeginn schriftlich auf dem Postweg (StALU

Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de) zu benennen.

Eingriffsregelung

III.4.2 Während der Bauphase ist auszuschließen, dass gesetzlich geschützte Gehölze z. B. durch Transporte im Kronen- und Stammbereich erheblich beschädigt werden. Die Vorgaben der Richtlinie R SSB 2023 sind einzuhalten und im Rahmen der ÖBB zu kontrollieren und ggf. fotografisch zu dokumentieren. Die Funktionssicherheit ist bis zum Abschluss der Arbeiten zu sichern und in einem Bericht der zuständigen Naturschutzbehörde vorzulegen.

III.4.3 Wurzelbereiche von gesetzlich geschützten Bäumen (§ 18 NatSchAG M-V), Baumreihen/Alleen (§ 19 NatSchAG M-V) und Biotopen (§ 30 BNatSchG, § 20 NatSchAG M-V) dürfen nicht als Lagerstätte für Baustoffe, Boden und Parkplätzen genutzt werden. Alternativ können Schutzmaßnahmen wie das Verlegen von Schutzplatten oder -matten (auf Kiesbett) um die Wurzelzone verwendet werden.

III.4.4 Schnittmaßnahmen zur Freistellung des Lichtraumprofils sind fachgerecht nach DIN 18920 und ZTV Baumpflege 2017 durchzuführen. Alternativ kann auch das Hochbinden der Äste in Betracht gezogen werden, wobei die Bindungspunkte entsprechend gepolstert werden müssen. Schnittmaßnahmen erfordern eine Überprüfung des betroffenen Bereichs auf Brutaktivität durch die ÖBB sowie der Zustimmung durch die zuständige Naturschutzbehörde.

Artenschutz

Boden-, Höhlen- und Gehölzbrüter

III.4.5 Eine Baufeldberäumung/ ein Baubeginn ist nur im Zeitraum vom 01.08. bis 28./29.02. vorzunehmen.

III.4.6 Ein Baubeginn zwischen dem 01.03. und 31.07. bedarf der Zustimmung des Dezernats 62, StALU WM und ist nur möglich, wenn entweder

a) vor dem 01.03. die betroffenen Bauflächen (Wegetrassen, Kranstellflächen und sonstige temporäre Bauflächen) inkl. eines 50 m Pufferbereichs vermessen und abgesteckt werden. Die abgesteckten Flächen werden mittels mindestens 2 m langer, rot-weißer Warnbänder aus Kunststoff - einseitig befestigt an der Oberseite von Pflöcken gerahmt.

   Folgende Anforderungen an die Pflöcke sind zu beachten:

   - Mindesthöhe der Pflöcke: 1,20 m über Geländeoberkante
   - Abstand der Pflöcke zueinander: 10 m bei Wegetrassen, 20 m bei Kran- und Stellflächen
   - flächige Ausdehnung der Pflocksetzung bis 5 m über den Rand der für die WKA abgesteckten Flächen hinaus

   Die Vergrämungsmaßnahme muss mindestens bis zum Beginn der Erdarbeiten erhalten bleiben und darf nicht länger als drei Monate ohne Bautätigkeiten durchgeführt werden. Sofern länger als drei Monate Vergrämungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, sind im Rahmen der ÖBB zusätzliche Maßnahmen, wie Verdichtung der Pflöcke, Umspannung der Pflöcke oder Aufstellen zusätzlicher Störreize erforderlich. Bei Bauunterbrechungen von mehr als acht Tagen ist eine erneute Einrichtung der Vergrämungsmaßnahme ebenfalls erforderlich.

oder

b) die benötigten Flächen für Fundamente, Wege, Montage und temporäre Material-, Erdlager usw. außerhalb der Brutzeit von Vegetation befreit und bis zum Baubeginn durch Pflügen oder Eggen vegetationsfrei gehalten werden („Schwarzbrache").

oder

c) die Bauarbeiten vor dem 01.03. beginnen und ohne längere Unterbrechung (> 1 Woche) über die gesamte Brutzeit fortgesetzt werden. Sollte es zu einer längeren Unterbrechung kommen, sind auf den betroffenen Flächen Vergrämungsmaßnahmen nach a oder b durchzuführen.

Der Nachweis über die erfolgten Maßnahmen ist der zuständigen Naturschutzbehörde schriftlich auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de) unaufgefordert einzureichen.

III.4.7 Sofern die Baumaßnahmen innerhalb der Brutzeit (01.03. – 31.07.) erfolgen, sind in jedem Fall die eingriffsrelevanten Stellen (im Bereich der Kranstell- und Montageflächen, Fundamenten und Zuwegungen, Wegeflächen und Kabeltrassen jeweils inkl. eines 50 m Pufferbereichs) vor Baubeginn durch einen entsprechenden Sachverständigen oder im Rahmen der ÖBB von einer nachturschutzfachlich ausgebildeten, fachkundigen Person auf Brutaktivität von Vögeln zu prüfen. Es ist zu prüfen, ob zum beabsichtigten Bauzeitpunkt Brutverdacht, -reviere, -aktivität oder generelle Aktivität/Vorkommen besteht. Sollten sich trotz o. g. Vergrämungsmaßnahme Brutvögel angesiedelt haben, sind jegliche Bautätigkeiten im betroffenen Baustellenbereich erst vorzunehmen, wenn die Jungvögel flügge sind. Protokolle der erfolgten Überprüfungen im Gelände durch eine geeignete Person sind vor Baubeginn schriftlich auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de) unaufgefordert einzureichen.

III.4.8 Eine Verletzung der der Gehölzbrüter ist auszuschließen, indem eine ggf. erforderliche Beseitigung von Gehölzen außerhalb der Brutzeit (01.03. – 01.10.) durchzuführen ist. Sofern die Einhaltung dieser Bauzeitbeschränkung aus belegbaren Gründen nicht möglich ist, ist vor Entfernung bzw. Rückschnitt von Bäumen bzw. Gehölzen diese auf Brutstätten zu prüfen. Sind Brutplätze vorhanden, sind jegliche Schnittmaßnahmen erst durchzuführen, wenn die Jungvögel flügge sind. Protokolle der erfolgten Überprüfungen im Gelände durch eine geeignete Person, sind vor Baubeginn schriftlich auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de) unaufgefordert einzureichen.

III.4.9 Sofern die Baumaßnahmen für die WKA in der Zeit vom 01.03. bis 01.10. (Brutzeit Gehölzbrüter) durchgeführt werden, ist rechtzeitig vor dem 01.03. der Lichtraumprofilschnitt an den vorgesehenen Gehölzen vorzunehmen, inkl. der Beräumung des Schnittgutes. Die Umsetzung der Maßnahme ist der zuständigen Naturschutzbehörde schriftlich anzuzeigen.

III.4.10 Im Zeitraum vom 15.04. bis 31.07. ist der Oberbodenabbau nur zulässig, wenn die entstehenden Erdwälle nicht zu steilen Abbruchkanten führen. Die Profilierung der Erdwälle hat so zu erfolgen, dass der Steilheitsgrad von maximal 45 Grad eingehalten wird, um die Entstehung potenziell geeigneter Brutplätze für höhlenbrütende Vogelarten, wie z. B. Bienenfresser (*Merops apiaster*), zu verhindern und deren Ansiedlungsversuchen entgegenzuwirken. Alternativ sind frisch abgetragene und nicht sofort weiterverarbeitete Bodenbereiche unmittelbar nach

Abtrag entweder zu planieren oder geeignet abzudecken.
Die fachgerechte Umsetzung der Maßnahme ist durch die ÖBB kontinuierlich zu überwachen und fortlaufend zu dokumentieren. Die vollständige Dokumentation ist auf Verlangen der zuständigen Naturschutzbehörde vorzulegen.

Amphibien und Reptilien

III.4.11 Auf den Flächen, der auf der in Abb. 5.1 im AFB (2025) dargestellten geplanten Zuwegungen müssen vor Errichtung von Baustraßen Zauneidechsen (*Lacerta agilis*) und Kreuzkröten (*Epidalea calamita*) abgefangen werden. Dazu ist folgendes Vorgehen erforderlich:

- Festlegung der Verläufe der Amphibien-/Reptilienschutzzäune und Munitionssondierungen auf den Trassen
- Aufstellen von Amphibien-/Reptilienschutzzäunen (glattes, witterungsbeständiges Material
- Partielle Mahd der Abfangflächen mit Freischneidern (kein schweres Gerät) und Abtransport des Mahdgutes, ca. 20% der Vegetation muss in gleichbleibender Verteilung unberührt bleiben
- Das Aufstellen der Schutzzäune sowie die Partielle Mahd der Abfangflächen darf nur innerhalb der in Auflage III.4.8 genannten Bauzeitenregelung stattfinden.
- Ab April oder Mai (abhängig von Witterung) werden Individuen der Zauneidechsen und Kreuzkröten von den Flächen gefangen, bis keine Nachweise mehr erbracht werden können.
- Die abgefangenen Tiere müssen temporär oder permanent auf artspezifisch geeignete Ersatzflächen umgesiedelt werden.

Die Durchführung der Auflage hat durch einen herpetologisch Fachkundigen im Rahmen der ÖBB zu erfolgen. Mit der zuständigen Naturschutzbehörde sind rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme die Position der Zäune und Kontrollintervalle abzustimmen.

III.4.12 Alle erfolgten Maßnahmen zum Schutz von Amphibien und Reptilien sind der Naturschutzbehörde nach Abschluss der Baumaßnahme schriftlich auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de) vorzulegen. Diese Dokumentation soll eine kartografische Darstellung des Zaunstandortes, die fotografische Darstellung desselben sowie Kontrollintervalle für das Absammeln der Amphibien enthalten.

Fledermäuse

III.4.13 Jegliche Baumaßnahmen (ausgenommen Innenausbau WKA sowie Anlieferung Großkomponenten) sind ganzjährig auf den Zeitraum zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang zu beschränken.

III.4.14 Die WKA ist im Zeitraum vom 01.05. bis 30.09. in der Zeit von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang bei einer Windgeschwindigkeit von unter 6,5 m/s in Gondelhöhe und einer Niederschlagsintensität von weniger als 2 mm/h abzuschalten. Die Abschaltungen sind während jeglichen Betriebes, inklusive Probebetrieb, umzusetzen. Vor Inbetriebnahme (inklusive Probebetrieb) der WKA ist dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg – Abteilung 6 „Windkraft“, Dezernat 62 „Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen“, als zuständige Naturschutzbehörde eine Erklärung des bauausführenden

Fachunternehmers vorzulegen, aus der ersichtlich ist, dass die Abschaltung funktionsfähig eingerichtet ist.

III.4.15 Falls der Parameter Niederschlag bei den beauflagten Abschaltungen Verwendung finden soll, ist zu belegen, dass dieser Parameter ohne Beeinflussung durch die Gondel/Rotorblätter gemessen wird und die Messungen bei der Steuerung der Anlage berücksichtigt werden können.

III.4.16 Die Abschaltzeiten sind inklusive der relevanten Umweltparameter mittels eines Betriebsprotokolls durch den Betreibenden zu dokumentieren. Die Abschaltzeitprotokolle sind der zuständigen Naturschutzbehörde jährlich bis zum 31.12. des Abschaltjahres in 10-Minuten-Intervallen (SCADA-Format) für den gesamten Abschaltzeitraum in digitaler Form als Excel- oder CSV-Datei vorzulegen. Für die betroffene WKA ist eine separate Excel-Tabelle einzureichen, die folgende Parameter enthält:

- Zeitstempel inkl. Zeitzone (nach ISO 8601 Bsp. 2022-04-07 11:20 + 00:00 oder separate Angabe der Zeitzone bei Datenübermittlung)
- Angabe zum Zeitstempel (ob der Zeitstempel der Wetterdaten den Anfang oder das Ende des 10-min-Intervalls widerspiegelt)
- mittlere Windgeschwindigkeit (m/s)
- mittlere Gondelaußentemperatur (°C)
- mittlere Rotationsgeschwindigkeit (U/min)
- mittlere Leistung (kW)
- ggf. mittlere Niederschlagsintensität (mm/min oder mm/h).

Alternativ kann das Format einer RDS-Datei gewählt werden.

III.4.17 In den ersten beiden Betriebsjahren kann zur Erfassung der Aktivität aller residenten und wandernden Fledermäuse ein Höhenmonitoring jeweils vom 01.04. bis 31.10. (von 13:00 Uhr bis 07:00 Uhr des Folgetages) durchgeführt werden. Die Durchführung wäre durch eine/-n Fachgutachter/-in an der WKA vorzunehmen und müsste während mindestens zwei vollständiger Fledermaussaisons (01.04. bis 31.10.) erfolgen. Das Höhenmonitoring wäre entsprechend den Anforderungen der AAB FL M-V des LUNG M-V, Kapitel 4.3, Stand: 01.08.2016 unter Berücksichtigung des aktuellen Standes der Technik zu konzipieren und durchzuführen. Eine Besprechung des geplanten Konzepts zum Höhenmonitoring mit der zuständigen Naturschutzbehörde wird rechtzeitig im Vorfeld an die Durchführung desselben empfohlen.

III.4.18 Die Genehmigung zum Betrieb ergeht unter dem Vorbehalt nachträglicher Auflagen zum Fledermausschutz zur Vermeidung der betriebsbedingten Erfüllung des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 BNatSchG. Bei Vorliegen wissenschaftlicher Erkenntnisse aus dem zweijährigen Höhenmonitoring können die pauschalen Abschaltzeiten der WKA standortspezifisch angepasst werden. Die Festlegung der nachträglichen Abschaltzeiten erfolgt nach fachlicher Prüfung durch das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg – Abteilung 6 „Windkraft", Dezernat 62 „Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen", als zuständige Naturschutzbehörde. Hierzu sind die Ergebnisse und Auswertung des Höhenmonitorings in geeigneter und nachvollziehbarer Form vorzulegen. Dazu sind ein Bericht des nachweislich qualifizierten Fledermaus-Fachgutachters unter Beachtung des aktuellen Wissensstandes mit den Monitoring-Ergebnissen, dessen fachliche Beurteilung mit Vorschlägen zum Abschaltalgorithmus, die

Betriebsprotokolle und die Ergebnisse der Klimadaten-Messung vorzulegen. Die Anpassung erfolgt im Rahmen einer Änderung der Nebenbestimmung gem. § 12 Abs. 2a S. 1 BImSchG. Ergeben die Ergebnisse des Höhenmonitorings, dass kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für Fledermäuse nach § 44 Abs. 1 BNatSchG am Standort besteht, werden die pauschalen Abschaltzeiten durch die Genehmigungsbehörde in Abstimmung mit dem Dez. 62 des StALU WM aufgehoben.

III.4.19 Die Fledermausaktivität ist wiederkehrend nach weiteren fünf Betriebsjahren nach Abschluss des zweijährigen Gondelmonitorings im Rahmen eines Risikomanagements erneut zu erfassen und zu bewerten, sofern die pauschalen Abschaltzeiten auf der Grundlage des vorangegangenen Höhenmonitorings entsprechend Auflage III.4.17 reduziert wurden. Dafür ist ein erneutes zweijähriges Höhenmonitoring entsprechend der Vorgaben der AAB-WEA M-V, Teil Fledermäuse (Stand 2016) und in Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde für Naturschutz im Zeitraum vom 01.04. bis zum 31.10. (von 13:00 Uhr bis 07:00 Uhr des Folgetages) durchzuführen.

Die Ergebnisse des Monitorings nach dieser Auflage (1. Jahr) sowie ein zusammenfassender Bericht (1. und 2. Jahr) sind der Fachbehörde für Naturschutz über die Genehmigungsbehörde nach Abschluss der Erfassung unaufgefordert bis zum 31. Januar des Folgejahres vorzulegen.

III.4.20 Ergeben die Ergebnisse des wiederholten Höhenmonitorings, dass kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für Fledermäuse am Standort besteht, behält sich die Genehmigungsbehörde vor, die Abschaltzeiten in Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde für Naturschutz aufzuheben. Ergeben die Ergebnisse des Höhenmonitorings, dass ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für Fledermäuse am Standort besteht, behält sich die Genehmigungsbehörde vor, die Abschaltzeiten basierend auf der Auswertung der Ergebnisse des wiederholten Höhenmonitorings nach Auflage III.4.19 in Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde für Naturschutz anzupassen.

III.5. Wasser und Abfall

Allgemeine Anforderungen

III.5.1 Für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie die Errichtung, den Betrieb, die Wartung sowie die Stilllegung der dazugehörigen Anlagen und deren Sicherheitseinrichtungen sind die Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV), die allgemein anerkannten Regeln der Technik (TRwS) sowie das BLAK-Merkblatt „Anforderungen der AwSV an Windenergieanlagen (WEA)“ einzuhalten.

III.5.2 Anlagenteile, die in direktem Kontakt mit dem wassergefährdenden Stoff stehen (primäre Anlagenteile, primäre Barriere), müssen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig sein. Undichtheiten der primären Anlagenteile müssen schnell und zuverlässig erkennbar sein.

III.5.3 Alle baulichen und technisch anlagenbezogenen Arbeiten/Maßnahmen bei der Neuaufstellung und Errichtung der dazugehörigen Anlageteile sind nur durch hierfür zugelassene Fachbetriebe auszuführen.

III.5.4 Instandhaltung-, Instandsetzungs-, Wartungs- und Reinigungsarbeiten an den Anlagenteilen dürfen nur von hierfür zugelassenen Fachbetrieben durchgeführt

werden.

III.5.5 Jegliche Befüll- und Entleerungsvorgänge an allen Anlagen haben unter Aufsicht durch eingewiesenes Personal zu erfolgen.

III.5.6 Im Zuge der Baumaßnahmen ist zwingend dafür zu sorgen, dass keine wassergefährdenden Stoffe (wie auslaufende Öle, Kraftstoffe und sonstige Betriebsstoffe) in den Boden gelangen. Entsprechende Hilfsmittel zur Schadensabwehr (Ölbindemittel, Auffangbehälter) sind jederzeit in ausreichender Menge und in unmittelbarer Nähe vorrätig zu halten.

III.5.7 Der Betreiber der Anlagen hat gemäß § 43 der AwSV eine entsprechende Anlagendokumentation anzufertigen und ständig fortzuführen. Bei vorgenommenen Änderungen an betroffenen Anlagen ist diese Dokumentation entsprechend zu aktualisieren.

III.5.8 Wesentliche Änderungen an den Anlagen, deren Stilllegung sowie wesentliche Abweichungen von den angezeigten Angaben sind beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg sowie bei der unteren Wasserbehörde der Landeshauptstadt Schwerin vorher schriftlich anzuzeigen.

Anforderungen an die bauliche Ausführung

III.5.9 Für die Anlagen zum Verwenden von Getriebeöl für Hauptgetriebe (Antrieb des Generators) sowie für Pitch- und Azimutgetriebe (Rotorblattverstellung, Gondelnachführung), Anlagen zum Verwenden von Hydrauliköl (Rotorblattverstellung, Gondelnachführung, Rotorbremse, Azimutbremse), Anlage zum Verwenden von Isolieröl im Transformator sind folgende Anforderungen einzuhalten:

a) Austretendes Öl/Schmierfett ist in einer flüssigkeitsundurchlässigen Rückhalteeinrichtung zurückzuhalten, die entweder unterhalb des Getriebes, in der Gondel/Nabe, im Mast oder im Turmfuß angeordnet ist.

b) Die Rückhalteeinrichtung muss für folgendes Volumen ausgelegt sein:

Da aufgrund der Betriebsweise bei Betriebsstörungen nicht mit dem rechtzeitigen Wirksamwerden von geeigneten Sicherheitsvorkehrungen gerechnet werden kann oder solche nicht vorhanden sind, muss das Rückhaltevolumen dem maßgebenden Volumen der in der Anlage vorhandenen wassergefährdenden Stoffe entsprechen.

Vorlage Unterlagen/ Nachweise

III.5.10 Die außenliegenden (Rück-)Kühler sowie alle dazugehörigen Anlagenteile dürfen erst endgültig in Betrieb genommen werden, wenn der unteren Wasserbehörde für diese Anlagen ein Prüfbericht von einem hierfür zugelassenen Sachverständigen im Rahmen der „Prüfung vor Inbetriebnahme“ nach § 47 AwSV und Anlage 5 AwSV vorliegt, welcher eine mängelfreie bauliche Ausführung (einschließlich Dichtheit u. ä.) sowie die Einhaltung der Gewässerschutzanforderungen bescheinigt.

III.5.11 Folgende Unterlagen/ Nachweise sind der unteren Wasserbehörde unverzüglich und unaufgefordert nach Vorlage, jedoch spätestens 4 Wochen vor Inbetriebnahme vorzulegen

- Inbetriebnahme-Prüfbericht des AwSV-Sachverständigen für den außenliegenden Rückkühler
- schriftliche Bestätigung des Betreibers, dass alle geplanten und genehmigten

technischen Ausführungen der Anlagen auch anlagentechnisch baulich so ausgeführt worden sind

- Nachweis der fachlichen Eignung für die bauausführenden Firmen
- Nachweise über die fachliche Eignung und Zulassung der verwendeten Anlageteile, wie z. B. Auffangwannen, Leckagesensoren, Armaturen, Ventile etc. (in Form von Prüfzeugnissen, Dichtheitsnachweisen, Bauartzulassungen u. ä.)
- Nachweise der Widerstandsfähigkeit insbesondere hinsichtlich der erforderlichen Drücke und Züge bei Förderaggregaten (Pumpen), (festen/flexiblen) Rohrleitungen und sonstigen Komponenten der Be-/Abfülleinrichtungen sowie der Zugfestigkeit insbesondere bei flexiblen Rohrleitungen und Zubehör
- Nachweise für das Servicefahrzeug:
  - o über den Einbau einer Totmannschaltung
  - o Zulassung der hierin enthaltenen Auffangwannen
- Betriebsanweisung für Anlagen zum Abfüllen und Umschlagen flüssiger wassergefährdender Stoffe sowie Anlage zum Verwenden von Kühlflüssigkeit in der Gondel mit außenliegender Rückkühler)
- Verlaufsplan der neu errichteten medienführenden Rohrleitungen

Löschwasserrückhaltung

III.5.12 Anlagenmüssen so geplant, errichtet und betrieben werden, dass die bei Brandereignissen austretenden wassergefährdenden Stoffe, Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sowie die entstehenden Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zurückgehalten werden.

III.5.13 Die Hinweise zur Branderkennung und Brandbekämpfung im Leitfaden für den Brandschutz in WEA, VdS 3523, des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. sind zu beachten und einzuhalten.

Selbstüberwachung

III.5.14 Der Betreiber hat die Dichtheit der Anlagen und die Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen regelmäßig zu kontrollieren und zu überwachen (u. a. Sicht- und Funktionskontrolle der zugänglichen Anlagenteile). Die Selbstüberwachung hat durch sachkundiges Personal zu erfolgen. Abweichungen vom bestimmungsgemäßen Betrieb und Veranlassung notwendiger Maßnahmen sowie das Ergebnis der Kontrollgänge sind im Betriebstagebuch zu dokumentieren.

Betriebsanweisung

III.5.15 Die Anlagen sind entsprechend § 44 der AwSV mit dem amtlich bekanntgegebenen Merkblatt zu Betriebs- und Verhaltensvorschriften beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen" entsprechend dem Anhang 4 der AwSV an gut sichtbarer Stelle (vorzugsweise am Zugang zum Turm/Mast oder im Eingangsbereich unten im Turm) dauerhaft zu kennzeichnen.

III.5.16 Das Anlagenpersonal ist nachweislich vor Aufnahme der Tätigkeit und dann mindestens einmal jährlich über Art, Menge und Gefährlichkeit der gehandhabten Stoffe, das Gefährdungspotential der Anlage, die Schutz- und Sicherheitseinrichtungen, die Kennzeichnung der Anlage sowie über das Verhalten im Störungs-, Brand- und Schadensfall zu unterrichten. Die Unterweisung der entsprechenden Mitarbeiter ist zu dokumentieren.

Betriebsstörungen, Havarien, Leckagen u.ä.

III.5.17 Für den Havariefall bzw. evtl. auftretende Leckagen sind entsprechende flüssigkeitsbindende und -aufnehmende Materialien in ausreichender Menge und in unmittelbarer Nähe vorrätig zu halten.

III.5.18 Bei Havariefällen ist neben der Feuerwehr auch unverzüglich die Untere Wasserbehörde zu verständigen.
Bei einer entsprechenden Notwendigkeit werden bei Bedarf durch die untere Wasserbehörde weitere Maßnahmen angeordnet. Ein Ab- bzw. Überlaufen der gehandhabten Stoffe, dessen Eindringen in das Grundwasser, in oberirdische Gewässer, in den Boden oder in die Kanalisation ist zuverlässig zu verhindern.

Stilllegung/ Rückbau

III.5.19 Bei der Stilllegung hat der Betreiber der Anlage alle in der Anlage enthaltenen wassergefährdenden Stoffe, soweit technisch möglich, zu entfernen. Er hat die Anlage gegen missbräuchliche Nutzung zu sichern. Des Weiteren gehört auch die Reinigung der betroffenen Anlageteile – einschließlich ordnungsgemäßer Beseitigung von anhaftenden wassergefährdenden Stoffen – dazu.

Niederschlagswasser

III.5.20 Das Niederschlagswasser ist breitflächig über die bewachsene Bodenzone zu versickern.

Ausnahmegenehmigung unter Ziffer D.II.5.1 d. B. für die Anlage zum Verwenden von Kühlflüssigkeit in der Gondel mit außenliegendem Rückkühler und Ausgleichsbehälter

III.5.21 Folgende Anforderungen an die Ausnutzung der Ausnahmegenehmigung unter Ziffer D.II.5.1 d. B. bestehen:

a) Das Volumen der Kühlflüssigkeit ist auf das unbedingt notwendige Volumen zu beschränken.

b) Das Füllvolumen der Kühleinrichtung ist so zu begrenzen, dass selbst bei maximaler Ausdehnung der Kühlflüssigkeit, insbesondere durch Temperaturänderung, ein Austritt über Belüftungseinrichtungen ausgeschlossen ist.

c) Als Kühlflüssigkeit dürfen nur die folgenden Stoffe oder Gemische verwendet werden:

- nicht wassergefährdende Stoffe oder
- Gemische der WGK 1, deren Hauptbestandteile Ethylen- oder Propylenglycol sind oder
- Kühlflüssigkeiten entsprechend der Positivliste in den "Empfehlungen der LAWA für wasserwirtschaftliche Anforderungen an Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren".

d) Die einzubauenden selbsttätigen Überwachungs- und Sicherheitseinrichtungen müssen im Falle einer Leckage die vorhandenen Umwälzpumpen sofort abschalten und eine Störmeldung absetzen.

e) Der Ausgleichsbehälter beim geplanten außenliegenden Rückkühler ist tiefer anzubringen als die übrigen Anlagenteile.

f) Die zu treffenden Maßnahmen bei Betriebsstörungen sowie beim Austritt wassergefährdender Stoffe sind in einer Betriebsanweisung zu regeln.

g) Der außenliegende Rückkühler, alle dazugehörigen Anlagenteile und Sicherheitseinrichtungen sowie die außenliegenden Rohrleitungen sind nach Maßgabe des § 46 Abs. 4 AwSV durch einen hierfür zugelassenen Sachverständigen auf ihren ordnungsgemäßen Zustand und Dichtheit hin überprüfen zu lassen.
Eine Überprüfung hat vor Inbetriebnahme oder nach einer wesentlichen Änderung, alle 5 Jahre beginnend mit der Inbetriebnahmeprüfung und vor der Wiederinbetriebnahme sowie bei endgültiger Stilllegung zu erfolgen.
Das jeweilige Protokoll ist der unteren Wasserbehörde nach der Überprüfung umgehend und unaufgefordert vorzulegen.

Ausnahmegenehmigung unter Ziffer D.II.5.2 d. B. für die Ausführung der Kranstellfläche zum Abfüllen flüssiger wassergefährdender Stoffe, der Abfüllfläche zum Austausch von Betriebsmitteln sowie Umschlagflächen zum Be- und Entladen von Betriebsmitteln

II.5.22 Folgende Anforderungen an die Ausnutzung der Ausnahmegenehmigung unter Ziffer D.II.5.2 d. B. bestehen:

a) Für den Austausch des Getriebeöls sind beim Abfüllen vom Boden aus entsprechend langen, feste oder flexible Rohrleitungen zu verwenden. Wegen des sehr hohen statischen Drucks dürfen hierfür nur zugelassene Pumpen und Leitungen mit einer erforderlichen Widerstandsfähigkeit verwendet werden.

b) Das Servicefahrzeug, mit dem die flüssigen Stoffe angeliefert bzw. abtransportiert werden, muss folgende technische Ausrüstung aufweisen:

- Totmannschaltung,
- Auffangwanne, die sich im Fahrzeug-Aufbau befindet und austretende Stoffe aus den IBC mit Frischöl, IBC für Altöl sowie den Pumpenaggregaten, Schlauchhaspel usw. zurückhält, und
- Die verwendeten Schläuche zum Abfüllen sind mit einer Trockenkupplung auszurüsten.

c) Bei Abfüllanlagen ist das maßgebende Volumen entweder der Rauminhalt, der sich beim größten Volumenstrom über einen Zeitraum von zehn Minuten ergibt, oder der Rauminhalt, der sich aus dem mittleren Tagesdurchsatz der Anlage ergibt, wobei der größere Wert maßgebend ist.

d) Austretende wassergefährdende Stoffe in den Auffangwannen sind fachgerecht als Abfall zu entsorgen.

e) Die zu treffenden Maßnahmen vor, während und nach dem Abfüllen oder dem Umschlagen sowie die beim Austritt wassergefährdender Stoffe erforderlichen Maßnahmen im Sinne von § 24 AwSV sind in einer Betriebsanweisung zu regeln.

f) Alle einzusetzenden Betriebsfahrzeuge sind grundsätzlich vor der Nutzung auf den Abfüllplätzen sowie Umschlagflächen auf deren technischen Zustand sowie Undichtigkeiten zu überprüfen.

g) Der Vorgang des Befüllens und Entleerens ist sowohl am Tank als auch an der Anschlussstelle in der Gondel durch fachkundiges Personal zu überwachen.

h) Eine direkte Kommunikation der beteiligten Personen -z.B. per Sprechfunk- ist

während dieser Vorgänge ständig sicherzustellen. Das gilt u.a beim Abfüllen flüssiger wassergefährdender Stoffe, auf der Abfüllfläche zum Austausch von Betriebsmitteln sowie beim Be-/Entladen von Betriebsmitteln in Transportbehälter.

III.6. Boden und Abfall

Allgemeine Anforderungen

III.6.1 Die Flächeninanspruchnahme ist auf das Nötigste bzw. das Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere für Flächen, die für den Rückbau der WEA zusätzlich zur bestehenden Flächeninfrastruktur in Anspruch genommen werden. Für die für den Rückbau (zusätzlich zur bestehenden Infrastruktur) in Anspruch genommene Flächen sind Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um die Böden vor Verdichtung/Vernässung, Stoffeinträgen und Verschmutzung zu schützen. Die benötigten Flächen (Baustelleneinrichtungsflächen, Lagerflächen, Flächen für Maschinenbewegung etc.) sind ausreichend zu dimensionieren.

III.6.2 Alle Arbeiten auf und mit Bodenmaterial sind bodenschonend und nur bei ausreichend trockenen Witterungsbedingungen und Bodenverhältnissen sowie bei Bodenfrost durchzuführen. Nach Möglichkeit sind Maschinen mit möglichst geringem Gesamtgewicht und möglichst geringer Bodenpressung einzusetzen.

III.6.3 Bodenabtrag hat rückschreitend und getrennt nach Oberboden, Unterboden und Untergrund zu erfolgen. Der freigelegte Unterboden wird nicht befahren. Bodenauftrag/Wiedereinbau von Bodenmaterial erfolgt vor Kopf und entsprechend der ursprünglichen Horizontierung/Schichtung.

III.6.4 Für die Zwischenlagerung unterschiedlicher Art (WKA-Segmente, Baumaterial, Bodenmaterial) sind geeignete Flächen vorzusehen. WKA-Segmente und Baumaterial sind auf befestigten Flächen zu lagern.

III.6.5 Bodenmaterialien unterschiedlicher Qualität und Eigenschaften (humoser Ober- und humusarmer bzw. humusfreier Unterboden) müssen deutlich getrennt voneinander gelagert werden (ggf. durch ein robustes Trennvlies). Oberbodenmieten dürfen maximal zwei Meter, Unterbodenmieten maximal drei Meter hoch sein. Bodenmieten dürfen grundsätzlich, auch während des Aufsetzens, nicht befahren werden. Die Mieten sind der natürlichen Begrünung zu überlassen.

Schutz des Bodens und des Grundwassers vor Schadstoffeinträgen und Fremdstoffen

III.6.6 Es sind Maßnahmen zum Schutz des Bodens und des Grundwassers vor Schadstoffeinträgen, ausgehend von Betriebsmitteln der WKA oder Maschinen, zu ergreifen. Wassergefährdende Stoffe dürfen nicht auf ungeschütztem Boden gelagert werden. Maschinen dürfen nicht auf ungeschütztem Boden geparkt oder betankt werden und sind vor jeder Benutzung auf die Dichtheit aller Leitungssysteme mit wassergefährdenden Stoffen zu prüfen.

III.6.7 Bodenmaterial darf nicht mit Baumaterial/Baustoffen vermischt/verunreinigt werden, sondern ist getrennt von diesen zu lagern.

III.6.8 Für das Zerlegen von WKA-Komponenten während des Rückbaus sind Schutzmaßnahmen zur Vermeidung des Eintrags von Stäuben in den Boden vorzusehen (siehe auch C.III.6.9).

Rückbau der WKA

III.6.9 Der Rückbau hat vollständig und bodenschonend zu erfolgen. Für die Zwischenlagerung der einzelnen Komponenten (Rotorblätter, Nabe, Gondel, Turmelemente) sind geeignete Flächen vorzubereiten. Bei der Segmentierung von insbesondere GFK- oder CFK-haltigen Komponenten, z. B. mittels Säge, sind entsprechende Schutzmaßnahmen umzusetzen (Einhausung sowie Auffangen und Filtern von Sägestaub und kontaminiertem Kühlwasser oder ausreichend dimensionierte Wannen, Matten/Platten oder Geotextilien, die auf dem Boden ausgebreitet werden). Es sind die Witterungsverhältnisse in Bezug auf Verwehung von Stäuben durch Wind oder Wegspülen von Stäuben durch Niederschlagswasser, zu berücksichtigen.

III.6.10 Ist für den Rückbau des Turmes ein Umziehen oder eine Sprengung notwendig, so ist die Fläche, die für den Aufprall vorgesehen ist, durch Errichtung eines Fallbettes zu schützen oder der Aufprall hat auf einer bereits vorbelasteten Fläche zu erfolgen. Vor Errichtung des Fallbettes ist ein Geotextil auszulegen.

III.6.11 Das Fundament (Flachgründung) ist vollständig zurückzubauen. Sollten Pfahlgründungen (Tiefgründungen) notwendig werden, so sind diese ebenfalls vollständig zurückzubauen.

III.6.12 Kranstell-, (De-)Montage- und Lagerflächen sind vollständig zurückzubauen. Zuwegungen und Kabeltrassen sind, soweit sie keine andere Verwendung außerhalb der zurückzubauenden WEA haben, sind ebenfalls vollständig zurückzubauen.

III.6.13 Der Rückbau darf nicht zum Entstehen einer zusätzlichen schädlichen Bodenveränderung führen. Auf allen zurückgebauten Flächen sind Verdichtungen im Untergrund zu lockern, sobald dies die aktuelle Bodenfeuchte zulässt. Abschließend ist eine durchwurzelbare Bodenschicht unter Beachtung der § 6-8 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) herzustellen. Bodenauftrag/Wiedereinbau von Bodenmaterial haben vor Kopf und entsprechend der ursprünglichen Horizontierung/Schichtung zu erfolgen.

III.6.14 Bei Nutzung von mineralischen Ersatzbaustoffen/Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerke gemäß § 2 Nr. 3 ErsatzbaustoffV (Zuwegung, Erdbaumaßnahmen) ist der Genehmigungsbehörde und der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg vor Baubeginn ein Konzept zur Umsetzung der Anforderungen der ErsatzbaustoffV vorzulegen.

Mit dem Einbau der mineralischen Ersatzbaustoffe/Recycling-Baustoffe darf in diesem Falle erst begonnen werden, wenn die Zustimmung der Genehmigungsbehörde vorliegt.

III.6.15 Gemäß § 25 ErsatzbaustoffV sind dem StALU WM die Lieferscheine und die entsprechende Dokumentation spätestens 1 Monat nach Einbau der mineralischen Ersatzbaustoffe/Recycling-Baustoffe zu übermitteln.

III.6.16 Für den technischen Rückbau der beantragten Anlagen ist bis spätestens 12 Monate nach Genehmigungserteilung ein vorläufiges Rückbaukonzept zu erstellen und der Genehmigungsbehörde vorzulegen. Hierbei sind insbesondere Aspekte der Rückbaumethodik, Rückbauumfang und technische Maßnahmen der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes, angelehnt an die DIN SPEC 486, darzustellen.

III.6.17 Der technische Ablauf des Rückbaus, der Demontage, des Recyclings und der Verwertung von WEA ist nach der DIN SPEC 4866 in folgende Phasen zu gliedern:

Vorbereitung, einschließlich Planung, Erstellung eines Lastenheftes sowie Schadstoffgutachten (1), Rückbau von Hochbauten (2), Rückbau von Tiefbauten (3), Rückbau von Nebenanlagen (4), Rückbau der Baustelle und Renaturierung (5) und Wiederverwendung, Recycling und Beseitigung (6).

III.6.18 Sämtliche rückbaurelevante Herstellerinformationen sind in einem Dokument zusammenzuführen, das über den gesamten Betriebszeitraum fortlaufend aktuell zu halten ist.

III.6.19 Beim Rückbau von WKA anfallendes nachweislich kontaminiertes Abbruchmaterial ist als besonders überwachungsbedürftiger Abfall einzustufen und nur in dafür zugelassene Anlagen durch entsprechende Unternehmen zu entsorgen oder zu behandeln.

III.6.20 Die beim Rückbau der Altanlagen anfallenden Materialmassen sind über Verbleibnachweise in einer Abfallmengenbilanz zu dokumentieren (Materialien zur Wiederverwendung, Abfall zur Verwertung und Abfall zur Beseitigung).

III.6.21 Für die beim Rückbau anfallenden Abfälle gelten die Verwertungspflichten des § 7 KrWG. Die Verwertung hat hochwertig und schadlos gem. § 8 KrWG zu erfolgen. Ist keine Wiederverwendung vorgesehen, sind die Bestandteile und Materialien der WKA technisch zu trennen und diese möglichst sortenrein der Verwertung zuzuführen (§ 9 KrWG).

III.6.22 Zur Trennung und Dokumentation von Abfällen, die beseitigt oder verwertet werden, sind die Vorgaben der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) und Abfallverzeichnisverordnung (AVV) anzuwenden. Die Abfälle sind mit Abfallschlüsselnummern zu versehen und zu dokumentieren. Bei carbon- oder glasfaserhaltigen Abfällen ist immer der Zusatz „enthält Glasfasern“ bzw. „enthält Carbonfasern“ mitzuführen.

III.7. Brandschutz

III.7.1 Vor Nutzungsaufnahme ist ergänzend zum Punkt 5.3 der Antragsunterlagen (Brandschutzpläne / Feuerwehrpläne) des generischen Brandschutzkonzeptes, erstellt durch TÜV SÜD Industrie Service GmbH vom 07.08.2024) ein Übersichtsplan nach DIN 14095, mit dem Anfahrtsweg zur WKA und dem Sperrradius (im Brandfall), sowie den Notfallnummern des Betreibers zu erstellen. Dieser Plan ist mit den Sachbearbeitern des Fachdienstes Feuerwehr und Rettungsdienst, Fachgruppe vorbeugender Brandschutz, abzustimmen.

III.7.2 Die Feuerwehr ist vor Inbetriebnahme und in regelmäßigen Abständen in das Objekt und den damit verbundenen Besonderheiten einzuweisen. Hierüber ist ein Protokoll anzufertigen und dem Fachdienst Feuerwehr und Rettungsdienst, Fachgruppe vorbeugender Brandschutz, in Kopie zukommen zu lassen.

III.7.3 Da nach einer Auslösung der Brandmeldeanlage eine kurzfristige Lageerkundung im Maschinenhaus der WKA aufgrund der Höhe nicht möglich ist, muss dieses mittels Kamera einzusehen sein. Der Standort eines dafür vorgesehenen Bildschirms ist mit der Feuerwehr abzustimmen.

III.7.4 Der Betrieb der Anlage für die kameragestützte Lageerkundung muss mindestens zwei Stunden nach einem eventuellen Ausfall der Netzstromversorgung möglich sein.

III.7.5 Das standortbezogene Brandschutzkonzept muss gem. § 66 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 LBauO M-V bauaufsichtlich geprüft sein und von Baubeginn an gemäß § 72 Abs. 8 LBauO M-V vorliegen.

III.7.6 Der Prüfbericht des Prüfingenieurs für Brandschutz wird Bestandteil d. B. Die Auflagen und Bemerkungen aus dem Prüfbericht sind zu beachten und zu erfüllen.

III.7.7 Die Festlegungen des geprüften und durch die untere Bauaufsichtsbehörde der Landeshauptstadt Schwerin bestätigten Brandschutzkonzeptes zum baulichen, anlagentechnischen und organisatorischen Brandschutz sind vollständig durchzusetzen. Die Eintragungen in den geprüften Unterlagen sind zu beachten und Bestandteil des Prüfberichtes (§ 3 und § 14 LBauO M-V).

III.7.8 Diese immissionsschutzrechtliche Genehmigung wird unter dem Vorbehalt der nachträglichen Anordnung weiterer Auflagen zur Sicherung der sich aus § 14 LBauO M-V ergebenden Anforderungen erteilt. Die Genehmigungsbehörde kann auch nach Genehmigungserteilung Anordnungen zur Umsetzung des § 14 LBauO M-V treffen.

III.8. Arbeitsschutz

III.8.1 Die WKA muss den Anforderungen des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) i.V.m. § 3 Abs. 2 der 9. Produktsicherheitsverordnung (Maschinenverordnung) entsprechen.

III.8.2 In der WKA ist eine Ausfertigung der zugehörigen EU - Konformitätserklärung zu hinterlegen. Mit der EG-Konformitätserklärung wird bestätigt, dass die Windenergieanlage den grundlegenden Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen aller relevanten europäischen Richtlinien entspricht.

III.8.3 In der WKA ist eine Ausfertigung der zugehörigen Unterlage für spätere Arbeiten im Sinne der Baustellenverordnung zu hinterlegen.

III.8.4 Der Errichter und der spätere Betreiber der WKA sind nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes verpflichtet, eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen. Dabei sind die gesetzlichen Bestimmungen der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV), der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) und der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) zu beachten. Insbesondere sind mögliche Gefährdungen für die beim Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Anlage tätigen Personen durch die Rotorlockscheibe sowie den Azimutbetrieb zu betrachten. Die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung, die abgeleiteten und festgelegten Maßnahmen des Arbeitsschutzes sind schriftlich zu dokumentieren.

III.8.5 Die Beleuchtungsstärke der Sicherheitsbeleuchtung der WKA ist auf der Grundlage der Gefährdungsbeurteilung festzulegen. Sie ist so vorzuhalten, dass sie ein gefahrloses Verlassen der WKA gewährleistet. Die Beleuchtungsstärke darf 15 Lux nicht unterschreiten. Im Einzelfall können höhere Beleuchtungsstärken erforderlich sein. Die Beleuchtungsstärke muss innerhalb von 0,5 s erreicht werden und mindestens für die Dauer der Gefährdung zur Verfügung stehen.

III.8.6 Für die WKA ist durch den Baustellenkoordinator eine Unterlage zu erarbeiten, die alle erforderlichen Informationen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz für spätere Arbeiten (Reparaturen, Sanierungen oder Wartungen) enthält, um auch die erforderlichen sicherheitsrelevanten Vorkehrungen treffen zu können. Nach Beendigung des Vorhabens ist diese Unterlage dem Bauherrn zu übergeben.

III.8.7 Die Zugangstreppen innerhalb der WKA und die Steigleitern sind so zu errichten, dass sie den Anforderungen der Techn. Regel Arbeitsstätten genügen. Geländer, die die freien Seiten von Treppen sichern, müssen lotrecht über der Stufenvorderkante gemessen eine Höhe von 1,00 m haben. Unmittelbar vor und

hinter Türen müssen Absätze und Treppen einen Abstand von mindestens 1,0 m, bei aufgeschlagener Tür noch eine Podesttiefe von 0,5 m einhalten. Der Zugang zur WKA ist entsprechend zu gestalten.

III.8.8 Die Aufstiegshilfen/Befahranlagen sind überwachungsbedürftige Anlagen im Sinne des Gesetzes über überwachungsbedürftige Anlagen (ÜAnlG) und der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV). Sie sind vor Inbetriebnahme unter Berücksichtigung der vorgesehenen Betriebsweise durch eine zugelassene Überwachungsstelle auf ihren ordnungsgemäßen Zustand hinsichtlich der Montage, der Installation, den Aufstellbedingungen und der sicheren Funktion zu prüfen.
Der Nachweis über die Inbetriebnahmeprüfung und die Festlegung der Prüffristen der wiederkehrenden Prüfungen ist am Betriebsort aufzubewahren. Unbeschadet dessen ist in der Kabine der Aufzugsanlage eine dauerhafte Kennzeichnung anzubringen, aus der Monat, Jahr der wiederkehrenden Prüfung und die prüfende Stelle ersichtlich ist. Die Bescheinigung über die Prüfung der Aufstiegshilfe/Befahranlage vor Inbetriebnahme ist dem Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Standort Schwerin in Kopie zu übersenden. Es ist sicherzustellen, dass auf den jeweiligen Turmebenen keine Quetsch- und Scherstellen durch die vorbeifahrende Aufzugsanlage entstehen.

III.8.9 Es sind Betriebsanweisungen gemäß § 12 BetrSichV zu erstellen, die u.a. ausführliche Handlungsanleitungen für folgende Vorgänge enthält:

- zu Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten
- zu besonderen Arbeiten wie Austausch von Komponenten, Rotorblättern, Getrieben etc.
- im Gefahrenfall
- bei der Benutzung persönlicher Schutzausrüstung

Die Betriebsanweisungen sind an geeigneter Stelle in der WKA vorzuhalten.

III.8.10 Aufgrund der besonderen Lage der Arbeitsplätze an den Windenergieanlagen sind die Aufgabenverteilung und der Ablauf von Rettungsmaßnahmen zur Rettung bei akuten Erkrankungen oder Verletzungen (Rettungskette) mit der zuständigen Rettungsleitstelle bzw. dem Ordnungsamt abzustimmen. Insbesondere gilt dies für:

- die Erreichbarkeit und Auffindbarkeit der Anlagen
- die eventuelle. Lotsenfunktion durch die örtliche Feuerwehr
- die Bereitstellung und den Einsatz von Rettungsmitteln und Fallschutzmitteln für die Einsatzkräfte
- das eventuelle Besteigen der Anlage durch Rettungskräfte

Die Angaben zur Absicherung /Ablauf der Rettungskette sind den Firmen, die an den Anlagen tätig werden, für deren Gefährdungsbeurteilung vor Aufnahme der Tätigkeiten zur Verfügung zu stellen.

III.8.11 Betriebseinrichtungen der WKA, die regelmäßig gewartet werden, müssen gut zugänglich sein. Hierzu sind ausreichend bemessene Steigleitern, Ruhebühnen, Arbeitsbühnen und dergleichen vorzusehen, die mit Hand- Zwischen und Fußleisten ausgestattet sein müssen.

III.8.12 Steigleitern müssen den Anforderungen gem. § 3 i. V. m. Anhang 1.11 ArbStättV entsprechen.

III.8.13 Die in der WKA ggf. verbauten Druckanlagen, zu denen auch Druckbehälter mit Gaspolster in Druckflüssigkeitsanlagen gehören, müssen gem. §§ 15 und 16 i.V.m. den Vorgaben des Anhanges 2 Abschn. 4 der BetrSichV vor erstmaliger Inbetriebnahme sowie wiederkehrend durch eine in Mecklenburg-Vorpommern

zugelassenen Überwachungsstelle (ZÜS) geprüft werden. Das Prüfprotokoll ist als Kopie vom Betreiber zur Einsichtnahme in der WKA zu hinterlegen.

III.8.14 In der WKA sind nach § 4 Nr. 5 ArbStättV Mittel und Einrichtungen zur Ersten Hilfe bereitzustellen und regelmäßig auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit prüfen zu lassen.

III.8.15 Es sind für die WKA geeignete Feuerlöscher in der erforderlichen Anzahl gem. § 4 Abs. 3 ArbStättV i. V. m. ASR A2.2 zur Verfügung zu stellen und regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen.

III.8.16 Vor Beginn der Bau- und Montagearbeiten haben sich der Arbeitgeber als Auftraggeber und die Arbeitgeber als Auftragnehmer gegenseitig über die auftretenden Gefährdungen zu informieren und ggf. bei einer gemeinsamen Gefährdungsbeurteilung zusammenzuwirken und Schutzmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 und 2 BetrSichV abzustimmen.

III.8.17 Die WKA ist mit Schutzeinrichtungen auszustatten, die den unbeabsichtigten Zugang zum Gefahrenbereich von beweglichen Teilen verhindern oder die die beweglichen Teile vor dem Erreichen des Gefahrenbereiches stillsetzen.

Die Schutzeinrichtungen

- dürfen keine zusätzlichen Gefährdungen verursachen,
- müssen stabil gebaut sein,
- dürfen nicht auf einfache Weise umgangen oder unwirksam gemacht werden können,
- müssen ausreichend Abstand zum Gefahrenbereich haben,
- dürfen die Beobachtung des Arbeitszyklus nicht mehr als notwendig einschränken und
- müssen die für den Einbau oder Austausch von Teilen sowie für die Wartungsarbeiten erforderlichen Eingriffe möglichst ohne Demontage der Schutzeinrichtungen zulassen, wobei der Zugang auf den für die Arbeit notwendigen Bereich beschränkt sein muss.

III.8.18 Im Rahmen der notwendigen Maßnahmen zur Ersten Hilfe sowie auf Grund der allgemeinen hygienischen Erfordernisse sind während der Errichtung und der Wartungs-, Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten an der WKA Augenspülflaschen oder Augenduschen mit steriler Spülflüssigkeit sowie ausreichend Trinkwasser zum Waschen vorzuhalten.

III.8.19 Arbeitsplätze, bei denen insbesondere im Zuge der Bauarbeiten sowie Wartung und Instandhaltung die Gefahr des Absturzes von Beschäftigten bestehen, müssen mit Einrichtungen versehen werden, die verhindern, dass Beschäftigte abstürzen.

III.8.20 Werden von einem Arbeitgeber auf einer Baustelle mehr als zehn Beschäftigte länger als zwei zusammenhängende Wochen gleichzeitig beschäftigt, sind Toilettenräume bereit zu stellen. Abweichend von Punkt 5 der ASR A 4.1 „Sanitärräume“ können auf Baustellen mit bis zu zehn Beschäftigten mobile anschlussfreie Toilettenkabinen, vorzugsweise mit integrierter Handwaschgelegenheit, bereitgestellt werden. Mobile anschlussfreie Toilettenkabinen sollen in der Zeit vom 15.10. bis 30.04. beheizbar sein.

III.8.21 Aus der Anlagenart und den Antragsunterlagen ist ersichtlich, dass besonders gefährliche Arbeiten nach Anhang II der BaustellV (Arbeiten, bei denen die Beschäftigten der Gefahr des Absturzes aus einer Höhe von mehr als 7 m ausgesetzt sind) ausgeführt werden sollen. Daraus ergibt sich die gesetzliche Pflicht, dass vor Einrichtung der Baustelle ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan nach § 2

BaustellV erstellt wird. Der Plan muss die für die betreffende Baustelle anzuwendenden Arbeitsschutzbestimmungen erkennen lassen und besondere Maßnahmen für die besonders gefährlichen Arbeiten nach Anhang II enthalten. Bei der Erstellung des Planes sind betriebliche Tätigkeiten auf dem Gelände zu berücksichtigen.

III.8.22 Die unter C.III.8. d. B. genannten Auflagen sind bei Betreiberwechsel dem neuen Betreiber mitzuteilen und zu beachten.

III.9. Luftfahrt

Tageskennzeichnung

III.9.1 Die Rotorblätter der WKA sind weiß oder grau auszuführen; im äußeren Bereich sind sie durch 3 Farbfelder von je 6 m Länge [a) außen beginnend mit 6 m orange – 6 m weiß – 6 m orange oder b) außen beginnend mit 6 m rot – 6 m weiß oder grau – 6 m rot] zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), lichtgrau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), verkehrsorange (RAL 2009) oder verkehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Die Verwendung entsprechender Tagesleuchtfarben ist zulässig.

III.9.2 Aufgrund der beabsichtigten Höhe der WKA von mehr als 150 m über Grund ist das Maschinenhaus auf halber Höhe des Maschinenhauses rückwärtig umlaufend mit einem mindestens 2 m hohen orangen bzw. roten Streifen zu versehen. Der Streifen darf durch grafische Elemente und/oder konstruktionsbedingt unterbrochen werden; grafische Elemente dürfen maximal ein Drittel der Fläche der jeweiligen Maschinenhausseite beanspruchen.

III.9.3 Der Mast ist mit einem 3 m hohen Farbring in orange bzw. rot, beginnend in 40 ± 5 m über Grund, zu versehen. Bei Gittermasten muss dieser Streifen 6 m hoch sein. Die Markierung kann aus technischen Gründen oder bedingt durch örtliche Besonderheiten versetzt angeordnet werden.

Nachtkennzeichnung

III.9.4 Auf dem Dach des Maschinenhauses der WKA ist eine Nachtkennzeichnung durch Feuer W, rot" anzubringen. Bei Einsatz einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) ist die Nachtkennzeichnung mit einer dauerhaft aktivierten Infrarotkennzeichnung (auf dem Dach des Maschinenhauses) zu kombinieren.

III.9.5 Am Mast der WKA ist eine Hindernisbefeuerungsebene, bestehend aus Hindernisfeuern auf der halben Höhe zwischen Grund und der Nachtkennzeichnung auf dem Maschinenhausdach anzubringen. Sofern aus technischen Gründen notwendig, kann bei der Anordnung der Befeuerungsebene am Mast um bis zu 5 m nach oben oder unten abgewichen werden. Aus jeder Richtung müssen mindestens zwei Hindernisfeuer sichtbar sein.

III.9.6 Es ist (z. B. durch Doppelung der Feuer) dafür zu sorgen, dass auch bei Stillstand des Rotors sowie bei mit einer Blinkfrequenz synchronen Drehzahl mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist.

III.9.7 Der Einschaltvorgang der Nachtkennzeichnung erfolgt grundsätzlich über einen Dämmerungsschalter bei Unterschreitung einer Schaltschwelle zwischen 50 bis 150 Lux.

III.9.8 Der Einsatz einer BNK kann erfolgen, wenn alle Vorgaben des Anhang 6 der AVV

erfüllt **werden und zusätzlich der Wirkungsraum der BNK um die WKA einen Radius von mindestens 5.000 Metern abdeckt**. Hierüber ist ein Nachweis gegenüber der Luftfahrtbehörde zu erbringen. Vor Inbetriebnahme einer BNK ist die geplante Installation der Luftfahrtbehörde unter Vorlage der in der AVV Anhang 6, Punkt 3, benannten Unterlagen der Luftfahrtbehörde anzuzeigen.

III.9.9 Das „Feuer W, rot" sind jeweils so auf dem Maschinenhausdach zu installieren, dass immer mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist. Gegebenenfalls müssen die Feuer gedoppelt, jeweils versetzt auf dem Maschinenhausdach – nötigenfalls auf Aufständerungen – angebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass die gedoppelten Feuer gleichzeitig (synchron blinkend) betrieben werden. Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der WKA während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.

III.9.10 Die Blinkfolge der Feuer ist zu synchronisieren. Die Taktfolge ist auf 00.00.00 Sekunde gemäß UTC mit einer zulässigen Null-Punkt-Verschiebung von ± 50 ms zu starten.

III.9.11 Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befeuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umschalten.

III.9.12 Bei Ausfall eines Feuers muss eine automatische Umschaltung auf ein Ersatzfeuer erfolgen. Bei Leuchtmitteln mit sehr langer Lebensdauer (z.B. LED) kann auf ein „redundantes Feuer" mit automatischer Umschaltung verzichtet werden, wenn die Betriebsdauer erfasst und das Leuchtmittel bei Erreichen des Punktes mit 5 % Ausfallwahrscheinlichkeit getauscht wird. Bei Ausfall des Feuers muss eine entsprechende Meldung an den Betreiber erfolgen.

III.9.13 Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen, das eine Versorgungsdauer von mindestens 16 Stunden gewährleistet. Im Fall der geplanten Abschaltung ist der Betrieb der Feuer bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen. Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf 2 Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung.

III.9.14 Der Betreiber hat einen Ausfall der Kennzeichnung unverzüglich zu beheben.

III.9.15 Störungen der Feuer, die nicht sofort behoben werden können, sind der NOTAM-Office in Langen unter der Rufnummer 06103-707 5555 oder per E-Mail notam.office@dfs.de unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausfall der Kennzeichnung ist so schnell wie möglich zu beheben. Sobald die Störung behoben ist, ist die NOTAM-Office unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Ist eine Behebung innerhalb von 2 Wochen nicht möglich, ist die NOTAM-Office und die Luftfahrbehörde nach Ablauf der zwei Wochen erneut zu informieren.

III.9.16 Die Nennlichtstärke der „Feuer W, rot" kann sichtweitenabhängig reduziert werden. Bei Sichtweiten über 5 km darf die Nennlichtstärke auf 30 % und bei Sichtweiten über 10 km auf 10 % reduziert werden. Die Sichtweitenreduzierung ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräten zulässig. Die Einhaltung der geforderten Nennlichtstärken ist nachzuweisen.

III.9.17 Die in den Auflagen geforderten Kennzeichnungen sind nach Erreichen einer Hindernishöhe von mehr als 100 m ü. Grund zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.

III.10. Anzeigen und Abnahmen

Baubeginn, Inbetriebnahme, Betreiberwechsel

III.10.1 Der Beginn der Bauarbeiten (Beginn jeglicher Erd- oder Bauarbeiten für Zuwegungen für die WKA, Kranstellflächen oder deren Fundamente sowie dem Herrichten der Baustelle) sind der Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege – Fachgruppe Bauen und Denkmalpflege sowie dem Fachdienst Umwelt – Fachgruppe Wasser- und Bodenschutz, dem StALU WM – Abteilung 6, Dezernat 62 „Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen" als zuständige Naturschutzbehörde (auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de)) sowie der Genehmigungsbehörde mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

III.10.2 Dem Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V, Abt. Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Dezernat Schwerin ist spätestens zwei Wochen vor Errichtung der Baustelle eine Vorankündigung mit den Angaben nach Anhang I der BaustellV zu übermitteln.

III.10.3 Der Baubeginn und die Fertigstellung der WKA sind dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Infra I 3, per E-Mail (baiudbwtoeb@bundeswehr.org) unter Angabe des Zeichens I-0778-25-BIA mit den endgültigen Daten: Art des Hindernisses, Standort mit geografischen Koordinaten in WGS 84, Höhe über Erdoberfläche und Gesamthöhe über NHN anzuzeigen.

Bei Änderung der Bauhöhe, des Anlagentyps oder der Standortkoordinaten ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr erneut zu beteiligen.

III.10.4 Die beabsichtigte Inbetriebnahme der Anlage, sowie der Beginn des Probebetriebes der WKA sind der Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege – Fachgruppe Bauordnung sowie dem Fachdienst Umwelt – Fachgruppe Wasser- und Bodenschutz, dem StALU WM – Dezernat 62 „Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen" als zuständige Naturschutzbehörde (auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de)) sowie der Genehmigungsbehörde mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich anzuzeigen.

III.10.5 Die tatsächliche Inbetriebnahme der WKA ist der Genehmigungsbehörde binnen einer Woche schriftlich anzuzeigen.

III.10.6 Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Schwerin und dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Dezernat Landesarchäologie spätestens mindestens 2 Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

Die Fertigstellung der Erdarbeiten und des Vorhabens ist der unteren Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt Schwerin und dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern, Dezernat Landesarchäologie spätestens nach 14 Tagen schriftlich anzuzeigen.

III.10.7 Jeder Betreiberwechsel ist spätestens zwei Wochen im Voraus formlos der Genehmigungsbehörde, dem StALU WM – Dezernat 62 „Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen" als zuständige Naturschutzbehörde (auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin)

oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de)), der Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege – Fachgruppe Bauordnung sowie dem Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V formlos anzuzeigen. Die Anzeige enthält folgende Informationen:

- Genehmigungsnummer
- Name, Anschrift der/des vormaligen Betreiberin/s
- Name, Anschrift der/des zukünftigen Betreiberin/s
- Datum des Betreiberwechsels.

Flugsicherheit

III.10.8 Die WKA muss als Luftfahrthindernis veröffentlicht werden. Aus Sicherheitsgründen hat der Bauherr

1. **mindestens 6 Wochen vor Baubeginn** das **Datum des Baubeginns** und
2. **spätestens 4 Wochen nach Errichtung** die **endgültigen Vermessungsdaten** zu übermitteln, um die Vergabe der ENR-Nummer durch die Deutsche Flugsicherung (DFS) und die endgültige Veröffentlichung in die Wege leiten zu können.

Diese Meldung der endgültigen Daten umfasst dann folgende Details:

- DFS-Bearbeitungs-Nr.: **MV-10458**
- Name des Standortes:
- Art des Luftfahrthindernisses:
- Geogr. Standortkoordinaten für die WEA nach Grad, Min. und Sek. in WGS 84:
- Höhe der Bauwerksspitze in m über Grund:
- Höhe der Bauwerksspitze in m über NN [Höhensystem: DHHN 92]:
- Art der Tages- und Nachtkennzeichnung (Beschreibung):
- Angabe eines Ansprechpartners mit Tel.-Nr. der Stelle, die einen Ausfall der Nachtkennzeichnung meldet bzw. für die Instandsetzung zuständig ist:

Diese Meldungen sind unter Angabe des **Az.: V-623-00000-2025/076 (24-2/3093)** schriftlich dem

Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit
Mecklenburg-Vorpommern

Luftfahrtbehörde (Ref. 630)

19048 Schwerin

mitzuteilen, vorzugsweise per E-Mail an luftfahrtbehoerde@wm.mv-regierung.de.

Für die Baubeginnanzeige kann der Vordruck unter *http://www.regierung-mv.de/Lan-desregierung/wm/Infrastruktur/Luftverkehr/Formulare-Luftfahrt* abgerufen werden.

Rückbau

III.10.9 Die Beendigung der zulässigen Nutzung sowie der Abschluss der Demontagearbeiten sind der Genehmigungsbehörde, dem StALU WM – Abteilung 6 „Windkraft", Dezernat 62 „Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen", als zuständige Naturschutzbehörde (auf dem Postweg (StALU Westmecklenburg, Dezernat 62, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin) oder via E-Mail (poststelle@staluwm.mv-regierung.de)) sowie der Landeshauptstadt

Schwerin, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege unverzüglich anzuzeigen.

III.10.10 Die Anzeige zum Rückbau ist rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten der unteren Bauaufsichtsbehörde und dem StALU WM als Genehmigungsbehörde vorzulegen.

III.10.11 Der Rückbau und die Demontage der WKA sind der unteren Bodenschutzbehörde mindestens einen Monat im Voraus anzuzeigen.

D. Begründung

I. Sachverhalt

I.1. Antragsgegenstand

Die Naturwind Schwerin GmbH beantragte mit Datum vom 24. Januar 2025 (Posteingang 30. Januar 2025) die immissionsschutzrechtliche Genehmigung nach § 4 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb von einer WKA des Typs Vestas V162-7.2 MW am Standort 19061 Schwerin, Gemarkung Krebsförden. Mit Schreiben vom 4. Februar 2025 wurde der Eingang der Antragsunterlagen schriftlich bestätigt.

I.2. Verfahrensart

Bei dem Vorhaben handelt es sich um Anlagen, die gemäß Ziffer 1.6.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV einem vereinfachten Verfahren unterliegen.

> Das Vorhaben (Errichtung und Betrieb von einer Windkraftanlage) ist in der Anlage 1 zum UVPG nicht genannt. Für das Vorhaben ist keine Vorprüfung des Einzelfalls i. S. d. UVPG und keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Die Errichtung der geplanten WKA (einschließlich der vom Rotor überstrichenen Fläche) sowie deren Zuwegung ist innerhalb der Grenzen des Geltungsbereiches des B-Planes Nr. 39 "Industriepark Göhrener Tannen" vorgesehen. In der Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 39 "Industriepark Göhrener Tannen" fand bereits eine vorhabenbezogene Eingriffsermittlung und Kompensationsplanung statt. Die WKA soll auf einer Fläche errichtet werden, auf der bereits eine Baureife besteht und erforderlichen Artenschutzmaßnahmen, die sich im Rahmen des Bauantrages als erforderlich erwiesen, bereits abgeschlossen sind. Darüber hinaus sind die Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild über den B-Plan bereits kompensiert, so dass hierzu keine weiteren Anforderungen zu stellen waren.

Im Zusammenhang mit der Produktionsstätte von Ypsomed handelt es sich bei der WKA um eine selbstständige Nebeneinrichtung. Wie von der Antragstellerin in der Kurzfassung dargelegt, ist einer Betrachtung der WKA als unselbstständige Nebeneinrichtung zu widersprechen, da dies voraussetzen würde, dass die Produktionsstätte von Ypsomed ihrerseits nach Anhang 1 der 4. BImSchV genehmigungspflichtig sein müsste. Ebenso wäre der Tatbestand einer gemeinsamen Anlage gemäß § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV nicht gegeben, da dies voraussetzen würde, dass es sich um Anlagen derselben Art handelt, was die Anwendung einer im Wesentlichen gleichen Anlagentechnik voraussetzt (Landmann/Rohmer UmweltR/Hansmann/Röckinghausen 4. BImSchV § 1 Rn. 23). Dies ist bei Windenergieanlagen und Anlagen zur Herstellung von Produkten zur Selbstmedikation nicht der Fall. Aufgrund des unterschiedlichen technischen Zwecks fehlt es auch am betrieblichen Zusammenhang im Sinne des § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV. Dass die WKA der Stromversorgung des Werks dienen sollen, ist dabei nicht maßgeblich. Abzustellen ist auf den in technischer Hinsicht angestrebten Erfolg (z. B. Energieumwandlung, Herstellung bestimmter Stoffe, Lagerung von Stoffen) nicht auf die wirtschaftlichen Ziele des Betreibers.

I.3. Zuständigkeit

Örtlich und sachlich zuständige Genehmigungsbehörde ist gemäß §§ 2 bis 4 LwUmwuLBehV M-V i. V. m. § 3 Nr. 2a ImmSchZustLVO M-V das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg (StALU WM).

I.4. Vollständigkeit

Mit Datum vom 4. April 2025 wurde der Antragstellerin bestätigt, dass die Antragsunterlagen i. S. d. § 7 Abs. 1 der 9. BImSchV unter dem 27. März 2025 als vollständig anzusehen sind.

I.5. Behördenbeteiligung

Es sind von folgenden Behörden, deren Zuständigkeit berührt wurde, Stellungnahmen abgegeben worden (§ 10 Abs. 5 BImSchG; (Datum der abschließenden Stellungnahme in Klammern):

- Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V) (05.06.2025)
- Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit M-V (05.06.2025)
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (15.05.2025)
- Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg (10.06.2025)
- Landesforstanstalt M-V, Forstamt Friedrichsmoor (16.06.2025 und 15.06.2025)
- Straßenbauamt Schwerin (22.05.2025)
- Bergamt Stralsund (10.06.2025)
- Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V (17.06.2025)
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (15.05.2025)
- Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V, Dezernat 510: Lärm, physikalische Faktoren (07.04.2025)
- Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V, Dezernat 520: Störfallvorsorge, Fachstelle für Anlagentechnik, Anlagensicherheit und Störfallvorsorge (keine abschließende Stellungnahme)
- Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V, Landesarchäologie (30.06.2025)
- Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V, Landesdenkmalpflege (02.06.2025)
- Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege, Fachgruppe Bauordnung (18.08.2025, 13.03.2026, 16.03.2026 und 20.05.2026)
- Prüfbericht zu Bericht-Nr. WICO 162TI424-01, Rev. – „Bestimmung der Turbulenzintensität an einem Standort und im Windpark“, erstellt von WIND-consult GmbH (31.07.2025)
- Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Feuerwehr und Rettungsdienst, Fachgruppe Vorbeugender Brandschutz (11.08.2025 und 18.08.2025)
- Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Umwelt, Fachgruppe Wasser- und Bodenschutz, Untere Wasserbehörde (22.07.2025)
- Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Umwelt, Fachgruppe Wasser- und Bodenschutz, Untere Bodenschutzbehörde (04.06.2025)

- Landeshauptstadt Schwerin, Fachdienst Verkehrsmanagement, Fachgruppe untere Verkehrsbehörde (18.08.2025 – durch Stellungnahme untere Baubehörde)
- Landeshauptstadt Schwerin, Stabsstelle Weltkulturerbe (16.06.2025)
- Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Abteilung 6, Dezernat 62 (ehemals Abteilung 4, Dezernat 45): Naturschutzrechtlicher Vollzug für Windenergieanlagen (31.07.2025)
- Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Abteilung 5, Dezernat 51: Energie- und Industrieanlagen (21.04.2026 und 08.05.2026)

Die beteiligten Behörden haben unter der Voraussetzung, dass vorstehende Nebenbestimmungen eingehalten werden, keine Einwände gegen das Vorhaben vorgebracht.

Weiterhin wurden die 50Hertz Transmission GmbH (12.06.2025), die Stadtwerke Schwerin GmbH (08.06.2025), der Deutsche Wetterdienst (21.05.2025), die ONTRAS Gastransport GmbH (22.05.2025), der Wasser- und Bodenverband „Schweriner See/Obere Sude" (05.09.2025) am Genehmigungsverfahren beteiligt, die jedoch keine Einwände gegen das Vorhaben vorgebracht haben.

Keine Stellungnahme haben die gemäß § 13 VwVfg M-V beteiligte Bundesnetzagentur, die Kirchenkreisverwaltung in Schwerin, der BUND und der NABU abgegeben.

I.6. Gemeindliches Einvernehmen

Die geplante WKA befindet sich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Schwerin, die mit Schreiben vom 13. Mai 2025 um eine Entscheidung über das gemeindliche Einvernehmen für das Vorhaben ersucht wurde. Wie dem StALU WM jedoch mitgeteilt wurde, entscheiden im vorliegenden Fall nicht die Mitglieder der Stadtvertretung, sondern die betroffenen Dezernate bzw. Fachdienste über eine Zustimmung oder Ablehnung zu diesem Vorhaben.

Wie unter Ziffer D.I.5 d.B. bereits ausgeführt, haben die betroffenen Fachdienste mit Verweis auf einzuhaltende Nebenbestimmungen ihre Zustimmung erteilt.

I.7. Denkmalschutz

Auf Grund der unmittelbaren Nähe des Vorhabens zur Landeshauptstadt Schwerin (Denkmäler Schloss Schwerin und Schlossgarten innerhalb des Welterbes „Residenzensemble Schwerin") wurden sowohl die Stabsstelle Weltkulturerbe der Landeshauptstadt Schwerin, als auch das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege, beteiligt.

Ein im Auftrag der Firma Ypsomed erstelltes Gutachten zur Welterbeverträglichkeit lag der Stabsstelle Weltkulturerbe vor. Dieses entstand im Büro „Michael Kloos planning and heritage consultancy".

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die geplante WKA aus dem Bereich der Weltkulturerbestätte nur von den Blickpunkten der Aussichtsplattform des Domturmes (öffentlich) und der Schlosslaterne (nicht öffentlich) als moderater Störfaktor wahrnehmbar sei. Aus der Perspektive des Straßenraumes (Alter Garten, Pfaffenteich) sei die visuelle Beeinträchtigung als neutral einzustufen. Die Stabsstelle stimmt mit dem Ergebnis des Gutachtens überein.

Weiterhin ist ein Gutachten zur visuellen Wahrnehmbarkeit (Michael Kloos planning and heritage consultancy, 2024) verschiedener Höhenvarianten (250 m, 229 m sowie 200 m) vorliegend. Eine Höhenminderung würde nur geringfügige Effekte erzielen. Die Planung der Anlage kann mit voller Höhe weitergeführt werden.

Die Stabsstelle Weltkulturerbe schätzt die Errichtung der WKA, aus der Perspektive der Welterbestätte Residenzensemble Schwerin, mit ihren Auswirkungen auf das Weltkulturerbe nicht als förderlich, jedoch verträglich ein (siehe Stellungnahme vom 16.06.2025).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege. Die Planung bedeutet zwar eine Beeinträchtigung für die Denkmäler Schloss Schwerin und Schlossgarten innerhalb des Welterbes Residenzensemble Schwerin. Diese Beeinträchtigung wird jedoch gering ausfallen, weshalb das Maß der Erheblichkeit nicht überschritten wird. Das Vorhaben wurde somit als „bedingt vertretbar" eingestuft (siehe Stellungnahme vom 02.06.2025).

II. Entscheidung

II.1. Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen

Die unter Ziffer A.1 d. B. formulierte Genehmigung wird für eine WKA erteilt, da die Prüfung der Antragsunterlagen ergab, dass unter Erteilung von Nebenbestimmungen die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 6 BImSchG vorliegen. Es ist sichergestellt, dass bei der vorgesehenen Errichtung und beim Betrieb der WKA die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

II.2. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehbarkeit von Nebenbestimmungen (Bedingungen gemäß Ziffer C.I. d. B., Auflagen gemäß Ziffer C.III. d. B.), ist angeordnet worden. Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage ist der gesetzliche Regelfall. Die Nebenbestimmungen dienen der Sicherstellung der Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen. Die Errichtung und der Betrieb genehmigungsbedürftiger Anlagen ohne Sicherstellung der Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen ist vom Gesetzgeber nicht gewollt (vgl. § 20 Abs. 2 S.1 der 9. BImSchV).

Die sofortige Vollziehung der genannten Bedingungen und Auflagen ist gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO anzuordnen, weil diese Nebenbestimmungen i. S. d. § 36 VwVfG sicherstellen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen der Genehmigungserteilung nach § 6 BImSchG erfüllt sind. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann dabei auf bestimmte Teile eines Verwaltungsaktes beschränkt werden, wobei das öffentliche Interesse an der Vollziehung mit dem überwiegenden Interesse des Beteiligten, hier der Antragstellerin, abzuwägen ist. Diese Prüfung führt im Ergebnis dazu, dass einerseits die Antragstellerin von der Genehmigung bereits vor Bestandskraft des Genehmigungsbescheides Gebrauch machen kann (§ 63 BImSchG) zur Förderung des Ausbaus der Windenergie. Die für den Bau und Betrieb der WKA unabdingbaren Voraussetzungen zum Schutz der Allgemeinheit wie die Einhaltung der Bauvorschriften und des Schallschutzes sowie des Arten- und Vogelschutzes müssen aber auch in dem Zeitraum vorliegen, in dem noch keine Bestandskraft des Genehmigungsbescheides vorliegt. Nach der Rechtsprechung (OVG Lüneburg, NVwZ-RR 20107, 214) dürfen insoweit durch den sofortigen Vollzug keine irreversiblen Schäden entstehen, die ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung vermieden worden wären.

Unter Beachtung dieser Grundsätze ergibt sich für die einzelnen Bedingungen und Auflagen Folgendes:

1.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Nebenbestimmungen zur Bauordnung (Ziffer C.III.2. d. B.) zur ordnungsgemäßen Errichtung der WKA wie Erschließung und Standsicherheitsnachweis sind unerlässlich zur Vermeidung der dauerhaften Schädigung der Rechtsgüter Dritter. Diese Voraussetzungen müssen dann auch fachmännisch überwacht werden. Gleiches gilt für den Brandschutz (Ziffer C.III.7. d. B.) der zum Schutz der Allgemeinheit unerlässlich ist.

Für den Betrieb der WKA ist, unabhängig von der Bestandskraft der Genehmigung, in diesem Zeitraum ebenso sicherzustellen, dass der Arbeitsschutz (Ziffer C.III.8. d. B.) und die Luftsicherheit (Ziffer C.III.9. d. B.) gewährleistet ist. Weiterhin dient zum Schutz von Personen und betrieblichen Anlagen die Umsetzung der Schutzmaßnahmen vor Eiswurf und Eisabfall (Ziffer C.III.2.11 bis C.III.2.16 d. B.).

2.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Schutzmaßnahmen zum Immissionsschutz (Ziffer C.III.3. d. B.) ist erforderlich, weil die Einhaltung der von der TA Lärm vorgegebenen Werte unabdingbare Voraussetzung einer Genehmigung zum Betrieb der Anlage ist. Darauf kann zum Schutz der Anwohner in der Zeit bis zur Bestandskraft des Genehmigungsbescheides nicht verzichtet werden. Gleiches gilt für den Schutz der Anwohner wegen der Vermeidung des Schattenwurfes.

3.

Auch die dem Artenschutz dienenden Vorgaben des BNatSchG, mit welchem die europarechtlichen Vorgaben der FFH-RL (RL 92/43/EWG) und der Vogelschutzrichtlinie (RL 79/409/EWG) umgesetzt werden, könnten nicht mehr effektiv umgesetzt werden, wenn der Artenschutz im Zeitraum, in dem der Genehmigungsbescheid noch nicht bestandskräftig ist, nicht beachtet würde. Dies könnte zu einer Veränderung bzw. Vernichtung der derzeitigen Artenvielfalt im betreffenden Gebiet führen, der nicht wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Insofern sind die Nebenbestimmungen unter Ziffer C.III.4. d. B. unabdingbar, weil durch diese Maßnahmen (u. a. ökologische Baubegleitung (ÖBB), Bauarbeiten außerhalb der Brutzeiten) der Bestand an dort heimischen Vogelarten und anderen besonders geschützten Arten erhalten bleiben soll.

4.

Letztlich müssen auch die Anzeigepflichten nach Ziffer C.III.10. d. B. für sofort vollziehbar erklärt werden, weil diese dazu dienen, den Betrieb der WKA zu überwachen, um irreversible Schäden durch Bau und Betrieb der WKA zu vermeiden gemäß den Schutzgütern zu 1. - 3..

5.

Dem öffentlichen Vollzugsinteresse kann somit nur durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung Geltung verschafft werden. Dem entgegenstehende überragende Individualinteressen an der Aussetzung der Vollziehbarkeit sind auch unter Berücksichtigung des Gebots effektiven Rechtschutzes nicht zu erkennen, zumal gerichtlicher Rechtsschutz gemäß § 80 Abs. 5 VwGO zu erlangen ist. Im Verhältnis zur Rücknahme und zum Widerruf der Genehmigung (vgl.- Schoch-Schneider VwGO § 80 Rn. 49) stellt die Vollziehungsanordnung das mildere Mittel dar.

II.3. Ausnahmegenehmigung gemäß § 6 LBauO M-V i.V.m. § 67 LBauO M-V

Die im vorliegenden Genehmigungsantrag nach § 4 BImSchG ausgewiesenen Abstandsflächen von oberirdischen Gebäuden (siehe Kapitel 2.4.1 der Antragsunterlagen) unterschreiten die gemäß § 6 LBauO M-V zulässigen Parameter.

Bauordnungsrechtlich sind Windenergieanlagen Anlagen, von denen Wirkungen wie von Gebäuden ausgehen. Deshalb gelten für sie grundsätzlich Abstandsflächenregeln des § 6 LBauO M-V. Innerhalb von raumordnerisch festgelegten Windeignungsgebieten gilt die spezielle Ausnahme des § 6 Abs. 1 Satz 4 LBauO M-V, so dass die Abstandsflächenanforderung aus Satz 2 nicht greift. Im vorliegenden Fall wurde durch die untere Baubehörde in ihrer Stellungnahme vom 18.08.2025 einer Abweichung i.S.d. § 67 LBauO M-V zugelassen, wenn den Auflagen zum Brandschutz und Schattenwurf (Begrenzung der Schattenwurfdauer) erfüllt sind.

Die Einhaltung dieser Vorgaben zum Brandschutz (automatische Feuerlöschanlage und Brandfrüherkennung mit kameragestützter Lageerkundung) werden durch die Bedingung Ziffer C.I.2.3 und die für den Schattenwurf durch die Auflagen Ziffer C.III.3.5 bis C.III.3.8 gewährleistet.

II.4. Ausnahmegenehmigung gemäß § 2 Nr. 6 WAbstVO M-V

Bei der Errichtung von baulichen Anlagen ist gemäß § 20 Landeswaldgesetz M-V ein Abstand von 30 m zum Wald einzuhalten. Unterschreitungen können in begründeten Fällen durch die Forstbehörde zugelassen werden (siehe § 2 Nr. 6 Waldabstandsverordnung M-V), wenn der Schutzzweck und die Waldfunktionen nicht erheblich beeinträchtigt werden. Die beantragte WKA weist zu der am dichtesten gelegenen Waldfläche mit 0 Metern den im Landeswaldgesetzt M-V geforderten Waldabstand nicht auf.

Die angrenzende Waldfläche weist eine hohe Munitionsbelastung der Kategorie IV auf. Es handelt sich weder um Wald einer hohen Schutzfunktion, noch hat er besondere Waldfunktionen zu erfüllen.

Die Forstbehörde stimmt dem Vorhaben mit einer Unterschreitung des Waldabstandes auf 0 m zu, wenn den Forderungen des Waldbrandschutzes hinsichtlich einer automatischen Löschanlage mit Brandmeldern und geeignete Maßnahmen gegen festgestellte negative Auswirkungen durch den Bau der WKA erfüllt werden (siehe Stellungnahme Forstamt Friedrichsmoor vom 16.06.2025).

Diese Forderungen werden durch die Bedingungen unter den Ziffern C.I.2.3 und C.I.2.4 gewährleistet.

II.5. Ausnahmegenehmigungen gemäß § 16 Abs. 3 AwSV

Die Antragstellerin hat mit Datum vom 23.01.2025 und 07.07.2025 zwei Anträge auf Ausnahme auf nach § 16 Abs. 3 AwSV gestellt (siehe Abschnitt 11.8 der Antragsunterlagen). Die untere Wasserbehörde kann gemäß § 16 Abs. 3 AwSV Ausnahmen von den Anforderungen zulassen, wenn durch andere technische oder organisatorische Maßnahmen ein gleichwertiges Sicherheitsniveau sichergestellt wird.

Die Ausnahmegenehmigungen unter Ziffer II.5.1 und II.5.2 d. B. werden unter Widerruf erteilt. Die Widerrufbarkeit beruht auf § 49 Abs. 2 VwVfG M-V und ist erforderlich, um nachträglich eingetretene Tatsachen oder eine nicht vorhersehbare Gefährdung des öffentlichen Interesses berücksichtigen zu können.

II.5.1 Ausnahmegenehmigung für die Anlage zum Verwenden von Kühlflüssigkeit in der Gondel mit außenliegendem Rückkühler und Ausgleichsbehälter

Die beantragte Ausnahmegenehmigung für den Verzicht auf einer ortsfesten Rückhalteeinrichtung bei dem geplanten außenliegenden Rückkühler vom 07.07.2025 wird hiermit im Rahmen der BImSch-Genehmigung widerruflich und unter der Voraussetzung erteilt, dass die Auflagen unter Ziffer. C.III.5.21 Buchst. a) bis g) eingehalten werden.

Gemäß BLAK UmwS, Merkblatt Windenergieanlagen, Stand. 16.05.2025, Pkt. 5.8.2 kann eine Ausnahme nach § 16 Abs. 3 AwSV durch die untere Wasserbehörde erteilt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die Einhaltung des Besorgnisgrundsatzes § 62 Abs. 1 Satz 1 WHG durch ein gleichwertiges Sicherheitsniveau sichergestellt wird. Dazu müssen technische, infrastrukturelle oder/und organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, mit denen ein gleichwertiges Sicherheitsniveau erreicht wird. Es wurde die bauliche Ausführungsvariante für einen außenliegenden Rückkühler sowie die Ausnahmegenehmigung vom 07.07.2025 beantragt. Der Antragsteller hat entsprechende vorgenannte Unterlagen eingereicht, die eine Ausnahmegenehmigung ermöglichen. Insofern konnte die Ausnahmegenehmigung unter der Voraussetzung erteilt werden, dass die Nebenbestimmungen unter Ziffer C.III.5.21 Buchst. a) bis g) eingehalten werden, damit die Anforderungen für eine Ausnahmegenehmigung nach § 16 Abs. 3 AwSV erfüllt sind.

II.5.2 Ausnahmegenehmigung für die Ausführung der Kranstellfläche zum Abfüllen flüssiger wassergefährdender Stoffe, die Abfüllfläche zum Austausch von Betriebsmitteln sowie Umschlagflächen zum Be- und Entladen von Betriebsmitteln

Die beantragte Ausnahmegenehmigung für den Verzicht auf einer ortsfesten Rückhalteeinrichtung bei dem geplanten außenliegenden Rückkühler vom 07.07.2025 wird hiermit im Rahmen der BImSch-Genehmigung widerruflich und unter der Voraussetzung erteilt, dass die Auflagen unter Ziffer C.III.5.22 Buchst. a) bis h) eingehalten werden.

Eine Ausnahme nach § 16 Abs. 3 AwSV darf durch die untere Wasserbehörde nur erteilt werden, wenn nachgewiesen wird, dass die Einhaltung des Besorgnisgrundsatzes § 62 Abs. 1 Satz 1 WHG durch ein gleichwertiges Sicherheitsniveau sichergestellt wird. Dazu müssen technische, infrastrukturelle oder/und organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, mit denen ein gleichwertiges Sicherheitsniveau erreicht wird. Es wurde die bauliche Ausführungsvariante einer geschotterten Kranstellfläche zum Abfüllen flüssiger wassergefährdender Stoffe/Abfüllfläche zum Austausch von Betriebsmitteln sowie Umschlagflächen zum Be-/Entladen von Betriebsmitteln mit Ausnahmeantrag vom 23.01.2025 beantragt. Der Antragsteller hat entsprechende vorgenannte Unterlagen eingereicht, die eine Ausnahmegenehmigung ermöglichen.

Aus den Antragsunterlagen geht hervor, dass die entsprechenden Betriebsfahrzeuge mit einer Totmannschaltung, Auffangwannen für die gebrauchten und neuen Betriebsmittel sowie die einzusetzenden Schläuche mit einer Trockenkupplung ausgerüstet sind. Die erforderlichen Aufgaben werden von einem fachkundigen Personal vorgenommen, welche bei der Durchführung von entsprechenden Befüll-/Entleerungsvorgängen ständig durch Kommunikation mittels Sprechfunks und Mobilfunk in Kontakt sind.

Insofern konnte die Ausnahmegenehmigung unter der Voraussetzung erteilt werden, dass die vorgenannten Bestimmungen unter Ziffer C.III.5.22 Buchst. a) bis h) d. B. eingehalten werden, damit die Anforderungen für eine Ausnahmegenehmigung nach § 16 Abs. 3 AwSV erfüllt sind.

II.6. Gebührenfestsetzung

Die Entscheidung über Ihren Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 BImSchG ist gemäß § 2 VwKostG M-V i. V. m. der ImmSchKostVO M-V a. F. gebührenpflichtig.

Die Kostenschuld entsteht gemäß § 11 Abs. 1 VwKostG M-V mit Antragseingang. Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 VwKostG M-V sind Sie zur Zahlung der Kosten verpflichtet. Die Ermittlung und Festsetzung dieser Gebühr werden in einem anschließenden Bescheid erfolgen.

Die Gebühr unter A.4. d. B. wird nach den Tarifstellen 2.2, 2.4.7 und 3.6.1 der Anlage der ImmSchKostVO M-V i. V. m. §§ 9, 10 und 15 VwKostG M-V wie folgt festgesetzt:



Der Gebührenrahmen des Zuschlags gem. Tarifstelle 2.4.7 kann bis zu 50 % der Genehmigungsgebühr betragen. Während des Genehmigungsverfahrens mussten Antragsunterlagen neu geprüft und Fachbehörden neu beteiligt werden. Sowohl das Dezernat 51 der Abteilung 5 des StALU WM (Energie- und Industrieanlagen), die Stabsstelle Weltkulturerbe und der Fachdienst Bauen und Denkmalpflege der Landeshauptstadt Schwerin, das Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege, das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V und die Landesforst M-V erhoben Nachforderungen zur Beibringung bzw. Überarbeitung von eingereichten Gutachten. Erst nach Beibringung dieser geänderten Antragsunterlagen war eine Genehmigungsfähigkeit des gegenständlichen Vorhabens festzustellen. Aufgrund der Notwendigkeit wiederholter Prüfungen ist ein Zuschlag von 14 % des Gebührenrahmens angemessen.

Der Gebührenrahmen der Gebühr gemäß Tarifstelle 3.6.1 kann von 100 EUR bis 4.500 EUR betragen. Während des Genehmigungsverfahrens mussten mehrmals Antragsunterlagen nachgefordert werden. Aufgrund der wiederholten Nachforderungen ist im Verhältnis von Nutzen zu Verwaltungsaufwand eine Gebühr im unteren bis mittleren Bereich des Gebührenrahmens angemessen.

II.7. Anhörung

Die vor Erlass eines Bescheides gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG M-V erforderliche Anhörung ist durch Übersendung des Entwurfes dieses Bescheides per E-Mail am 24. Juli 2026 erfolgt.

Im Rahmen der Anhörung wurde Ihnen Gelegenheit gegeben, sich zu den entscheidungserheblichen Tatsachen zu äußern. Mit Schreiben vom 11. September 2026 nahmen Sie zu dem übersandten Entwurf dieses Bescheides Stellung.

Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

Zu A.4

Die Antragstellerin bittet die Formulierung:

„Der Abweichung von der Notwendigkeit, dass Abstandsflächen von oberirdischen Gebäuden freizuhalten sind und Abstandsflächen sich nicht überdecken dürfen (§ 6 LBauO M-V i.V.m. § 67 LBauO M-V) kann für die im Lageplan dargestellte Überdeckung unter der Bedingung Ziffer C.I.2.3 d.B. und der Auflage Ziffer C.III.3.1 d. B. zugestimmt werden."

durch die Formulierung:

„Die Ausnahmegenehmigung nach § 67 LBauO M-V i.V.m. § 6 LBauO M-V wird für die im Lageplan dargestellte Überdeckung unter der Bedingung Ziffer C.I.2.3 d. B. und unter der Auflage Ziffer C.III.3.1 d. B. erteilt."

zu ersetzen.

Der Korrekturbitte konnte entsprochen werden.

Zu A.8

Die Antragstellerin ist der Ansicht, dass der Tatbestand für den Zuschlag gemäß der Tarifstelle 2.4.7 der Anlage der ImmSchKostVO M-V nicht erfüllt ist, da die in der Begründung unter Ziffer D.II.6 aufgeführt Beibringung von geänderten Unterlagen aufgrund von Nachforderungen den Tatbestand dieser Tarifstelle nicht erfüllt.

Dieser Interpretation kann die Genehmigungsbehörde nicht folgen. Im Rahmen der Behördenbeteiligung wurden mehrere Antragsunterlagen neu eingereicht bzw. überabeitet, so u.a. die Einreichung einer Sichtfeldstudie für die Stabstelle Weltkulturerbe der Landeshauptstadt Schwerin und für das LAKD M-V, die Einreichung eines neuen Risikogutachtens zur Auswirkung der WKA d. B. auf die Störfallanlage Vink Chemicals (wurden geprüft durch das LUNG und Dezernat 51 des StALU WM), und die Beibringung eines FireWatch-Gutachtens und Brandschutzkonzept (geprüft durch die Landesforstanstalt M-V). Weiterhin erforderte die Prüfung des Schallgutachtens und somit die Verträglichkeit mit dem Bebauungsplan Nr. 39 die Prüfung durch das LUNG M-V, FD Bauen und untere Immissionsschutzbehörde der Landeshauptstadt Schwerin.

Bei der Festlegung der Gebühr nach Tarifstelle 2.4.7 (14%) wurde Ermessen pflichtgemäß ausgeübt. Für eine Ermessensentscheidung macht § 9 Abs. 1 VwKostG M-V grundsätzlich Vorgaben in welchem Rahmen der mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und daneben die Bedeutung, der wirtschaftliche Vorteil oder der sonstige Nutzen der Amtshandlung für den Gebührenschuldner zu berücksichtigen ist. Zur Ausübung dieser Ermessensentscheidung wird eine einheitliche, fachaufsichtlich vorgegebene Matrix angewendet. Diese berücksichtigt: a) Art und Umfang der Änderung von Antragsunterlagen, b) Anzahl der Behörden, die die geänderten bzw. neu eingereichten Antragsunterlagen geprüft haben, sowie c) der erneute Prüfaufwand des StALU WM, Dezernat 61. Die angewendete Matrix soll als roter Faden die Häufigkeit von Ermessenfehlentscheidungen reduzieren und einen einheitlichen Vollzug unterstützen. Letztendlich kann und soll so eine Matrix nur eine Anregung sein und jeder Einzelfall muss einzeln unter Heranziehung der maßgeblichen Aspekte betrachtet werden.

Die Einzelfallentscheidung führte im konkreten Fall zu einer Festlegung von 14% der Gebühren nach der Tarifstelle 2.2, und bewegt sich somit im unteren Drittel des Gebührenrahmens von bis zu 50% der Gebühren nach den Tarifstellen 2.1 bis 2.3.5.

Der tatsächliche Verwaltungsaufwand wurde somit angemessen berücksichtigt. Weiterhin ermöglichte erst die Beibringung der v.g. neu eingereichten Gutachten die Herstellung der Genehmigungsfähigkeit des Antrages und berücksichtigt somit den wirtschaftlichen Vorteil oder den sonstige Nutzen der Amtshandlung für den Gebührenschuldner /die Antragstellerin (§9 Abs. 1 VwKostG M-V).

Zu C.I.1.1

Die Antragstellerin bittet die Formulierung:

„Die Genehmigung zur Errichtung einschließlich des Wegebaus und zum Betrieb nach der Baumaßnahme erst begonnen werden darf, wenn die bautechnischen Nachweise (Standsicherheitsnachweis) geprüft sind und die Prüfberichte des beauftragten Prüfingenieurs einschließlich der Erlaubnis zum Baubeginn der Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat III, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege, als untere Bauaufsichtsbehörde schriftlich vorliegen."

durch die Formulierung:

„Die Genehmigung zur Errichtung einschließlich des Wegebaus und zum Betrieb nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass mit der Durchführung der Baumaßnahme erst begonnen werden darf, wenn die bautechnischen Nachweise (Standsicherheitsnachweis) geprüft sind und die Prüfberichte des beauftragten Prüfingenieurs einschließlich der Erlaubnis zum Baubeginn der Landeshauptstadt Schwerin, Dezernat III, Fachdienst Bauen und Denkmalpflege, als untere Bauaufsichtsbehörde schriftlich vorliegen."

zu ersetzen.

Der Korrekturbitte konnte entsprochen werden.

Zu C.I.1.2

Die Antragstellerin bittet, den Inbetriebnahmezeitpunkt der WKA aufzunehmen.

Die Bedingung unter Ziffer C.III.1.3 d. B. wurde wie folgt präzisiert:

„Die Genehmigung zum Betrieb nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Genehmigungsbehörde zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der WKA ein Nachweis über den Einbau (Fachunternehmenserklärung) und der Funktionsfähigkeit eines Vestas Eiserkennungssystems (VID) sowie einer Rotor- und Gondelarretierung („Yaw into Fixed Position due to Ice") vorgelegt wurde."

Zu C.I.2.2

Die Antragstellerin merkt an, dass das standortbezogene Brandschutzgutachten bereits vorliegt. Es wäre somit zu konkretisieren, wem das Gutachten vorzulegen ist und wessen Freigabe abzuwarten sei.

Die Bedingung unter Ziffer C.I.2.2 d. B. wurde wie folgt präzisiert:

„Die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der WKA nach Ziffer A.1. d. B. ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass mit der Durchführung der Baumaßnahmen erst

begonnen werden darf, wenn die brandschutztechnischen Nachweise (das standortbezogene Brandschutzkonzept) geprüft sind und der Prüfbericht des beauftragten Prüfingenieurs einschließlich der Erlaubnis zum Baubeginn der unteren Bauaufsichtsbehörde der Landeshauptstadt Schwerin vorliegt."

Weiterhin erfolgten Konkretisierungen zur Prüfung der Brandschutznachweise durch Neufestsetzung der Auflagen unter C.III.7.5 bis C.III.7.7 d. B., sowie die Aufnahme eines Auflagenvorbehaltes unter C.III.7.8 d. B.. Es wird auf die Begründung unter D.V.7 d. B. verwiesen.

Zu C.II.

Um Missverständnisse zu vermeiden, bittet die Antragstellerin die Formulierung:

„... erlischt für den Teil der Anlagen, mit deren Errichtung ..."

durch die Formulierung:

„... erlischt für die Anlage, wenn mit ihrer Errichtung ..."

zu ersetzen.

Die Thematik „Befristung" wurde wie folgt abgefasst:

> „Die Genehmigung zur Errichtung nach Nr. A.1. d. B. erlischt für die Anlage, wenn mit ihrer Errichtung nicht bis zum 17. September 2029 begonnen wurde. Die Genehmigung erlischt weiter, wenn deren bestimmungsgemäßer Betrieb nicht spätestens bis zum 17. September 2031 aufgenommen wurde."

Zu C.III.2.18

Die Antragstellerin trägt hierzu vor:

„Entgegen der Begründung wurde diese Auflage von uns nicht beantragt. Nach unserem Verständnis kann hier lediglich die Wiederaufnahme des Anlagenbetriebs nach einer Vereisung gemeint sein. Wir bitten um entsprechende Formulierung."

Die Problematik der Eisfreiheit der Rotorblätter ist in den Auflagen unter Ziffer C.III.2.13 bis C.III.2.17 sicherheitstechnisch hinreichend definiert. Die Auflage unter Ziffer C.III.2.18 wird somit ersatzlos gestrichen.

Darüber hinaus wurden neben einigen redaktionellen Korrekturen naturschutzfachliche Anpassungen aufgrund eines Versehens bezüglich der ursprünglichen Bewertung nach § 6 WindBG vorgenommen.

Im Anhörungstext hieß es unter Ziffer D.I.2.:

„... Zudem wird es aufgrund der Lage innerhalb eines Windenergiegebietes nach § 2 Nr. 1a WindBG nach § 6 WindBG beurteilt. Gemäß § 6 Abs. 1 S. 1 WindBG ist die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen."

Dieses ist nichtzutreffend. Dadurch ergeben sich hinsichtlich des Fledermausschutzes weniger verbindliche Auflagen. So wurde die Auflage unter Ziffer III.4.17 in der Anhörungsfassung:

„In den ersten beiden Betriebsjahren ist zur Erfassung der Aktivität aller residenten und wandernden Fledermäuse ein Höhenmonitoring jeweils vom 01.04. bis 31.10. (von 13:00 Uhr bis 07:00 Uhr des Folgetages) durchzuführen. ..."

durch:

„In den ersten beiden Betriebsjahren kann zur Erfassung der Aktivität aller residenten und wandernden Fledermäuse ein Höhenmonitoring jeweils vom 01.04. bis 31.10. (von 13:00 Uhr bis 07:00 Uhr des Folgetages) durchgeführt werden… ."

ersetzt.

III. Bedingungen

III.1. Bauordnung

Zu der Bedingung unter Ziffer C.I.1.1 d. B.:

Die Bedingung unter Ziffer C.I.1.1 d. B ist erforderlich, um entsprechend § 3 LBauO M-V die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürliche Lebensgrundlage nicht zu gefährden. Die Forderung wird weiter begründet durch die §§ 12 Abs. 1 und 66 LBauO M-V und dient der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Baugenehmigung. Diese Bedingung soll sicherstellen, dass die der Baugenehmigung zugrundeliegenden Angaben geprüft werden können.

Über die Prüfung des Standsicherheitsnachweises entscheidet die untere Bauaufsichtsbehörde der Landeshauptstadt Schwerin auf der Grundlage der Erklärungen des Tragwerksplaners gemäß § 14 Abs. 1 und 2 der BauVorlVO M-V.

Den Antragsunterlagen liegt folgendes Gutachten zur Standorteignung vor:

> „Bestimmung der Turbulenzintensität an einem Standort und im Windpark, Bericht-Nr.: WICO 162TI424-01", erstellt durch WIND-consult Ingenieurgesellschaft für umweltschonende Energiewandlung mbH vom 13.11.2024

Die Prüfung des Standsicherheitsgutachtens erfolgt durch den Prüfingenieur für Standsicherheit im Rahmen der statischen Prüfung vor Baubeginn.

Zu der Bedingung unter Ziffer C.I.1.2 d. B.:

Die Risikobeurteilung dient dem Ausschluss sonstiger Gefahren gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG. Zu den sonstigen Gefahren zählt auch der Eisabfall von den Rotorblättern. Damit werden die behördlichen Anforderungen für eine sichere Abschaltung bei Gefahr von Eisabwurf im laufenden Betrieb als „sonstige Gefahr" im Sinne des § 5 BImSchG erfüllt. Aufgrund der erforderlichen Risikominimierung und des erweiterten Schutzzweckes des BImSchG § 1 Abs. 2 muss die Funktionalität der Eisdetektoren vor Inbetriebnahme nachgewiesen sein.
Gemäß den Antragunterlagen (Kurzbeschreibung Kapitel 1.2, sowie 16.1.3 Sicherheitstechnik bei Windenergieanlagen, Allgemeine Spezifikation „Vestas Eiserkennungssystem (VID), Dok.-Nr. 0049-7921 V15 vom 13.10.2022 und der Spezifizierung von „Windnachführung in arretierte Position aufgrund von Eis", Dok.-Nr. 0039-9510 V03 vom 02.06.2023 in Verbindung mit dem Gefährdungsgutachten „Windenergieanlage auf dem Firmengelände der Ypsomed Produktion GmbH vom 10.12.2024 der Dr.-Ing. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH ist der Einbau eines Eiserkennungssystems vorgesehen, welches Eisansatz an Rotorblättern erkennt und die WKA automatisch angehalten wird. Darüber hinaus ist eine Rotor- und Gondelarretierung anzuwenden. Dadurch werden die Gefahren durch Eisabwurf minimiert.

III.2. Brandschutz und Forst

Zu den Bedingungen unter Ziffer C.I.2, insbesondere Ziffer C.I.2.2 d. B.:

Die Bedingung ist erforderlich, um das Brandrisiko zu minimieren und die Sicherheit der

Allgemeinheit im Brandfall zu gewährleisten. Sie ergibt sich aus den §§ 3, 14 i. V. m. §§ 51, 81 LBauO M-V.

Zu der Bedingung unter Ziffer C.I.2.1 d. B.:

Laut Lageplan (Kapitel 2.4 in den Antragsunterlagen) ist die Zuwegung ab der Feuerwehrumfahrung des geplanten Werks II dargestellt. Sollte es sich ergeben, dass die WKA zeitlich vor der Fertigstellung der Umfahrt in Nutzung geht, wäre eine Anbindung an eine bereits vorhandene Zuwegung notwendig.

Zu der Bedingung unter Ziffer C.I.2.3 d. B.:

Diese Bedingung ergibt sich aus Geltungsbereich des Bundeswaldgesetzes vom 02.05.1975 (BGBI. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17.01.2017 (BGBI. I S. 75) geändert worden ist und des Landeswaldgesetzes Mecklenburg- Vorpommern (LWaldG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.07.2011 (GVOBI. M-V S. 870), geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 27.05.2016 und aus dem den Erlass Waldbrandschutz, Verfahren bei der forstbehördlichen Beteiligung zu Bau und Betrieb von Windenergieanlagen vom 22.07.2013.

Diese Forderung ergibt sich aus dem Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz M-V vom 22.07.2013.

Unter Punkt 1. Allgemeiner Waldbrandschutz wird gefordert, dass in allen WKA, deren äußere Rotorblattspitze sich in einem Abstand von weniger als 50 m vom Waldrand befindet, automatische Löschanlagen in den Kanzeln der WKA zu installieren sind. Zur Reduzierung der Gefährdung durch die geringen Waldabstände der WKA muss die Funktionalität der automatischen Löscheinrichtungen in der Kanzel der WKA vor Inbetriebnahme nachgewiesen werden.

WKA sind bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 LBauO M-V. Mit einer Höhe von mehr als 30 m stellen sie Sonderbauten nach § 2 Abs. 4 Nr. 2 LBauO M-V dar, auf die die forstrechtliche Waldabstandsregelung Anwendung findet.

Die automatische Löschanlage in der Kanzel, die Brandmelder, sowie die automatische Abschaltung der Anlage im Brandfall sollen sicherstellen, dass das anlagenspezifische Brandrisiko gesenkt wird.

Im Brandfall der WKA ist aufgrund des geringen Gebäudeabstandes das Herabfallen brennender Teile auf die Werkhalle zu befürchten, so dass die Feuerwehr aus Sicherheitsgründen keine Löscharbeiten im bzw. am Gebäude durchführen kann. Um ein rechtzeitiges Räumen der gefährdeten Gebäude zu gewährleisten, ist eine Brandfrüherkennung in der WKA mit Aufschaltung auf die Brandmeldeanlage der Fa. Ypsomed erforderlich.

Zu der Bedingung unter Ziffer C.I.2.4 d. B.:

Die Landesforst Mecklenburg-Vorpommern betreibt auf Grund der regional sehr hohen Waldbrandgefährdung das Automatisierte Waldbrandfrüherkennungssystem (AWFS) „FireWatch". Dieses basiert auf ein Kamerasystem, welches optische Merkmale erfasst und Veränderungen auswertet. Durch die Errichtung der WKA kann es zu Sichtfeldeinschränkungen der Kameras und/oder technischen Einschränkungen des Automatisierten Waldbrandfrüherkennungssystems kommen. Aus diesem Grund ist gemäß Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern vom 22.07.2013 durch den Vorhabensträger ein Gutachten über die Auswirkungen des Vorhabens erstellt werden muss, vorzulegen. Werden durch das

Gutachten negative Auswirkungen festgestellt, sind diese vom Vorhabensträger durch geeignete Maßnahmen, wie etwa die Verlegung eines Kamerastandortes oder den Neubau einer zusätzlichen Kameraüberwachungsanlage, vollständig auszugleichen.

Das FireWatch-Gutachten der IQ Technologies for Earth an Space GmbH vom 30.07.2025 resümiert unter Punkt 4 [Gutachten]:

„In Abstimmung mit der Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern werden die Beeinflussungen des Windenergievorhabens "Ypsomed Schwerin" auf das Waldbrandfrüherkennungssystem FireWatch durch die zusätzliche Einschränkung auf 15 ha Waldflächen für Kreuzpeilungen in diesem Gebiet als nicht mehr tolerabel eingestuft. Es sind somit geeignete Kompensationsmaßnahmen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Waldbrandfrüherkennungssystems FireWatch erforderlich und vorzunehmen."

IV. Befristung

Die unter Ziffer C.II. d. B. festgelegte Frist ist angemessen und findet Ihre Rechtsgrundlage in § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG. Die Genehmigungsbehörde kann demnach festlegen, dass mit der Errichtung und/oder dem Betrieb der Anlage innerhalb einer angemessenen Frist zu beginnen ist. Damit soll ein vorsorgliches Sammeln von Genehmigungen vermieden werden. Die Frist zur Errichtung der WKA innerhalb von 3 Jahren nach Genehmigungserteilung (Hier: 17. September 2029), sowie für den bestimmungsgemäßen Betrieb der WKA innerhalb von 5 Jahren nach Genehmigungserteilung (Hier: 17. September 2031) wurde unter Berücksichtigung der Interessen des Antragstellers und der Zweckbestimmung des § 18 Abs. 1 Nr. 1 ermittelt. Sie ist angemessen, da der Genehmigungsinhaber innerhalb des gesetzten Zeitraumes die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beginn der Errichtung sowie für den bestimmungsgemäßen Betrieb schaffen kann. Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit wird durch den ausreichend langen Zeitraum von 3 Jahren bis zur Errichtung nicht übermäßig eingeschränkt. Berücksichtigung fanden auch die mehrmals pro Jahr stattfindenden Ausschreibungen der Bundesnetzagentur zur Ermittlung der finanziellen Förderung von WKA an Land und naturschutzrechtliche bzw. witterungsbedingte Bauzeitenbeschränkungen.

Die Genehmigungsbehörde hat im Rahmen der Ermessensentscheidung die Ausnutzbarkeit der Genehmigung bei der Fristsetzung berücksichtigt. Besonders sei hier auf § 63 BImSchG verwiesen. Mit Änderungen der Verfahrensvorschriften zur aufschiebenden Wirkung eines Widerspruches und einer Klage gegen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung von WKA sollen diese zukünftig zügiger errichtet werden können. Die Möglichkeit der Ausnutzung der Genehmigung ist somit in jedem Fall gewährleistet.

Die von mir gesetzte Frist ist geeignet und erforderlich, zu gewährleisten, dass die WKA bei Inbetriebnahme dem Stand der Technik entspricht und dem Zweck des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht entgegensteht. Unter Berücksichtigung des § 18 Abs. 3 BImSchG, der eine Verlängerung der Frist aus wichtigem Grund ermöglicht, sofern vor Ablauf der Frist bei der Genehmigungsbehörde ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird, ist die Frist auch angemessen.

Es wird hiermit darauf hingewiesen, dass mit Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung die Konzentrationswirkung nach § 13 BImSchG erlischt. Verlängerungen der Genehmigung sind daher bei den zuständigen Fachbehörden einzuholen und zur Entscheidung nach § 18 Abs. 3 BImSchG der Genehmigungsbehörde vorzulegen.

V. Auflagen

V.1. Allgemeines

Die Festsetzungen unter Ziffer C.III.1 d. B sind begründet durch:

- den Vorsorgegrundsatz, Maßnahmen gegen schädliche Umwelteinwirkungen zu treffen, insbesondere durch die den Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung,
- die notwendige Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und sonstiger Gefahren, erheblicher Nachteile und erheblicher Belästigungen von der Allgemeinheit und der Nachbarschaft,
- den notwendigen Schutz der im Betrieb Beschäftigten gegen Gefahren für Gesundheit und Leben.

V.2. Bauordnung

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.2. d. B.:

Die Auflagen unter Ziffer C.III.2. d. B. dienen der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Baugenehmigung und ergeben sich aus den §§ 11 Abs. 3, 55 Abs. 1 und 2, 81 Abs. 2 Nr. 1 und 82 Abs. 1 LBauO M-V.

Darüber hinaus ist der Betreiber von genehmigungsbedürftigen Anlagen nach § 52 Abs. 2 BImSchG verpflichtet, die Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen vorzulegen, die zur Erfüllung behördlicher Überwachungsaufgaben erforderlich sind. Die Kenntnis über den aktuellen Betreiber einer Anlage ist grundlegend für alle behördlichen Maßnahmen erforderlich.

Die Standorteignung wird durch den Vorhabenträger durch die „Bestimmung der Turbulenzintensität an einem Standort und im Windpark, Bericht-Nr.: WICO 162TI424-01", erstellt durch WIND-consult Ingenieurgesellschaft für umweltschonende Energiewandlung mbH vom 13.11.2024 dargestellt. Die Prüfung der Standsicherheit erfolgt vor Baubeginn durch den Prüfingenieur für Standsicherheit. Die Beauftragung der hoheitlichen Prüfung erfolgt gemäß Auflage C.III.2.2 durch die Bauaufsichtsbehörde.

Bei der Berechnung der effektiven Turbulenzintensität I_{eff} wurden keine sektoriellen Betriebsbeschränkungen berücksichtigt. Vorbehaltlich der abschließenden Prüfung durch den Prüfingenieur für Standsicherheit ergeben sich zum Zeitpunkt der Genehmigung keine sektoriellen Betriebsbeschränkungen zum Schutz der WKA d. B..

Das Einverständnis der Antragstellerin zum Auflagenvorbehalt zur Sicherung der Umsetzung des § 12 LBauO M-V für die Nebenbestimmungen unter Ziffer C.III.2.8 d. B. wurde gemäß § 12 Abs. 2a S. 1 BImSchG mit Schreiben vom 11. September 2026 erteilt.

Das Einverständnis der Antragstellerin zum Auflagenvorbehalt zur Sicherung der Umsetzung des § 46 LBauO M-V für die Nebenbestimmungen unter Ziffer C.III.2.10 d. B. wurde gemäß § 12 Abs. 2a S. 1 BImSchG mit Schreiben vom 11. September 2026 erteilt.

Eis

Die Auflage unter Ziffer C.III.2.11 d. B. dient der Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit von Eisfall und Eiswurf und erfolgt antragsgemäß für die WKA zum Schutz des Betriebsgeländes und der angrenzenden Störfallanlage der Vink Chemicals GmbH.

Die Auflagen unter Ziffer C.III.2.12 bis C.III.2.17 d. B. sind erforderlich zur Vorsorge vor sonstigen Gefahren nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG. Zu den sonstigen Gefahren zählen beispielsweise auch Eisabfall. Aufgrund der erforderlichen Risikominimierung und des

erweiterten Schutzzwecks des BImSchG § 1 Abs. 2 Strich 2 muss die Funktionalität der Eisdetektoren vor Inbetriebnahme nachgewiesen sein und ein manueller Neustart erfordert eine Risikominimierung durch vorherige Sichtprüfung.

Die Auflagen ergeben sich aus den Antragunterlagen in Kapitel 1.2 Kurzbeschreibung, Abschnitt „Eisabwurf/ Eiserkennung", in Kapitel 16 [Sicherheitstechnische Einrichtungen und Vorkehrungen], darin im Einzelnen das Risikogutachten in Kapitel 16.1.3.1 „Bewertung der Gefährdung von Personen auf dem Firmengelände durch den Betrieb einer Windenergieanlage des Typs Vestas V162", erstellt durch die Dr.-Ing. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH vom 10.12.2024, das Risikogutachten in Kapitel 16.1.3.5 „Bewertung der Gefährdung von Personen auf dem Firmengelände der Vink Chemicals Produktionsgesellschaft mbH durch den Betrieb einer Windenergieanlage des Typs Vestas V162", gleichfalls erstellt durch die Dr.-Ing. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH vom 26.02.2026 sowie die beiden Herstellerdokumente, wie die „Allgemeine Spezifikation Vestas Eiserkennungssystem (VID)" vom 13.10.2022 - Dokumentennr.: 0049-7921 V15 - in Kapitel 16.1.3.2 und die „Spezifizierung von „Yaw into Fixed Position due to Ice" (Windnachführung in arretierte Position aufgrund von Eis)" vom 02.06.2023 - Dokumentennr. 0039-9510 V03 - in Kapitel 16.1.3.3.

V.3. Immissionsschutz

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.3. d. B.:

Die vorstehenden Auflagen unter Ziffer C.III.3.1 bis C.III.3.8 d. B. sind begründet durch:

Für die Bewertung der Immissionen durch Schall und Schatten lagen folgende Unterlagen vor:

[1] Ermittlung der Schallimmissionen durch Prognose – Eine WEA des Typs Vestas V162-7.2 MW als Zusatzbelastung am Standort Ypsomed Schwerin, Prüfbericht WICO 164SC424-01, Stand 27.01.2025, erstellt durch Wind-consult GmbH, 18211 Bargeshagen

[2] Ermittlung des Schattenwurfs von WEA – Eine WEA des Typs Vestas V162-7.2 MW als Zusatzbelastung am Standort Ypsomed Schwerin, Prüfbericht WICO 165FB424-01, Stand 28.01.2025, erstellt durch Wind-consult GmbH, 18211 Bargeshagen

Diese werden wie folgt bewertet:

Schall

1. Bewertung der Immissionen durch Schall

Die Plausibilität der Schallimmissionsprognose [1] wird weitgehend bestätigt.

Die geplante WKA des Typs Vestas V162-7.2 MW mit einer Nabenhöhe von 169 m soll im Beurteilungszeitraum „tags" im Volllastmodus „SO7200" mit einer Nennleistung von 7,2 MW und einem Schallleistungspegel von L_{WA} = 106,3 dB(A) betrieben werden. Im Beurteilungszeitraum „nachts" soll der Betrieb im schallreduzierten Modus „SO5" mit einer Leistung von 2,9 MW und einem Schallleistungspegel von L_{WA} = 99,0 dB(A) erfolgen. In den geplanten Betriebsmodi werden die Immissionsrichtwerte an den betrachteten Immissionsorten durch die Zusatzbelastung um mindestens 15 dB(A) unterschritten. Somit liegt kein Immissionsort im gem. Nr. 2.2 TA Lärm definierten Einwirkungsbereich der Zusatzbelastung. Ebenfalls würde damit bei isolierter Betrachtung der WKA im Sinne von Nr. 5 der DIN 45691:2006-12 die Notwendigkeit zur Betrachtung der Verträglichkeit mit den baurechtlich festgesetzten IFSP entfallen. Da der Bebauungsplan Nr. 39 der Stadt Schwerin „Industriepark Göhrener Tannen" aber vor Aufstellung dieser Norm in Kraft getreten ist, wurde hierzu mit E-Mail vom 7. April 2026 ein Votum der zuständigen Baubehörde eingeholt, inwieweit diese Irrelevanz-

Regelung einer dem B-Plan fremden Norm hier überhaupt angewendet werden darf.

Hierzu gab die untere Baubehörde der mit E-Mail vom 20. Mai 2026 folgende Stellungnahme ab:

„Die Anforderungen an den Immissionsschutz in Form der Festsetzung unter Punkt I 1.3 des B-Plans „Göhrener Tannen" werden bei einer getrennten Bewertung der Schallemissionen und -immissionen vom Werk 1 und Werk 2 (im Bau) für die Medizinprodukteherstellung und der geplanten Windkraftanlage unterschritten und somit eingehalten.

Die geplante Windkraftanlage erzeugt eine Zusatzbelastung, die den festgesetzten immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel von 65 dB/qm tags um mindestens 4,8 dB unterschreitet. Für den Nachtzeitraum (57 dB/qm) ergibt sich eine Unterschreitung von mindestens 3,1 dB.

Die getrennte Bewertung kann in diesem Fall aus baurechtlicher Sicht erfolgen."

Bei den Emissionswerten der beantragten WKA handelt es sich um Herstellerangaben und diese sind somit mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Aufgrund der deutlichen Unterschreitung der Immissionsrichtwerte durch die Zusatzbelastung, ist die Anordnung einer Vermessung der einzelnen Betriebsmodi unverhältnismäßig.

Eine Genehmigung ist nach Einschätzung des LUNG MV und des StALU WM aus schallschutzfachlichen Gründen im Sinne des BImSchG sowie der TA Lärm nicht zu versagen.

Die Ermittlung des maximal zulässigen Emissionswertes $L_{e,max}$ erfolgte entsprechend Ziff. 4.1 der LAI-Hinweise[3].

2. Bewertung der Immissionen durch Schattenwurf

Das vorliegende Gutachten [2] entspricht den „Hinweisen zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windkraftanlagen (WKA-Schattenwurf-Hinweise)" der LAI[4].

Im Beschattungsbereich der geplanten WEA liegen die Ortslagen Stern Buchholz und der „Industriepark Göhrener Tannen". Allein durch diese Zusatzbelastung kommt es zu prognostizierten Überschreitungen der Immissionsrichtwerte für die astronomisch maximal mögliche Beschattungsdauer von 30 Stunden pro Jahr und/oder 30 Minuten pro Tag an Immissionsorten in diesen Ortslagen.

Das LUNG hat in eigenen Kontrollrechnungen weitere Immissionsorte in Stern Buchholz - „Stern Buchholz KGV", „Stern Buchholz 13", „Stern Buchholz 7" - identifiziert. Auch an diesen Immissionsorten kommt es zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte.

Der Gutachter hat daher in [2] bereits folgerichtig festgestellt, dass die Immissionen durch periodischen Schattenwurf mittels des Ergreifens technischer Maßnahmen auf das in den WKA-Schattenwurf-Hinweisen maximal zulässige Maß zu begrenzen sind. Die Wirksamkeit geplanter technischer Maßnahmen ist im Rahmen eines Schattenwurfabschaltkonzeptes vor Inbetriebnahme der WKA darzulegen.

---

[3] Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen (WKA), Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI), Stand 30.06.2016.

[4] Hinweise zur Beurteilung der optischen Immissionen von Windkraftanlagen (WKA-Schattenwurf-Hinweise), – Aktualisierung 2019, Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI), Stand 23.01.2020

V.4. Naturschutz

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.4 d. B.:

Folgende Unterlagen lagen zur Prüfung vor:

- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (AFB) Errichtung einer Windenergieanlage im Rahmen der Ypsomed Werkserweiterung Schwerin II. Verfasser: Hendrik Sönnichsen Landschaftsökologie & Umweltplanung, Schwerin. (Stand: 27.01.2025)
- Kartierbericht - Saison 2023. Errichtung einer Windenergieanlage am Standort Schwerin. Verfasser: biota – Institut für ökologische Forschung und Planung GmbH, Bützow. (Stand: 05.10.2023)
- Nachkartierungen Horste 2024. WKA Planung Industriepark Schwerin Verfasser: Hendrik Sönnichsen Landschaftsökologie & Umweltplanung, Schwerin. (Stand: 06.2024)
- Begründung mit Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 39 "Industriepark Göhrener Tannen" rechtskräftig seit 31. Januar 2003

Das Dezernat 62, StALU WM kommt nach Prüfung der genannten Unterlagen zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung von Nebenbestimmungen die naturschutzrechtlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Genehmigung über die Errichtung und den Betrieb von einer WKA in oben genanntem Vorhaben gegeben sind.

Die Nebenbestimmungen zum Artenschutz dienen allgemein der Einhaltung der artenschutzrechtlichen Belange gem. § 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG. Diese Nebenbestimmungen sind darauf ausgerichtet, die notwendigen Maßnahmen und Anforderungen in angemessener und geeigneter Weise umzusetzen. Die vorgesehenen Maßnahmen stellen sicher, dass sämtliche Aspekte des Artenschutzes effektiv berücksichtigt und mögliche Verbotstatbestände vermieden werden. Wird im Folgenden darauf verwiesen, dass die Durchführung einer Maßnahme durch eine fachkundige Person zu erfolgen hat, dann meint dies eine naturschutzfachlich ausgebildete Fachkraft, die je nach Formulierung der Auflage, ergänzend über vertiefte Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Ornithologie und Herpetologie verfügt. Denkbar ist, dass verschiedene angestellte Personen eines entsprechend ausgerichteten und für die Durchführung ökologischer Baubegleitungen (ÖBB) qualifizierten Fachunternehmens, abhängig von ihren Spezialisierungen, die Durchführung der Baumaßnahme begleiten.

Die Errichtung der geplanten WKA (einschließlich der vom Rotor überstrichenen Fläche) sowie deren Zuwegung ist innerhalb der Grenzen des Geltungsbereiches des B-Planes Nr. 39 "Industriepark Göhrener Tannen" vorgesehen. In der Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 39 "Industriepark Göhrener Tannen" fand bereits eine vorhabenbezogene Eingriffsermittlung und Kompensationsplanung statt. Die WKA soll auf einer Fläche errichtet werden, auf der bereits eine Baureife besteht und erforderlichen Artenschutzmaßnahmen, die sich im Rahmen des Bauantrages als erforderlich erwiesen, bereits abgeschlossen sind. Darüber hinaus sind die Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild über den B-Plan bereits kompensiert, so dass hierzu im Folgenden keine weiteren Anforderungen zu stellen waren. Es galt zu prüfen, inwieweit sich aus den Wirkfaktoren bei Errichtung und Betrieb einer WKA weitere naturschutzrechtliche Konflikte ergeben können und ob zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Zu der Auflage unter Ziffer C.III.4.1 d.B.:

Die Auflage dient der Sicherstellung der Umsetzung und der Kontrolle der Auflagen unter Ziffer C.III.4.2 bis C.III.4.12. Neben der rein dokumentarischen Funktion wird diese Maßnahme zur Abwendung von Verbotstatbeständen gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG eingesetzt. Mehrfach wird in den zuvor genannten Auflagen ein Bezug zu weiteren

Vermeidungsmaßnahmen gezogen. Die Vorgaben der R SBB 2023 sowie der "Hinweise zum Artenschutz beim Bau von Straßen" (2017) dienen der Aufrechterhaltung eines funktionalen ökologischen Verbundes. Aus der Bestimmung des § 17 Abs. 7 BNatSchG erwächst die Aufgabe, bereits während der Projektdurchführung die Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu überwachen und zu dokumentieren. Der erweiterte Einsatz einer ÖBB wird notwendig, wenn von den Bauzeitenregelungen abgewichen wird, um die korrekte Durchführung von Besatzkontrollen und ggf. schonende Umsiedlungen zu gewährleisten.

Das StALU WM, Dez. 62, hat die Aufgabe, die Schutzmaßnahmen zu kontrollieren und für deren Umsetzung und ggf. Anpassung zu sorgen. Aufgrund des zeitlichen und personellen Umfangs der Aufgabe und unter Berücksichtigung der Vielzahl gleichgelagerter Vorhaben wird diese Aufgabe regelmäßig auf eine ÖBB übertragen und dient der praxisnahen Sicherstellung der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BImSchG. Die Auflage ergeht überdies weitgehend antragsgemäß (Maßnahme V1, AFB; Stand 27.01.2025).

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.4.2 bis C.III.4.4 d. B.:

Bäume mit einem Stammumfang von 100 cm sind gemäß § 18 NatSchAG M-V gesetzlich geschützt und Handlungen, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können, sind verboten. Diese Auflagen dienen dem Schutz der geschützten Bäume während der Baustellenarbeiten und tragen dazu bei, mögliche Schäden an den Bäumen zu verhindern.

Um Baumstämme vor Beschädigungen durch mechanische Einwirkungen zu schützen, sind im Rahmen der ÖBB Schutzmaßnahmen zu ergreifen (z. B. Schutzplatten aus widerstandsfähigem Material wie Kunststoff am betroffenen Stamm, Umzäunung der betroffenen Gehölze mit einem stabilen Zaun). Es ist wichtig, dass während der Bauarbeiten regelmäßig eine Überwachung der Gehölze erfolgt, um sicherzustellen, dass keine Schäden auftreten. Bei Bedarf können durch die ÖBB Anpassungen oder zusätzliche Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Das Abstellen von schweren Maschinen oder Baustellenmaterialien in unmittelbarer Nähe der Gehölze sind zu unterlassen, um Wurzelschäden oder physische Beschädigungen zu vermeiden. Der Wurzelbereich (äußerster Rand der Baumkrone inklusive 1,50 m Puffer) ist ein sensibler Bereich, der zum Schutz und Erhalt des Baumes beiträgt. Die Nutzung dieses Bereichs als Lagerstätte kann zu Schäden des Wurzelbereichs führen und die Gesundheit und Stabilität des Baumes beeinträchtigen. Alternativ können Schutzmaßnahmen wie das Verlegen von Schutzplatten oder –matten (auf Kiesbett) um die Wurzelzone verwendet werden, um die Wurzeln der Gehölze zu schützen, wenn keine anderen Abstellmöglichkeiten vorhanden sind. Diese helfen dabei, die Wurzeln vor Verdichtung des Bodens oder mechanischen Schäden zu bewahren.

Durch das Anheben des Lichtraumprofils oder das Hochbinden der Äste wird sichergestellt, dass die Baustellenfahrzeuge sicher passieren können, ohne die Äste zu beschädigen. Diese Maßnahme ist wichtig, um zu verhindern, dass die Fahrzeuge an den tiefreichenden Ästen hängenbleiben und diese möglicherweise abreißen. Dadurch würden große Wunden an den Bäumen entstehen, die nur schwer verheilen und als Eintrittspforten für Schadenerreger dienen könnten. Die Polsterung der Bindungspunkte gewährleistet zudem, dass die Bäume vor Verletzungen durch die Bindungsmechanismen geschützt sind.

Sind Rückschnitte zur Freistellung des Lichtraumprofils erforderlich, so ist der betroffene Bereich auf mögliche Brutaktivität zu überprüfen, da der Kronentraufbereich auch als Fortpflanzungsstätte für eine Vielzahl von Tierarten, einschließlich Vögel dient. Diese Auflage gewährleistet den allgemeinen Artenschutz, verhindert das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG und berücksichtigt die ökologische Bedeutung des Kronentraufbereichs als Fortpflanzungsstätte. Durch die Überprüfung auf mögliche

Brutaktivitäten und die Freigabe durch die Naturschutzbehörde wird sichergestellt, dass die Rückschnittmaßnahmen mit den geltenden Naturschutzbestimmungen im Einklang stehen und keine negativen Auswirkungen auf die dort vorkommende Fauna haben.

Artenschutz

Boden-, Höhlen- und Gehölzbrüter

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.4.5 bis C.III.4.10 d. B.:

Durch das Vorkommen von Gehölz-, Höhlen- und Bodenbrütern könnte es durch den Bau der geplanten Anlagen zum Eintreten von Verbotstatbeständen nach dem § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kommen. Diese Auflagen dienen der Vermeidung der Zerstörung von Fortpflanzungsstätten und der Vermeidung der Tötung besonders geschützter Vogelarten. Mit Auflage C.III.4.6a) soll die Anlage von Brutplätzen verhindert und somit eine baubedingte Zerstörung von Fortpflanzungsstätten sowie baubedingte Tötung besonders geschützter Vogelarten vermieden werden. Um Gewöhnungseffekte zu vermeiden, sind bei Vergrämung nach Auflage C.III.4.6a) weitere Maßnahmen spätestens nach drei Monaten zu ergreifen. Das Dezernat 62 des StALU WM hat Kenntnis darüber, dass sich 2025 auf dem Vorhabengelände zeitweilig Ansiedlungsversuche von Bienenfressern in den Hängen der im Rahmen der aktuell laufenden aufgeschobenen Erdwälle festgestellt wurden. Bienenfresser gehören zu den streng geschützten Vogelarten gem. § 7 Abs. 2 Nr. 13 i. V. m. § 44 BNatSchG. Durch das Entstehen steilwandiger Erdstrukturen im Zuge des Oberbodenabbaus können potenziell geeignete Brutplätze, auch u. a. für die Uferschwalbe (*Riparia riparia*), geschaffen werden, die die Ansiedlungsversuche der höhlenbrütenden Arten weiterhin begünstigen würden. Um einer Etablierung entsprechender Brutstandorte vorzubeugen und damit möglichen artenschutzrechtlichen Konflikten i. S. d. § 44 Abs. 1 BNatSchG entgegenzuwirken, ist die Auflage C.III.4.10 als eine rechtzeitige habitatvermeidende Gestaltung der betroffenen Bereiche erforderlich.

Amphibien und Reptilien

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.4.11 und C.III.4.12 d. B.:

Die artenschutzrechtlichen Forderungen ergeben sich aus den Ausführungen in den Antragsunterlagen (vgl. AFB 2025) und in der artenschutzrechtlichen Betrachtung nach § 44 BNatSchG. Am eigentlichen Standort der WKA wurden die Maßnahmen zum Umsetzen der Amphibien und Reptilien bereits erfolgreich abgeschlossen (vgl. AFB 2025). Auf Bereichen außerhalb der mit Reptilienschutzzaun umfassten Fläche ist jedoch mit einem flächendeckenden Vorkommen von Zauneidechse und Kreuzkröte auf eventuell munitionsbelasteten Flächen zu rechnen. Daher sind für diese Flächen, auf denen die Zuwegungen geplant sind (vgl. Abb. 5.1 im AFB (2025)), vergleichbare Maßnahmen wie oben beschrieben vorzusehen. Die ÖBB hat die korrekte Durchführung von Besatzkontrollen und Umsiedlungen zu garantieren. Bei der Anlage von Schutzzäunen muss eine regelmäßige Kontrolle der Sammelstellen ebenso wie das Entlassen der Tiere in die Freiheit an geeigneter Stelle fachkundig erfolgen, da nur so gewährleistet werden kann, dass die Maßnahme das Eintreten der Verbotstatbestände nicht sogar begünstigt. Sammelstellen an Schutzzäunen werden nach Anlage gezielt von Prädatoren aufgesucht. Bei zu großer Hitze oder bei Volllaufen der Sammelbehälter mit Regen besteht die Gefahr, dass die Tiere in den Sammelstellen verenden. Das zweimal tägliche Absammeln der Amphibien und Reptilien ist daher zwingend notwendig, um diesbezügliche Risiken für die Tiere weitestgehend zu reduzieren. Damit das Eintreten der Verbotstatbestände ausgeschlossen werden kann, muss die Baubegleitung über herpetologische Fachkenntnisse verfügen.

Fledermäuse

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.4.13 bis C.III.4.20 d. B.:

Die Nebenbestimmungen begründet sich mit der Sicherstellung der Anforderungen des § 44 Absatz 1 Nr. 1 BNatSchG für lokal vorkommende Fledermausarten. Fledermäuse können nach artenschutzfachlicher Einschätzung während ihrer Jagd- und Transferflüge durch Lärm und Licht erzeugende nächtliche Bauarbeiten gestört werden oder mit Baufahrzeugen kollidieren. Auch während des Winterschlafs sind Fledermäuse empfindlich gegenüber hellen Lichtern und lauten Geräuschen. Zur Abwendung dieser Tatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG ist eine Beschränkung der Arbeiten auf den Tag gefordert. Innerhalb des 250 m Untersuchungsraums um die WKA stellen die Waldränder östlich und südlich der geplanten WKA eine potentiell häufig genutzte

Leitstruktur für Fledermäuse gem. AAB-WEA (LUNG M-V 2016b) dar (vgl. AFB 2025). Somit ist aktuell von einer erhöhten Kollisionsgefahr von Individuen während ihrer Jagd- und Transferflüge mit Umsetzung des Vorhabens auszugehen. Wird die WKA zu den angegebenen Voraussetzungen gem. der Nebenbestimmung abgeschaltet, wird davon ausgegangen, dass das Tötungsrisiko gem. § 44 Abs. 1 Nr. BNatSchG unter die Signifikanzschwelle fällt und das Tötungsverbot für lokal vorkommende Fledermausarten nicht berührt wird. Die Auflagen erfolgen antragsgemäß (vgl. Maßnahme V4 AFB 2025). Zur Berücksichtigung der Niederschlagsmenge bei den pauschalen Abschaltzeiten wird aktuell noch geforscht. Da Niederschlagsmessungen zur Abschaltung von WKA für Fledermäuse unzuverlässig sein können wird ein konservativer Wert empfohlen, oder auf die Berücksichtigung des Niederschlags zu verzichten. Falls er dennoch zum Einsatz kommen soll, ist Auflage C.III.4.15 zu berücksichtigen. Diese soll verhindern, dass durch verfälschte Messeergebnisse oder mangelhafte technische Umsetzung die Anwendung des Parameters Niederschlags zu fehlerhaften Abschaltzeiten führen, die in der Folge die Möglichkeit des Eintretens des Tötungstatbestands erhöhen. Lt. der Artenschutzrechtlichen Arbeits- und Beurteilungshilfen für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen, Teil Fledermäuse, Kapitel 3.1.1, Stand: 01.08.2016 (AAB-WEA FL M-V 2016) ist die Erfassung des Niederschlags nicht erforderlich, wenn dieser nicht berücksichtigt werden soll. Nach Brinkmann et al. 2011 sind die Kosten für die Erfassung des Niederschlags höher, als die zu erwartenden Mehr-Erträge, wenn der Niederschlag bei den Abschaltalgorithmen berücksichtigt wird.

Das Dezernat 62 des StALU WM kontrolliert die Abschaltlogarithmen der pauschalen und optimierten Fledermausabschaltzeiten an WKA anhand des ProBat Tools „proBat-Inspector". Mit dieser kostenfreien webbasierten Anwendung ist die Berechnung standortspezifischer Abschaltalgorithmen zum Schutz von Fledermäusen durchführbar. Dies ermöglicht eine schnellere und genauere Aufbereitung und Prüfung der umfangreichen Betriebsdaten. Durch die automatisierte Prüfung mit einem vom Programm erstellten Endbericht wird eine größere Sicherheit für die zuständige Naturschutzbehörde und den Betreiber bewirkt. Um die Anwendung nutzen zu können, sind die Betriebsdaten in der geforderten Form vorzulegen.

Das Höhenmonitoring ist nach AAB-WEA M-V FL (Stand: 01.08.2016) freiwillig und geeignet, um bisherige Kenntnislücken zu wandernden und residenten Fledermäusen zu verringern. Die tatsächliche Aktivität von Fledermäusen im Rotorbereich lässt sich erst nach der Errichtung der Anlagen erfassen, da die hochfliegenden, wandernden Tiere durch bodengebundene Vorabuntersuchungen nicht hinreichend erfasst werden können und da sich die Aktivität am Standort nach der Errichtung der Anlagen ändert (Anlock-Wirkung der WKA). Um eine belastbare Aussagefähigkeit des Höhenmonitorings zu gewährleisten, ist dieses nach den fachlich anerkannten Standards (z. B. hinsichtlich der Auswahl der zu untersuchenden WKA-Standorte, der Erfassungszeiten und Erfassungsmethoden) zu konzipieren. Die Besprechung des Konzepts zum Höhenmonitoring ist sinnvoll um mögliche

Fehler im Vorfeld zu erkennen und die Anerkennung der Ergebnisse des Höhenmonitorings zu gewährleisten. Es ist bei der Anordnung von Abschaltungen das mildeste, zum Erreichen des Ziels (hier Verhinderung von Fledermauskollisionen an der geplanten WKA) notwendige Mittel zu wählen. Daher sind die Abschaltzeiten den Erfordernissen entsprechend anzupassen.

Die Auflage C.III.4.17 dient dem Zweck der behördlichen Evaluation der genannten Bestimmungen im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Risikomanagements. Die Fledermausaktivität kann sich im Laufe der Betriebszeit einer WKA durch Landnutzungsänderung, Veränderungen der Gehölzstrukturen oder auch durch klimatisch bedingte Verschiebungen des Zugzeitraumes räumlich oder zeitlich verlagern (siehe auch AAB-WEA M-V FL, Kap. 3.1.4). Mit einer erneuten Untersuchung wird weiterhin geprüft, inwiefern ggf. festgelegte Abschaltzeiten noch erforderlich oder entbehrlich sind.

Das angeordnete Risikomanagement einschließlich Monitoring ist in der Gesamtbetrachtung geeignet, erforderlich und angemessen, um unter Berücksichtigung oben genannter vorliegender Prognose-Unsicherheiten auszuschließen. Es ist davon auszugehen, dass – wenn die Vorhabenträgerin ein Gondelmonitoring durchführt – die nach den ersten zwei Betriebsjahren festgelegten Abschaltzeiten im Hinblick auf deren Eignung, das Tötungsrisiko für Fledermäuse unter die Signifikanzschwelle zu senken, in regelmäßigen Abständen validiert werden sollten, um die Einhaltung der Vorgaben aus § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG dauerhaft zu gewährleisten. Diese Annahme ist naturschutzfachlich vertretbar (VGH Mannheim, Urteil vom 19.11.2025 – 14 S 103/25, juris -, Rn. 196).

Den bestehenden wissenschaftlichen Unsicherheiten an der Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen, die zugunsten von Fledermäusen festgesetzt werden, kann regelmäßig durch ein Monitoring mit Risikomanagement Rechnung getragen werden (OVG Lüneburg (7. Senat), Urteil vom 27.08.2019 – 7 KS 24/17, LS. 8).

Die erforderlichen Abschaltzeiten können auf der Grundlage eines wiederholten Gondelmonitorings von den angeordneten Abschaltzeiten abweichen. Aufgrund von klimabedingten Änderungen im Zugverhalten können nach Ergebnisauswertung des Gondelmonitorings Änderungen im Sinne von Verschiebungen der Abschaltzeiten notwendig werden. Insofern behält sich die Genehmigungsbehörde vor, in Abstimmung mit der zuständigen Fachbehörde für Naturschutz, im Rahmen des Risikomanagements die Abschaltzeiten durch gesonderten Bescheid entsprechend anzupassen, um die Sicherstellung des § 44 Absatz 1 Nr. 1 BNatSchG zu erreichen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei Nachweis einer stärkeren Konfliktträchtigkeit des Vorhabens zur gebotenen Senkung eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos auch eine Ausweitung der Abschaltzeiten notwendig werden kann. Eine Anpassung erfordert in jedem Fall die Änderung der Nebenbestimmung, die durch den Auflagenvorbehalt ermöglicht wird.

<u>Kontrollverpflichtung</u>

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.4 d. B.:

Die Nebenbestimmungen in denen es um die Dokumentation der Maßnahmen geht, dienen der Einhaltung der Prüfpflicht gemäß § 17 Abs. 7 BNatSchG.

Die Umsetzung der angeordneten Nebenbestimmungen wird demnach durch die zuständige Naturschutzbehörde kontrolliert. Um nachvollziehen zu können, ob erforderliche Vorgaben eingehalten sowie frist- und sachgerecht durchgeführt worden sind, ist die Angabe von Terminen sowie die Dokumentation der Maßnahmen von besonderer Relevanz. Damit Kontrollen mit verhältnismäßigem Aufwand durchführt werden können, müssen die Daten für die kontrollierende, sachkundige Person rechtzeitig übermittelt werden sowie verständlich

und übersichtlich aufbereitet sein.

Das Einverständnis der Antragstellerin zum Auflagenvorbehalt zum freiwilligen Höhenmonitoring unter Ziffer C.III.4.18 d. B. wurde gemäß § 12 Abs. 2a S. 1 BImSchG mit Schreiben vom 17. September 2026 erteilt.

V.5. Wasser und Abfall

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.5. d. B.:

Die Naturwind Schwerin GmbH plant auf dem Betriebsgelände der Ypsomed Produktion GmbH (Ypsomed) am Standort Schwerin/ Krebsförden die Errichtung und den Betrieb einer Windkraftanlage (WKA), um den erzeugten Strom zum überwiegenden Teil für die Eigenversorgung in der vorhandenen Produktionsstätte und evtl. einer Werkserweiterung zu nutzen. Diese WEA umfasst zahlreiche Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Das beinhaltet u.a. das Verwenden, Abfüllen und Umschlagen von flüssigen Stoffen.

Gemäß Anhang 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) handelt es sich hierbei um eine genehmigungsbedürftige Anlage nach BImSchV, für dessen Genehmigung ein Verfahren nach § 10 BImSchG durch die zuständige Genehmigungsbehörde (StALU WM) durchgeführt wird. Gemäß § 11 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) erfolgte die Beteiligung der unteren Wasserbehörde der Landeshauptstadt Schwerin im Genehmigungsverfahren.

Die geplante WKA wird als selbstständige Nebenanlage der Produktionsanlage errichtet und betrieben. Der Produktionsstandort befindet sich nicht in einem gesetzlich festgesetzten Wasserschutzgebiet.

Da das Niederschlagswasser nicht gefasst wird, ist die Versickerung erlaubnisfrei.

Die zur Errichtung und dem anschließenden Betrieb einer WKA notwendigen Anlagen stellen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 (BGBl. I S. 905) in der jetzt gültigen Fassung der Bekanntmachung dar. Dies betrifft insbesondere das Abfüllen, Verwenden und Umschlagen der eingesetzten Stoffe. Solche Anlagen sind gemäß § 40 AwSV bei der zuständigen unteren Wasserbehörde anzuzeigen.

Gemäß § 100 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) in der jetzt gültigen Fassung der Bekanntmachung ordnet die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen die Maßnahmen an, die im Einzelfall notwendig sind, um Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts zu vermeiden oder zu beseitigen oder die Erfüllung von Verpflichtungen nach bundes- oder landesrechtlichen Vorgaben zu gewährleisten. Für den Betrieb und den Umgang solcher Anlagen sind wasserrechtliche Vorschriften zu beachten.

Nach § 107 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG M-V) vom 30. November 1992 (GVOBl. M-V S. 669) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung ist die untere Wasserbehörde der Stadt Schwerin für die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen nach § 16 Abs. 3 AwSV, die Anordnung von Maßnahmen nach § 100 WHG sowie Durchsetzung der AwSV die zuständige Behörde.

Es handelt sich hier gemäß § 39 AwSV um Anlagen zum Verwenden, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe der Gefährdungsstufe „A". Die Anforderungen der AwSV sind daher anzuwenden. Davon betroffen sind u.a. die Anforderungen an die Rückhaltung wassergefährdender Stoffe nach § 18 der AwSV sowie die bauliche Ausführung von Dichtflächen. (hier Abfüll- und Umschlagflächen)

Bei dieser Energieanlage betrifft das u.a. außenliegende Rückkühler bei der Anlage zum Verwenden von Kühlflüssigkeit in der Gondel, ortsfeste Abfüllflächen zum Abfüllen von

flüssigen Stoffen für den Austausch von Betriebsmitteln sowie eine Umschlagfläche zum Be-/Entladen von Betriebsmitteln in Transportbehälter.

Die erforderlichen Nebenbestimmungen ergeben sich aus den §§ 62 - 63 WHG, der AwSV sowie den allgemein anerkannten Regeln der Technik und dienen dem vorsorgenden Schutz von Gewässern und Grundwasser sowie dem Bodenschutz.

V.6. Boden und Abfall

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.6 d. B.

Die Auflagen ergeben sich gemäß § 10 Abs. 1 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und sollen die Einhaltung der Gefahrenabwehrpflicht nach § 4 Abs. 1 und 2 BBodSchG sowie der Vorsorgepflicht nach § 7 BBodSchG gewährleisten. V. a. soll sichergestellt werden, dass nach Nutzungsaufgabe und Rückbau der WEA die natürlichen Bodenfunktionen in den betroffenen Bereichen nachhaltig wiederhergestellt werden (§ 1 BBodSchG).
Die allgemein gültigen Anforderungen zum Bodenschutz resultieren aus den Vorgaben einschlägiger Normen (DIN 19639 2019, DIN 18915 2018, DIN 19731 2023). Die spezifischen Maßnahmen zum Bodenschutz wurden insbesondere aus der DIN SPEC 4866 (2020) abgeleitet.

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.6.14 bis C.III.6.19 d. B.:

Diese Auflagen beruhen auf dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), dem Abfallwirtschaftsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (Abfallwirtschaftsgesetz - AbfWG M-V) sowie der Ersatzbaustoff-verordnung (ErsatzbaustoffV).

Bei der Verwendung von mineralischen Ersatzbaustoffen z.B. für den Wegebau hat der Bauherr die seit 01.08.2023 in Kraft getretene ErsatzbaustoffV anzuwenden. Für beispielsweise die Errichtung temporärer und dauerhafter Zuwegungen, sowie der Kranstellflächen im Rahmen der Erschließung darf nur solches Material verwendet werden, dass für die jeweilige Verwendung zugelassen ist (gem. Anlage 2 ErsatzbaustoffV - Einsatzmöglichkeiten von mineralischen Ersatzbaustoffen in technischen Bauwerken).

Außerdem ist der Bauherr gesetzlich zur Durchführung des Lieferscheinverfahrens gemäß § 25 ErsatzbaustoffV verpflichtet, mit dem die Verwendung von mineralischen Ersatzbaustoffen dokumentiert. Gemäß § 25 Abs. 4, Satz 3, sind die Dokumentationsunterlagen der zuständigen Behörde auf deren Verlangen vorzulegen. Zuständige Behörde ist das StALU WM.

Rückbaukonzept

Die geplanten Maßnahmen zur Einhaltung der Betreiberpflichten gem. § 5 Abs. 3 BImSchG sind in einem vorläufigen Rückbaukonzept zusammenzuführen und detailliert darzustellen. Der Verbleib von Materialmassen ist, soweit vorhersehbar, über Verbleibensnachweise in einer Abfallmengenbilanz zu dokumentieren (Materialien zur Wiederverwendung, Abfall zur Verwertung und Abfall zur Beseitigung).

Ist keine Wiederverwendung vorgesehen, sind die Bestandteile und Materialien der WKA bei technischer und wirtschaftlicher Machbarkeit physisch zu trennen, um diese möglichst sortenrein der Verwertung zuzuführen.

Zur Trennung und Dokumentation von Abfällen, die beseitigt oder verwertet werden sollen, müssen Vorgaben der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) und Abfallverzeichnisverordnung (AVV) angewendet werden.

Die Abfälle sind mit Abfallschlüsselnummern zu versehen und zu dokumentieren. Bei carbon- oder glasfaserhaltigen Abfällen ist immer der Zusatz „enthält Glasfasern“ bzw. „enthält Carbonfasern“ mitzuführen.

V.7. Brandschutz

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.7. d. B.:

Die Auflagen sind erforderlich, um das Brandrisiko zu minimieren und die Sicherheit der Allgemeinheit im Brandfall zu gewährleisten. Sie ergeben sich aus den §§ 3, 14 i. V. m. §§ 51, 81 LBauO M-V.

Im Brandfall der WKA ist aufgrund des geringen Gebäudeabstandes das Herabfallen brennender Teile auf die Werkhalle zu befürchten, so dass die Feuerwehr aus Sicherheitsgründen keine Löscharbeiten im bzw. am Gebäude durchführen kann.

Die Prüfung des standortbezogenen Brandschutzkonzeptes ist noch nicht erfolgt. Somit konnte die Würdigung für den abwehrenden Brandschutz nicht im Prüfbericht aufgenommen werden. Somit ist es erforderlich die Bedingung C.I.2 d. B. hinsichtlich der Prüfung der Brandschutznachweise vor Baubeginn und weitere Konkretisierungen unter C.III.7.5 bis C.III.7.7 d. B. festzusetzen. Erst nach Prüfung der Brandschutznachweise können die Belange des Brandschutzes abschließend gewürdigt werden.

Das Einverständnis der Antragstellerin zum Auflagenvorbehalt zur Sicherung der Umsetzung des § 14 LBauO M-V für die Nebenbestimmungen unter C.III.7.8 d. B. wurde gemäß § 12 Abs. 2a S. 1 BImSchG mit Schreiben vom 17. September 2026 erteilt.

V.8. Arbeitsschutz

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.8. d. B.:

Die Auflagen sind notwendig, um die Sicherheit der Beschäftigten auf und in der WKA zu gewährleisten und ergeben sich aus der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV), der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV), aus dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV), dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), der Neunten Verordnung zum Produktsicherheitsgesetz (9. ProdSV) und der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (BaustellV).

Weitere Regelungen ergeben sich aus den Technischen Regeln für Betriebssicherheit (TRBS), den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR), den Vorschriften und Informationen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) sowie aus dem Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen (ÜAnlG).

Die Auflagen dienen dem sicheren Betrieb der Anlage, dem Schutz Beschäftigter und Dritter und der Einhaltung von Überwachungspflichten.

V.9. Luftfahrt

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.9. d. B.:

Die Entscheidung zur Zustimmung und Festlegung der Auflagen erfolgt:

- gemäß § 14 Abs. 1 i. V. m. § 12 Abs. 4 Luftverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.05.2007 (BGBl. I, S. 698), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 23.10.2024 (BGBl. I Nr. 323),
- aufgrund der gutachtlichen Stellungnahmen der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) OZ/AF-MV-10458 vom 27.05.2025,
- entsprechend der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 24.04.2020 (BAnz AT 30.04.2020 B4), geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der AVV zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 15.12.2023 (BAnz AT 28.12.2023 B4),

- unter Berücksichtigung von § 36 (Flüge nach Sichtflugregeln bei Nacht), § 37 (Sicherheitsmindesthöhe bei Flügen nach Sichtflugregeln), § 39 (Such- und Rettungsflüge) und § 40 (Mindestsichtwetterbedingungen) Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) vom 29.10.2015 (BGBl. I S. 1894) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1766),
- EU(VO) 923/2012 unter Nummer SERA.3105 in Verbindung mit SERA.5005 und SERA.5015 Mindesthöhen.

  Die WKA befindet sich außerhalb der Kontrollzone eines Flughafens, jedoch ca. 4.300 m östlich vom geplanten Hubschrauberlandeplatz in Pampow, der für den Tag- und Nachtflugbetrieb beantragt ist. Daher ist die Anordnung der Erweiterung des Wirkungsraums der BNK auf mindestens 5.000 m an den WEA-Standort erforderlich (s. Auflage C.III.9.8).

  Zur Wahrung der Sicherheit der zivilen und militärischen Luftfahrt und zum Schutz der Allgemeinheit vor den Gefahren des Luftverkehrs kann dem Bauvorhaben nur mit den geforderten Auflagen zugestimmt werden. Im Übrigen verweise ich auf die Bestimmungen in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen.

Die Tages- und Nachtkennzeichnung ist gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 24.04.2020 (AVV; BAnz AT 30.04.2020 B4), geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der AVV zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 15.12.2023 (BAnz AT 28.12.2023 B4) auszuführen.

V.10. Anzeigen und Abnahmen

Die Auflagen unter Ziffer C.III.10 d. B. dienen grundsätzlich der Kontroll- und Überwachungstätigkeiten der Fachbehörden zur Sicherstellung der Einhaltung der beauflagten Nebenbestimmungen.

Zu den Auflagen unter Ziffer C.III.10.1 und C.III.10.2 d. B.:

Die Auflagen ergeben sich u.a. aus den §§ 53 Abs. 1, 72 Abs. 9 und 82 Abs. 2 LBauO M-V. Die Pflicht zur Baustellen-Vorankündigung ergibt sich aus § 2 BaustellV.

Zu der Auflage unter Ziffer C.III.10.1 und C.III.10.4 d. B. (Naturschutz):

Die Auflagen dienen der Einhaltung der Prüfpflicht gemäß § 17 Abs. 7 BNatSchG. Die Umsetzung der angeordneten Nebenbestimmungen wird demnach durch die zuständige Naturschutzbehörde kontrolliert. Um nachvollziehen zu können, ob erforderliche Vorgaben eingehalten sowie frist- und sachgerecht durchgeführt worden sind, ist die Angabe von Terminen von besonderer Relevanz.

Zu der Auflage unter C.III.11.6 d. B.:

Die Auflage ergibt sich aus § 5 Abs. 2 DSchG M-V.

Zu der Auflage unter Ziffer C.III.10.7 d. B.:

Die Anzeige des Betreiberwechsels ist notwendig, da die Betreiberpflichten gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 BImSchG bedingen, dass auch bei Übertragung der Genehmigung auf Dritte die Kopplung der Wirksamkeit von Genehmigung und Sicherheitsleistung erhalten bleibt. Bürgschaften und ähnliche Sicherheitsleistungen sind grundsätzlich an die Person gebunden und gehen daher nicht notwendigerweise mit dem Betreiberwechsel auf den neuen Betreiber über.

Die Naturschutzbehörde ist für die Überwachung und Durchsetzung der Naturschutzbestimmungen zuständig. Durch die Mitteilung des Betreiberwechsels wird sichergestellt, dass die Behörde über die aktuellen verantwortlichen Personen informiert ist und ihre Aufgaben effektiv erfüllen kann. Der Betreiberwechsel kann Auswirkungen auf den laufenden Betrieb und die Naturschutzmaßnahmen haben. Durch die frühzeitige Mitteilung des Wechsels kann die Naturschutzbehörde die erforderlichen Anpassungen oder Kontrollen vornehmen, um sicherzustellen, dass der Naturschutz weiterhin gewährleistet ist. Die Mitteilung des Betreiberwechsels dient darüber hinaus der rechtlichen Dokumentation und Transparenz. Sie ermöglicht es der Naturschutzbehörde, den Verlauf der Verantwortlichkeiten nachzuvollziehen und ggf. bei Fragen oder Konflikten Nachweise vorzulegen.

Das gilt analog für die Untere Bauaufsichtsbehörde und das Landesamt für Gesundheit und Soziales.

Zu der Auflage unter Ziffer C.III.10.8 d. B.:

Die Auflage dient der Kontrolle der Erfüllung der gemäß § 14 Abs. 1 i. V. m. § 12 Abs. 4 LuftVG beauflagten Nebenbestimmungen im Zusammenhang mit der luftrechtlichen Zustimmung für die Erteilung der Baugenehmigung zur Errichtung von Bauwerken und anderen Anlagen, die eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten.

E. Hinweise

I.1. Allgemeine Hinweise

I.1.1 Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Entscheidung im Ergebnis des nach § 4 BImSchG durchzuführenden Genehmigungsverfahrens eingeschlossen werden. Das gilt insbesondere für wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nach den §§ 8 und 10 des WHG.

I.1.2 Dieser Genehmigungsbescheid schließt die Baugenehmigung nach § 72 LBauO M-V ein. Im Übrigen bleiben die Vorschriften der Landesbauordnung, insbesondere die Vorschriften über die Rohbau- und die Schlussabnahme, unberührt.

I.1.3 Sie sind als Betreiber verpflichtet, die WKA einschließlich aller zugehörigen Nebenanlagen und Einrichtungen im Rahmen dieser Genehmigung so zu errichten, zu betreiben, zu führen und zu unterhalten, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden.

I.1.4 Sie haben dafür zu sorgen, dass die Allgemeinheit und die Nachbarschaft weder durch Lärm, Erschütterungen, Licht noch auf andere Weise gefährdet, erheblich benachteiligt oder erheblich belästigt werden. Ferner haben Sie sicherzustellen, dass eine schädliche Verunreinigung oder eine sonstige nachteilige Veränderung des Grundwassers oder des Oberflächenwassers nicht zu besorgen ist.

I.1.5 Ich bin nach § 5 in Verbindung mit § 17 BImSchG auch nach Erteilung der Genehmigung berechtigt, Anordnungen zu treffen, sofern festgestellt wird, dass die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt sind.

I.1.6 Ich behalte mir vor, in den im § 20 Abs. 1 und 3 BImSchG genannten Fällen den Betrieb der Anlage zu untersagen bzw. die erteilte Genehmigung aufgrund von § 21 Abs. 1 Nr. 2 bis 5 BImSchG zu widerrufen.

I.1.7 Die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der Anlage bedarf der Anzeige nach § 15 bzw. der Genehmigung nach § 16 BImSchG. Dies gilt entsprechend § 17 Abs. 4 BImSchG auch für Änderungen, die zur Erfüllung nachträglicher Anordnungen erforderlich sind.

Betriebseinstellung

I.1.8 Beabsichtigt die Betreiberin den Betrieb der Anlage einzustellen, so hat sie dies unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung der für den Immissionsschutz zuständigen Überwachungsbehörde unverzüglich, jedoch spätestens vier Wochen, nachdem die unternehmerische Entscheidung hierzu getroffen wurde und bevor die Absicht durch erste Stilllegungsvorbereitungen nach außen hin erkennbar wird, anzuzeigen.

I.1.9 Die gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG der Anzeige zur Betriebseinstellung beizufügenden Unterlagen müssen insbesondere Angaben über folgende Punkte enthalten:

- die weitere Verwendung der Anlage (Abbruch, Verkauf, bloße Stilllegung usw.),
- bei einem Abbruch der Anlage der Verbleib der dabei anfallenden Materialien,
- bei einer bloßen Stilllegung die vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz vor den Folgen natürlicher Einwirkungen (Korrosion, Materialermüdung usw.) und vor dem Betreten des Anlagengeländes durch Unbefugte,
- die zum Zeitpunkt der Betriebseinstellung vorhandenen Einsatzstoffe und deren Verbleib,
- durch den Betrieb der Anlage möglicherweise verursachte Bodenverunreinigungen und die vorgesehenen Maßnahmen zu deren Beseitigung,
- bei einer Beseitigung der Abfälle die Begründung, warum eine Verwertung technisch nicht möglich oder zumutbar ist.

I.2. Bauordnung

I.2.1 Gemäß § 84 LBauO M-V handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig u. a.:

- abweichend von einer erteilten Baugenehmigung eine bauliche Anlage errichtet, ändert, nutzt oder abbricht (§ 72 LBauO M-V),
- vor Zugang der Baugenehmigung mit der Bauausführung beginnt (§ 72 Abs. 7 LBauO M-V) oder
- die Nutzungsaufnahme des Vorhabens nicht anzeigt (§ 82 Abs. 2 LBauO M-V).

Eine Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 500.000,00 € geahndet werden.

I.2.2 Im Zusammenhang mit der Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes, der Mineralgewinnungsrechte oder der Erhebung der Grundsteuer gemäß § 29 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.02.1991 (BGBl. 1 S. 230), zuletzt geändert durch Artikel 13 Abs. 3 des Gesetzes vom 12.04.2012 (BGBl. 1 S. 579), i. V. m. § 111 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.2002 (BGBl. 1 S. 3866; 2003 1, S. 61) bin ich verpflichtet, den Finanzbehörden die mir im Rahmen meiner Aufgabenerfüllung bekannt gewordenen rechtlichen und tatsächlichen Umstände mitzuteilen. Um dieser Mitteilungspflicht nachzukommen, werde ich das Finanzamt über die Erteilung Ihrer Baugenehmigung informieren.

I.2.3 Beim Fund von Kampfmitteln oder kampfmittelverdächtigen Gegenständen ist gemäß § 5 Abs. 1 Kampfmittelverordnung Mecklenburg-Vorpommern die Fundstelle der

örtlich zuständigen Ordnungsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Ebenso kann die Meldung über die nächste Polizeidienststelle erfolgen. Von hier aus erfolgt die Information an den Munitionsbergungsdienst.

Des Weiteren ist der Bauherr gemäß §§ 13 und 52 LBauO M-V verpflichtet, Angaben zu vermuteten Kampfmitteln im Bereich der Baustelle zu machen sowie Ergebnisse von Erkundungs- und Beräumungsmaßnahmen mitzuteilen.

I.2.4 Die Prüfung der Einhaltung der Vorschriften über den baulichen Arbeitsschutz ist nicht Bestandteil des bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens. Die Einhaltung der Vorschriften über den baulichen Arbeitsschutz liegt in der alleinigen Verantwortung des Bauherrn und seines Entwurfsverfassers. Es wird empfohlen, sich bei Fragen zum baulichen Arbeitsschutz an die zuständige Arbeitsschutzbehörde zu wenden. Ergeben sich aus der Abstimmung mit der Arbeitsschutzbehörde Änderungen zu den genehmigten Bauvorlagen, ist mit der Bauaufsichtsbehörde vor Baubeginn zu klären, ob es sich um genehmigungspflichtige Änderungen handelt. (Siehe Auflagen unter Ziffer C.III.8. d. B.)

I.2.5 Windkraftanlagen, die nach dem 30.12.2017 genehmigt werden und aufgrund luftfahrtrechtlicher Bestimmungen einer Nachtkennzeichnung bedürfen, sind gemäß 5 46 Abs. 2 LBauO M-V mit einer bedarfsgerechten, dem Stand der Technik entsprechenden Nachteinschaltvorrichtung zu versehen, die nur bei der Annäherung eines Luftfahrzeugs aktiviert wird (bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung), soweit dies nicht luftfahrtrechtliche Bestimmungen oder luftfahrtbehördliche Anordnungen im Einzelfall ausschließen.

I.2.6 Gemäß § 28 GeoVermG M-V sind Sie verpflichtet, die bauliche Anlage nach Fertigstellung von einer zugelassenen Vermessungsstelle zur Fortführung des Liegenschaftskatasters einmessen zu lassen

I.2.7 Die WKA ist gegen Unbefugte zu sichern.

I.3. Immissionsschutz

I.3.1 Die Ermittlung der Beurteilungspegel „tags"/„nachts" basiert auf folgenden Oktavspektren:Oktavspektrum Vestas V162-7.2 MW im Modus SO7200[5] (Tagbetrieb)

Oktavmittenfrequenz [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	(8000)
Schallleistungspegel [dB(A)]	90,5	97,4	98,8	98,6	99,6	99,4	94,8	(83,4)

Auf die Oktavpegel ist der Wert für die Gesamtunsicherheit ΔL = 2,1 gem. Ziff. 3e) der LAI-Hinweise aufzuschlagen.

Oktavspektrum Vestas V162-7.2 MW im Modus SO5[8] (Nachtbetrieb)

Oktavmittenfrequenz [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	(8000)
Schallleistungspegel [dB(A)]	83,0	90,0	93,0	93,7	92,3	87,8	80,3	(69,9)

Auf die Oktavpegel ist der Wert für die Gesamtunsicherheit ΔL = 2,1 gem. Ziff. 3e) der

[5] Eingangsgrößen für Schallimmissionsprognosen Vestas V162-7.2 MW, Revision 07, Dok.-Nr.: 0117-3576.V07, Stand: 07.11.2024

LAI-Hinweise aufzuschlagen.

I.4. Naturschutz

I.4.1 Die planungsrechtliche Beurteilung des Vorhabens erfolgt nach § 30 Abs. 1 BauGB.

I.4.2 Kranstellplätze, Zuwegungen und temporäre Montageflächen dürfen lediglich mit Schotter oder mobilen Platten befestigt werden. Die temporären Montage- und Lagerplätze sind innerhalb von längstens sechs Monaten nach Errichtung der Anlagen vollständig rückzubauen. Artenschutzrechtliche Belange sind unter Einhaltung der Bauzeitenregelungen von Amphibien sowie Bodenbrütern zu wahren.

I.4.3 Das Aufsuchen von Horstbäumen ist während der Anwesenheit der Groß- und Greifvögel, insbesondere in der Brutzeit, zu unterlassen. Anderenfalls besteht die Gefahr der Vergrämung. Dies betrifft in besonderem Maße den Rotmilan.

I.4.4 Das Verfüllen von Kleingewässern oder Kleingewässer-Standorten, auch wenn sie seit längerem kein oder aber nur temporäres Wasser führen sowie Aufschüttungen auf Trocken- und Magerrasen, in Mooren, Rieden und seggen- und binsenreichen Nasswiesen sind unzulässig – siehe Biotopschutz nach § 20 Abs. 1 NatSchAG M V. Das heißt folglich, dass der Aushubboden, der im Zuge der Bautätigkeit anfällt, nicht für Ausfüllungen oder Aufschüttungen in gesetzlich geschützten Biotopen genutzt oder verwendet werden darf. Der Hinweis erfolgt, da im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen davon auszugehen ist, das Aushubboden anfallen wird.

I.4.5 Kronentraufbereiche von gesetzlich geschützten Bäumen (§ 18 NatSchAG M-V), Baumreihen/Alleen (§ 19 NatSchAG M-V) und Biotopen (§ 30 BNatSchG, § 20 NatSchAG M-V) dürfen nicht als Lagerstätte für Baustoffe, Boden und Parkplätzen genutzt werden. Schnittmaßnahmen zur Freistellung des Lichtraumprofils sind fachgerecht nach DIN 18920 und ZTV Baumpflege 2017 durchzuführen.

I.4.6 Bei Differenzen zwischen den in den Maßnahmenblättern beschriebenen Maßnahmen und den hier beschriebenen Nebenbestimmungen, ist das in diesen Nebenbestimmungen beschriebene gültig. Diese dienen dazu die Genehmigungsvoraussetzungen zu erfüllen und klare kontrollierbare Vorgaben für die Umsetzung der Bedingungen und Auflagen zu schaffen (siehe hierzu auch § 12 BImSchG).

I.5. Wasser und Abfall

Wasserschutz

I.5.1 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

In Verbindung mit dem Antrag auf Errichtung und dem Betrieb der WKA wurde das Verwenden von wassergefährdenden Stoffen (HBV-Anlage Herstellen, Behandeln und Verwenden) angezeigt. Die wassergefährdenden Stoffe werden zum Teil in flüssiger Form und auch in pastöser Form verwendet.

Die in den Antragsunterlagen im Kapitel 11. „Umgang mit wassergefährdenden Stoffen" aufgeführten Anlagen mit den zum Einsatz kommenden wassergefährdenden Stoffen sind oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufe A, die nicht prüfpflichtig und somit gemäß § 40 Abs. 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) nicht anzeigepflichtig sind. Die Errichtung und der Betrieb liegen in der Eigenverantwortlichkeit des Betreibers.

Die Anlage erfüllt die besonderen Anforderungen an die Rückhaltung bei bestimmten Anlagen, vorliegend im Bereich der Energieversorgung, gemäß § 34 AwSV.

I.5.2 Das Vorhaben wird nicht durch Trinkwasserschutzzonen berührt.

I.5.3 Werden Erdaufschlüsse notwendig, mit denen unmittelbar auf die Bewegung oder die Beschaffenheit des Grundwassers eingewirkt wird, sind diese gemäß § 49 WHG i.V. mit § 118 Abs. 1 des LWaG 6 Wochen vor Baubeginn bei der unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Dies trifft ebenso für notwendige temporäre Grundwasserabsenkungen zur Herstellung des Fundaments der Windkraftanlage zu.

I.5.4 Da sich im Baubereich andere Ver- und Entsorgungsleitungen befinden können, ist eine Abstimmung mit den Betreibern der Leitungen bzw. den Eigentümern der Grundstücke vor Baubeginn notwendig.

Niederschlagswasser

I.5.5 Der Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers auf den Grundstücken, auf denen die WKA errichtet werden sollen, wird zugestimmt. Es ist ein optimaler Schutz der Gewässer zu gewährleisten. Die Versickerung hat so zu erfolgen, dass jederzeit der Zweck erfüllt wird und Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit sowie Belästigungen Dritter vermieden werden.

Gewässer I. und II. Ordnung

I.5.6 Gemäß den vorgelegten Antragsunterlagen befindet sich auf dem betroffenen Flurstück und in deren unmittelbarer Nähe kein Gewässer I. oder II. Ordnung.

Bodenschutz

I.5.7 Vor Grundwasserabsenkungen ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Dazu sind die Antragsunterlagen nach vorhergehender Abstimmung zu deren Umfang der unteren Wasserbehörde der Landeshauptstadt Schwerin zur Prüfung vorzulegen. Für die Prüfung der Zulässigkeit der Gewässerbenutzung ist als Bestandteil der Antragsunterlagen eine fachgutachterliche Bewertung (auch bzgl. Wasserrahmen-Richtlinie und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) erforderlich.

I.5.8 Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Bereich der Erdarbeiten keine schädlichen Bodenveränderungen, altlastverdächtigen Flächen bzw. Altlasten bekannt. Bei dem betroffenen Flurstück/ Grundstück handelt es sich um eine sanierte Altlastenfläche, das Teil des langjährig genutzten Truppenübungsplatzes „Göhrener Tannen“ war.

I.5.9 Die Verwertung von Bodenaushub oder Fremdboden beim Ein- oder Aufbringen in/auf den Boden hat unter Beachtung der bodenschutzrechtlichen Vorschriften (insbes. §§ 1 Abs. 1 und 2 Landesbodenschutzgesetz M-V, 4, 7 Bundesbodenschutzgesetz, §§ 6 - 8 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und Vollzugshilfe der LABO, DIN 19731, DIN 18915, DIN 19639) zu erfolgen. Nach den gesetzlichen Vorgaben ist der Boden vorsorgend vor stofflichen und physikalischen Beeinträchtigungen (wie Kontaminationen mit Schadstoffen, Gefügeschäden, Erosion, Vernässungen, Verdichtungen, Vermischungen unterschiedlicher Substrate) zu schützen.

I.5.10 Beim Rückbau der WKA ist der Leitfaden der Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) „Anforderungen des Bodenschutzes an den Rückbau von Windenergieanlagen“ heranzuziehen.

I.6. Boden und Abfall

I.6.1 Gemäß § 2 Landesbodenschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (LBodSchG M-V) besteht für Grundstückseigentümer, Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück und Betroffene nach § 12 Satz 1 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) eine Mitteilungs-, Mitwirkungs-, Auskunfts- und Duldungspflicht. Bei konkreten Anhaltspunkten dafür, dass eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegen kann (z. B. flächige Zerstörung von Oberböden, Bodenschadverdichtungen, Abfallablagerungen, ungewöhnliche Verfärbungen und Gerüche des Bodens, erhöhte Schadstoffwerte), sind die vorliegenden Anhaltspunkte und Informationen der zuständigen Bodenschutzbehörde mitzuteilen. Eine Zuwiderhandlung stellt gemäß § 17 Abs. 1 und 2 LBodSchG M-V eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis fünfzigtausend Euro geahndet werden kann.

I.6.2 Der vorsätzliche und fahrlässige Einbau von Bodenmaterial und anderen Materialien, die nicht den Anforderungen der §§ 6-8 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) entsprechen, stellt gemäß § 26 Punkt 1 BBodSchV i. V. m. § 26 Abs. 1 & 2 BBodSchG eine Ordnungswidrigkeit dar, welche mit einer Geldbuße bis zehntausend Euro geahndet werden kann.

I.6.3 Für jeden, der in den Boden eingreift, besteht gemäß § 4 Abs. 1 und § 7 BBodSchG i. V. m. § 1 LBodSchG M-V eine gesetzliche Pflicht zur Vorsorge und Gefahrenabwehr gegen das Entstehen von schädlichen Bodenveränderungen. Unnötige Beeinträchtigungen und Schädigungen der Bodenbeschaffenheit sind bei Erd- und Tiefbaumaßnahmen stets zu vermeiden bzw. auf das notwendigste Maß zu beschränken. Hierzu gehören v. a. Bodenschadverdichtungen und die Zerstörung der Vegetationsdecke und des Oberbodens, die Durchmischung der unterschiedlichen Bodenhorizonte bei Aushub, Zwischenlagerung und Wiedereinbau von Böden sowie Verunreinigungen durch Schadstoffe.

I.6.4 Die Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen hat entsprechend der Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und des Abfallwirtschaftsgesetzes (AbfWG) für Mecklenburg-Vorpommern und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechts-verordnungen zu erfolgen.

I.6.5 Gefährliche Abfälle sind ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen. Nach § 50 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes besteht hierfür eine gesetzliche Nachweispflicht in Form des Verwertungs- und Beseitigungsnachweises.

I.6.6 Die ständige Kontrolle der Einhaltung der in dieser Genehmigung erteilten Nebenbestimmungen obliegt dem Betreiber.

I.6.7 Der Inhaber dieser Genehmigung haftet für alle Schäden, die durch die Nichteinhaltung der erteilten Nebenbestimmungen entstehen.

I.7. Brandschutz

I.7.1 Feuerwehrpläne sind gemäß DIN 14095 stets aktuell zu halten (ggf. weitere WKA sind im Plan vor Nutzungsaufnahme zu ergänzen).

I.8. Straßenbau-/Verkehrsrecht

Zuwegungen im Baustellenbereich

I.8.1 Größere Baumaßnahmen mit erheblichen Baustellenverkehren und Auswirkungen auf öffentliche Verkehrsflächen stellen je nach Art und Umfang des Baustellenverkehrs eine Sondernutzung dar. Deshalb ist mindestens zwei Wochen

vor Beginn der Erschließungs- und Bauarbeiten bei der unteren Verkehrsbehörde zur Festlegung der Fahrtroute, der Fahrzeuggrößen und der Beweissicherung sowie ggf. zum Treffen verkehrsrechtlicher Maßnahmen ein Antrag auf Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen zu stellen.

Kreisstraßen

I.8.2 Bei der Nutzung von Kreisstraßen in Bezug auf Schwertransporte sind Genehmigungen beim Landkreis Ludwigslust-Parchim, Fachdienst Straßen- und Tiefbau, einzuholen.

Transport über Bundes- und Landesstraßen

I.8.3 Für die bauzeitlich beschränkte Anbindung der Zuwegungen sind gesonderte Anträge zu stellen.

I.8.4 Dem Straßenbauamt Schwerin sind zum verkehrsgerechten Ausbau der Anbindungen vor Baubeginn detaillierte Lagepläne zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die dauerhafte Anbindung auf ein Minimalmaß in der Breite zu beschränken ist.

I.8.5 Für die Zulieferung für die Zulieferung von Anlagenteilen und des Krans sind beim Straßenbauamt Schwerin ein Zuwegungskonzept und die Bilanzierung von Eingriffen in den gesetzlich geschützten Baum- und Biotopbestand (§§ 18, 19 und 20 NatSchAG M-V) sowie eine Alternativenprüfung mindestens 4 Wochen vorher vorzulegen. Bei der Erstellung ist zu beachten:

a) Eingriffe in gemäß §§ 18, 19 und 20 NatSchAG M-V geschützte Biotopbestände sind grundsätzlich zu vermeiden. Das gesetzliche Vermeidungs- und Minimierungsgebot (§ 15 BNatSchG) ist zu befolgen.

b) Es ist darzulegen, wie viele Bäume beschnitten werden und in welchem Umfang die Eingriffe in den Baumbestand (Fällung, Schnittmaßnahmen im Feinast-, Grob- / Starkastbereich) erfolgen werden. Einer Vergrößerung des Lichtraumprofiles wird nur in begründeten Ausnahmefällen zugestimmt. Notwendige Lichtraumprofilschnitte sind fachgerecht gemäß gültiger ZTV-Baumpflege auf max. 4,50 m Höhe auszuführen. Eingriffe in den Starkastbereich sind zu vermeiden.

c) Sollten Eingriffe in gesetzlich geschützte Bäume/ Alleebäume oder den gesetzlich geschützten Biotopbestand nicht vermieden werden können, sind diese zu bilanzieren und durch den Verursacher naturschutzfachlich zu kompensieren. Sämtliche geplante Eingriffe in nach §§ 18, 19 NatSchAG M-V geschützte Bäume/ Alleebäume und nach § 20 NatSchAG M-V geschützten Biotopbestand bedürfen einer gesonderten naturschutzrechtlichen Genehmigung zur Befreiung nach § 19 Abs. 2 NatSchAG M-V, bzw. einer Ausnahme nach §§ 18 und 20 NatSchAG M-V durch die zuständige Naturschutzbehörde.

d) Für die zur Fällung vorgesehenen Bäume sind artenschutzrechtliche Untersuchungen auf ihre Habitateigenschaften für Fledermäuse, höhlen- und baumbrütende Vögel durchzuführen und entsprechende Vermeidungs-, Minderungs- und ggf. Kompensationsmaßnahmen vorzusehen.

e) Die Genehmigung der Naturschutzbehörde ist Voraussetzung für eine Bewilligung des Vorhabens durch das Straßenbauamt. Dem Straßenbauamt ist der durch die Fällung entstehende Schaden zu ersetzen. Der Vorhabenträger und das Straßenbauamt verständigen sich vorab auf die Bestellung eines öffentlichen bestellten und vereidigten Baum-Sachverständigen, der ein Wertgutachten für

jeden zu fällenden Baum erstellt. Der darin festgestellte Schaden/ Wertverlust des Grundstücks ist durch den Verursacher gegenüber dem Straßenbauamt finanziell auszugleichen.

f) Das Straßenbauamt wird erst nach Zahlungseingang und der Vorlage einer naturschutzrechtlichen Genehmigung zur Befreiung nach § 19 Abs. 2, bzw. einer Ausnahme nach §§ 18 Abs. 3 und 20 Abs. 3 NatSchAG M-V, über die Zustimmung zum Eingriff in den Straßenbaumbestand entscheiden. Der Zeitpunkt von Schnittmaßnahmen sowie die Transporte von Bauteilen sind dem Straßenbauamt mindestens 3 Tage im Vorfeld (per E-Mail an *sba-sn@sbv.mv-regierung.de*) mitzuteilen. Die ausführende Fachfirma ist dem Straßenbauamt mitsamt Ansprechpartner zu benennen.

I.9. Arbeitsschutz

I.9.1 Werden für die Errichtung der WKA Beschäftigte mehrerer Arbeitgeber tätig, sind ein oder mehrere geeignete Koordinatoren zu bestellen. Der Bauherr kann die Aufgaben des Koordinators nach § 3 Abs. 2 und 3 BaustellV auch selbst wahrnehmen oder die Aufgaben einen von ihm nach § 4 BaustellV beauftragten Dritten übertragen (§ 3 Abs. 1 BaustellV).

I.9.2 Sicherheitseinrichtungen zur Verhütung oder Beseitigung von Gefahren, insbesondere Sicherheitsbeleuchtungen, Feuerlöscheinrichtungen, Signalanlagen, Notaggregate und Notschalter sind in regelmäßigen Abständen sachgerecht zu warten und auf ihre Funktionsfähigkeit prüfen zu lassen (§ 4 Abs. 3 ArbStättV).

I.9.3 Grundlage aller Betrachtungen im Zusammenhang der Gefährdungsbeurteilung sind die jeweils aktuellen staatlichen Gesetze und Verordnungen und technischen Regeln zum Arbeitsschutz. Ergänzende technische Normen, wie z. B. DIN und VDE, können ebenfalls in der aktuellen Fassung verwendet werden. Gefährdungsbeurteilungen sind bei Veränderungen der Rechtslage oder der Betriebsabläufe, dem Einsatz anderer Arbeitsmittel oder Arbeitsstoffe zu überarbeiten und anzupassen.

Der Festlegung von Maßnahmen zum Arbeitsschutz sind auch die "Berufsgenossenschaftlichen Informationen für die Sicherheit und die Gesundheit bei der Arbeit" (Informationen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung – DGUV I 203-007 "Windenergieanlagen") zu Grunde zulegen.

I.10. Forst

I.10.1 Die Fällung von Waldbäumen bzw. Waldsträuchern ist nicht gestattet.

I.10.2 Durch die Bau- und Transportarbeiten sind keine Schäden am Wald, weder im oberirdischen Bereich noch durch Erdarbeiten im Wurzelbereich zu verursachen. Schäden an angrenzenden Waldbeständen sind durch geeignete Maßnahmen auszuschließen.

I.10.3 Erdaufschüttungen und Verfestigungen/Versiegelungen im angrenzenden Bestand sind zu unterlassen. Das lagern von Baumaterialien sowie das Abstellen in den angrenzenden Waldflächen sind nicht gestattet.

I.10.4 Die notwendigen Zuwegungen sind so zu wählen, dass Waldflächen (hier im Speziellen Waldwege) nicht beplant bzw. angrenzende Waldflächen nicht beeinträchtigt werden.

I.11. Luftfahrt

I.11.1 Da bauliche Hindernisse mit einer Bauhöhe von über 100 m über Grund gem. § 14 LuftVG der luftfahrtrechtlichen Zustimmung bedürfen, werden etwaige militärisch flugbetriebliche Einwände/Bedenken über das Beteiligungsverfahren der zivilen Luftfahrtbehörde geltend gemacht. Sofern hierbei Einwände geltend gemacht werden, stellt dieser auch einen Verteidigungsbelang i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB dar.

Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung (BNK)

I.11.2 Gemäß Auflage Ziffer C.III.9.8 ist vor Inbetriebnahme einer BNK die geplante Installation der Luftfahrtbehörde unter Vorlage der in der AVV Anhang 6, Punkt 3, benannten Unterlagen zur Zustimmung vorzulegen. Es wird hierzu auf das Informationsblatt der Luftfahrtbehörde unter *http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/wm/Infrastruktur/Luftverkehr/ Formulare-Luftfahrt* abgerufen werden kann.

Veröffentlichungsdaten

I.11.3 Sollten die endgültigen Veröffentlichungsdaten von den dieser Zustimmung zugrundeliegenden Antragsdaten abweichen, führt dies zu einer erneuten gutachtlichen Stellungnahme der Flugsicherungsorganisation (DFS). Der Vorhabenträger muss in diesem Fall mit weiteren Kostenbelastungen für die Bearbeitung bei der DFS rechnen.

Kraneinsatz

I.11.4 Sollte für die Errichtung der WKA der Einsatz eines Baukrans erforderlich werden, der die Höhe von 100 m über Grund überschreitet, ist hierfür gemäß § 15 i. V. m. § 14 Abs. 1 LuftVG die Genehmigung der Luftfahrtbehörde erforderlich. Für die Beantragung dieser luftrechtlichen Genehmigung werden folgende Angaben benötigt:

- Lageplan und Koordinaten des Kranstandortes,
- maximale Arbeitshöhe des Krans in m über Grund und über NN,
- ungefähre Standzeit.

Die Genehmigung ist vom Bauherrn rechtzeitig vor Baubeginn (mindestens 4 Wochen vorher) beim Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern, Luftfahrtbehörde, Joh.-Stelling-Str. 14, 19053 Schwerin zu beantragen. Hierbei ist das Geschäftszeichen **V-623-00000-2025/076 (24-2/3093**) anzugeben.

Für die Beantragung des Krans kann der Vordruck unter *http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Service/Formulare-Luftfahrt* verwendet werden.

I.12. Denkmalschutz

I.12.1 Angesichts der Tatsache, dass keine vollständige Bestandserhebung der Bodendenkmale vorliegt, muss gleichwohl stets mit dem Vorhandensein derzeit noch unentdeckter Bodendenkmale gerechnet werden. Auch diese Bodendenkmale sind gesetzlich geschützt.

I.12.2 Um Verzögerungen während der Bauphase zu vermeiden, ist eine archäologische Voruntersuchung bzw. eine archäologische Begleitung des Bauvorhabens sinnvoll.

I.12.3 Änderungen oder weiterführende Arbeiten gegenüber genehmigten Maßnahmen bedürfen einer erneuten Abstimmung mit der unteren Denkmalschutzbehörde und

ggf. einer weiteren Genehmigung (§ 7 Abs. 1 DSchG M-V).

I.12.4 Wenn bei Erdarbeiten neue Bodendenkmale oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, sind diese gemäß § 11 Abs. 1 DSchG M-V der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen eines Mitarbeiters oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen.

Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalschutzbehörde kann die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert (§ 11 Abs. 3 DSchG M-V).

I.12.5 Die Beratung zur Bergung und Dokumentation erfolgt durch das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V, Domhof 4/5, 19055 Schwerin.

I.13. Netzanschluss

I.13.1 Vor Beginn der Arbeiten sind die bestehenden Versorgungsanlagen bei den Stadtwerken Schwerin (Leitungsauskunft) abzufragen und ein Einweisungstermin abzustimmen.

I.13.2 Die Anlage ist bei der Netzgesellschaft Schwerin (NGS) mit vollständigen Unterlagen anzumelden, wo über eine Anschlussmöglichkeit an das Stromversorgungsnetz entschieden wird.

I.14. Bergbaurecht

I.14.1 Das Vorhabengebiet befindet sich innerhalb der Bergbauberechtigung „Bewilligung zur Nutzung für Formationen und Gesteine, die zur unterirdischen behälterlosen Speicherung geeignet sind im Bewilligungsfeld Schwerin-Ludwigslust". Inhaber dieser Bewilligung ist die Hanse-Werk AG, Schleswag-HeinGas-Platz 1 in 25451 Quickborn. Für eine abschließende Abstimmung ist sich an den Inhaber dieser Bergbauberechtigung zu wenden (siehe Stellungnahme des Bergamtes Stralsund vom 10.06.2025).

I.14.2 Die Energieversorgung Schwerin GmbH & Co. Erzeugung KG besitzt eine Aufsuchungserlaubnis im Vorhabengebiet, welche dem Vorhaben nicht entgegensteht.

F. Rechtsgrundlagen

Die nachfolgend aufgeführten Vorschriften wurden in der zum Zeitpunkt des Erlasses dieses Bescheides geltenden Fassung angewandt, soweit nicht eine andere Fassung ausdrücklich benannt ist.

4. BImSchV	Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen
9. BImSchV	Verordnung über das Genehmigungsverfahren
AAB FL M-V	Artenschutzrechtliche Arbeits- und Beurteilungshilfe für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen, Teil Fledermäuse, Stand: 01.08.2016, LUNG M-V

AAB Vögel M-V	Artenschutzrechtliche Arbeits- und Beurteilungshilfe für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen, Teil Vögel, Stand: 01.08.2016, LUNG M-V
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung
ASR	Technische Regeln für Arbeitsstätte
AVV (Kennzeichnung v. Luftfahrthindernissen)	Allgemeine Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
BauGB	Baugesetzbuch
BaustellV	Verordnung über Sicherheit und Gesundheit auf Baustellen
BauVorlVO M-V	Bauvorlagenverordnung M-V
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
DSchG M-V	Denkmalschutzgesetz M-V
DGUV	Vorschriften und Informationen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung
EEG	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
FGW-RL	Technischen Richtlinien für Windenergieanlagen
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
HzE M-V	Hinweise zur Eingriffsregelung M-V
ImmSchKostVO M-V	Immissionsschutz-Kostenverordnung M-V 26.10.2010 zuletzt geändert durch VO vom 01.07.2017 (GVOBl. M-V, S. 116)
ImmSchZustLVO M-V	Immissionsschutz-Zuständigkeitslandesverordnung M-V
LAI-Hinweise (Schall)	Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen (WKA) vom 30.06.2016
LAI-Hinweise	Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windkraftanlagen vom 23.01.2020
LBauO M-V	Landesbauordnung M-V
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung

LwUmwuLBehV M-V	Landesverordnung über die Errichtung von unteren Landesbehörden der Landwirtschafts- und Umweltverwaltung M-V
NatSchAG M-V	Naturschutzausführungsgesetz M-V
ÖkoKtoVO M-V	Ökokontoverordnung M-V
ProdSG	Produktionssicherheitsgesetz
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TRBS	Technische Regeln für Betriebssicherheit
ÜAnlG	Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwKostG M-V	Verwaltungskostengesetz M-V
VwVfG M-V	Landesverwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts
WKA-Schattenwurf-Hinweise	Hinweise zur Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WKA-Schattenwurf-Hinweise)

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin erhoben werden.

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Domstraße 7, 17489 Greifswald, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[redacted]

Anlage: Verzeichnis der geprüften Antragsunterlagen

Anlage 1 **Verzeichnis der geprüften Antragsunterlagen**

Antrag der Naturwind Schwerin GmbH auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach § 4 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb von einer WKA am Standort Schwerin-Krebsförden, Gemarkung Krebsförden, vom 24.01.2025.

Auf folgende Antragsunterlagen wird Bezug genommen:

Anlage Nr.	Inhalt	Blattzahl
	Band 1 von 3	
	Antrag gemäß § 4 BImSchG (formlos)	1
0.	**Inhaltsverzeichnis**	
	Formular Inhaltsverzeichnis	3
1.	**Antrag**	
1.1	**Antrag auf Genehmigung einer Anlage nach BImSchG**	
	Formular 1.1	6
1.2	**Kurzbeschreibung**	
	Errichtung und Betrieb von einer Windenergieanlage im Industriepark Göhrener Tannen in der Stadt Schwerin auf dem Betriebsgelände der Ypsomed GmbH	3
1.3	**Sonstiges**	
	Formular 1.3	1
1.3.1	Handelsregisterauszug	1
1.3.2	Nachweis der Rohbaukosten V162-7.2 MW	1
1.3.3	Nachweis der Herstellkosten V162-7.2 MW	1
1.3.4	Baukosten nach DIN 276	1
1.3.5	Vollmacht	1
1.3.6	Kostenübernahmeerklärung	1
2.	**Lagepläne**	
2.1	**Lageplan**	
	Topografische Karte 1 : 25.000	1
2.2	**Grundkarte**	
	Grundkarte 1 : 5.000	1
2.3	**Liegenschaftskarte**	
	Auszug aus dem Liegenschaftskataster Krebsförden; Flur 10; Flurstück 17/8	1
	Grundbuchauszug	4
2.4	**Werkslage- und Gebäudeplan**	
	Lageplan 1 : 1.000	1
	Lageplan Abstandsflächen 1 : 2.000	1
2.5	**F- und B-Pläne**	
	Bebauungsplan Nr. 39 „Industriepark Göhrener Tannen“	8
2.6	**Sonstige thematische Pläne**	
	Abstand WEA-Standort zur Gasleitung 1 : 7.500	1
	Abstände zu Immissionspunkten 1 : 21.000	1
	Abstände zu Freileitungen 1 : 16.000	1
	Denkmäler 1 : 100.000	1

3.	**Anlage und Betrieb**	
3.1	**Beschreibung der zum Betrieb erforderlichen technischen Einrichtungen und Nebeneinrichtungen sowie der vorgesehenen Verfahren**	
	Formular 3.1	1
	Allgemeine Beschreibung EnVentus™ (Dok.-Nr.: 0112-2836 V01)	22
3.2	**Angaben zu verwendeten und anfallenden Energien**	
3.2.1	Prinzipieller Aufbau und Energiefluss	3
3.2.2	Eigenverbrauch Vestas Windenergieanlagen	1
3.3	**Gliederung der Anlage in Anlagenteile und Betriebseinheiten**	
	Formular 3.3	1
3.4	**Betriebsgebäude, Maschinen, Apparate und Behälter**	
	Formular 3.4	1
3.5	**Angaben zu gehandhabten Stoffen incl. Abwasser und Abfall und deren Stoffströmen**	
	Formular 3.5	3
	Sicherheitsdatenblätter der gehandhabten Stoffe	
	Optigear Synthetic CT 320	7
	Shell Gadus S5	10
	Klüberplex AG 11-462 (alternative)	14
	Klüberplex BEM 41-141	10
	Shell Omala S4 WE 320	11
	Mobil DTE 10 Excel 32	7
	Rando WM 32 (alternative)	6
	Mobil SHC 524 (alternative)	9
	Delo XLC	10
	Midel eN 1204 (alternative)	4
	Midel eN 1215 (alternative)	4
	Cargill FR3TM Fluid (alternative)	6
3.6	**Maschinenaufstellplan**	
	Maschinenaufstellungsplan 1 : 5.000	1
3.7	**Maschinenzeichnungen**	
	Übersichtszeichnungen Vestas V162 1 : 1.500	1
	Gondelabmessungen Vestas V162 1 : 30	1
4.	**Emissionen und Immissionen im Einwirkungsbereich der Anlage**	
4.5	**Betriebszustand und Schallemissionen**	
4.5.1	Formular 4.5	1
4.6	**Quellenplan Schallemissionen**	
	Formular 4.6	1
	Schallimmissionsgutachten WIND-consult vom 27.01.2025	44
4.7	**Sonstige Emissionen**	
	Formular 4.7	1
	Schattenwurfgutachten WIND-consult vom 28.01.2025	17
4.8	**Vorgesehene Maßnahmen zur Überwachung aller Emissionen**	
	Formular 4.8	1

4.9	**Nachreichungen**	
	Fachgutachten zu den Belangen des Schallschutzes im Rahmen des baurechtlichen Genehmigungsverfahrens (Ypsomed Produktion GmbH, Neuerrichtung eines Produktionsstandorts im Industriepark Schwerin)	20
	Nachweis des Schallimmissionsschutzes nach TA Lärm (Ypsomed, Werkserweiterung Schwerin II)	56
	Schallimmissionsprognose für Gesamtbetrieb (Ypsomed Produktion GmbH – Neubau Halle D)	39
5.	**Messung von Emissionen und Immissionen sowie Emissionsminderung**	
5.1	**Verminderung von Emissionen und Messung von Emissionen und Immissionen**	
5.1	Formular 5.1	1
5.1.1	Umweltverträglichkeit von Vestas-Windenergieanlagen (Dok.-Nr.: 0016-1661 V24)	7
5.1.2	Sägezahn-Hinterkante – Technische Beschreibung	2
5.1.3	Eingangsgrößen für Schallimmissionsprognosen	3
5.1.4	Vestas Schattenwurf-Abschaltsystem	4
6.	**Anlagensicherheit**	
6.1	**Anwendbarkeit der Störfall-Verordnung**	
	Formular 6.1	1
	Interne Einschätzung zur Störfall-Verordnung (12. BImSchV)	1

Band 2 von 3

7.	**Maßnahmen zum Arbeitsschutz**	
7.1	**Vorgesehene Maßnahmen zum Arbeitsschutz**	
	Formular 7.1	1
7.1.1	Allgemeine Angaben zum Arbeitsschutz	3
7.1.2	Vestas Arbeitsschutz-Handbuch	75
7.1.3	Manual Steigschutzschiene System H-50.2 (Hailo)	28
7.1.4	TOPlift L – Betriebsanleitung (Hailo)	52
7.1.5	Notbeleuchtung – Allgemeine Spezifikation	2
8.	**Maßnahmen zur Betriebseinstellung**	
8.1	Maßnahmen bei Betriebseinstellung	1
8.2	Nachweis der Rückbaukosten V162-7.2 MW	1
9.	**Abfälle**	
9.1.1	Vorgesehene Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung oder Beseitigung von Abfällen (Formular 9.1)	3
9.1.2	Angaben zum Abfall – EnVentus™ V162-7.2 MW	5
9.1.3	Zertifikat des Abfallentsorgungsbetriebes	3
9.1.4	Herstellererklärung zur Asbestfreiheit	1
10.	**Abwasser**	
10.1	Allgemeine Angaben zur Abwasserwirtschaft (Formular 10.1)	1
	Abwasserentsorgung bei Vestas Windenergieanlagen	1
	Allgemeine Beschreibung – Umgang mit Abwasser-Frischwasser auf der Baustelle	2
10.2	Niederschlagsentwässerung	
	Formular 10.2	1

11.	**Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**	
11.1	**Beschreibung wassergefährdender Stoffe, mit denen umgegangen wird**	
	Formular 11.1	1
11.5	**Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden wassergefährdender Stoffe (HBV-Anlagen)**	
	Formular 11.5	1
11.8	**Sonstiges**	
11.8.1	Angaben zu wassergefährdenden Stoffen	4
11.8.2	Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen (UmwS-Merkblatt)	3
11.8.3	Ölwechsel (UmwS-Merkblatt)	4
11.8.4	Antrag auf Ausnahme für die Kranstellflächen nach § 16 Abs. 3 AwSV	1
11.8.5	Antrag auf Ausnahme nach § 16 Abs. 3 AwSV für den Verzicht auf eine ortsfeste Abfüllfläche	1
11.8.6	Allgemeine Beschreibung des Rückkühlsystems	4
11.8.7	Allgemeine Beschreibung bzgl. Umgang mit Abwasser-Frischwasser auf der Baustelle	2
12.	**Bauvorlagen und Unterlagen zum Brandschutz**	
12.1	**Bauantrag**	
	Formular 12.1	2
	Nachreichungen	
	Formular Bauantrag	2
	Beiblatt zum Antrag - Begründung	7
	Lageplan WEA inkl. Bestand 1 : 2.500	1
	Lageplan WEA inkl. Neubau 1 : 2.500	1
12.3	**Baubeschreibung**	
	Formular 12.3a	2
	Nachreichung	
12.3a	Baubeschreibung Gewerbe	2
12.4	**Bauvorlageberechtigung nach § 65 LBauO M-V**	
	Eintragung in die Gästeliste der Ingenieurkammer M-V für Herrn Wagner vom Berg vom 16.08.1996	1
12.5	**Brandschutz**	
12.5.1	Evakuierungs-, Flucht- und Rettungsplan	1
12.5.2	Generisches Brandschutzkonzept	9
12.5.3	Nachreichung Kostenübernahmeerklärung	1
12.6	**Sonstiges**	
12.6.1	Kostenübernahmeerklärung Prüfstatik	1
12.6.2	Typenprüfbescheid Turm und Fundamente	4
	Nachreichung Typenprüfbescheid	4
12.6.3	Typenprüfbescheid Standsicherheit Hybridturm HA2A90A	9
12.6.4	Typenprüfbescheid Standsicherheit Flachgründung	104
12.7	**Nachreichungen**	
13.	**Natur, Landschaft und Bodenschutz**	
13.1	**Angaben zum Betriebsgrundstück und zur Wasserversorgung sowie zu Natur, Landschaft und Bodenschutz**	
	Formular 13.1	2
	Gefährdungsabschätzung	1

13.2	**Vorprüfung nach § 34 BNatSchG**	
	Formular 13.2	1
13.5	**Sonstiges**	
	Formular 13.5	1
13.5.1	Prüfung des Erfordernisses umweltplanerischer Unterlagen	1
13.5.2	Kartierbericht 2023	12
13.5.3	Horstkartierungen 2023 1 : 15.000	1
13.5.4	Brutvogelkartierungen 2023 1 : 2.500	1
13.5.5	Nachkartierungen Horste 2024	1
13.5.6	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vom 27.01.2025	12
13.5.7	Allgemeine Beschreibung Fledermausschutzsystem	4
13.5.8	Funktionsbeschreibung Modul zum Schutz von Fledermäusen (NorthTec)	3
	Band 3 von 3	
16.	**Anlagenspezifische Antragsunterlagen**	
16.1.1	**Standorte der Anlagen**	
	Formular 16.1.1	1
16.1.2	**Raumordnung/ Zielabweichung/ Regionalplanung**	
	Formular 16.1.2	1
16.1.3	**Sicherheitstechnische Einrichtungen und Vorkehrungen**	
	Formular 16.1.3	1
16.1.3.1	Risikogutachten (Bewertung der Gefährdung von Personen auf dem Firmengelände durch den Betrieb einer Windenergieanlage)	74
16.1.3.2	Allgemeine Spezifikation Vestas Eiserkennungssystem	4
16.1.3.3	Spezifizierung „Windnachführung in arretierte Position aufgrund von Eis“	2
16.1.3.4	Blitzschutz und elektromagnetische Verträglichkeit	9
16.1.3.5	**Nachreichungen**	
	Risikogutachten zur Störfallanlage Vink Chemicals durch die WEA	36
	Erläuterungen zum Risikogutachten Vink Chemicals	3
16.1.4	**Standortgutachten**	
	Bestimmung der Turbulenzintensität (Prüfbericht WICO 162TI424-01)	15
16.1.5	**Anlagenwartung**	
16.1.5.1	Prüfprotokoll für Wartung nach drei Monaten	3
16.1.5.2	Prüfprotokoll für jährliche Inspektion	7
16.1.6	**Zuwegung, Kabel, Kran**	
16.1.6.1	Aufstellungsplan Zuwegung 1 : 2.000	1
16.1.6.2	Anforderungen an Transportwege und Kranstellflächen (Dok.-Nr.: 0040-4327 V13)	14
16.1.6.3	Prinzipdarstellung Kabelverlegung	1
16.1.7	**Luftfahrthindernisse**	
16.1.7	Erklärung zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung	1
16.1.7.1	Datenblatt zum Luftfahrthindernis	2
16.1.7.2	Topografische Karte 1 : 25.000	1
16.1.7.3	Tages- und Nachtkennzeichnung von Vestas Windenergieanlagen	19
16.1.7.4	Allgemeine Spezifikation Gefahrenfeuer – ORGA AL L550-63ADT/L240-GFW-ES-IRG-G 20 m	5
16.1.7.5	Allgemeine Spezifikation Gefahrenfeuer – Turm	6

16.1.7.6	Allgemeine Spezifikation Gefahrenfeuer – AL UPS SPS60-G2	5
16.1.8	**Abstände und Erschließung**	
	Formular 16.1.8	1
	Bedarf an Grund und Boden	1
	Grundbuchauszug	4
16.1.9	**Daten der beantragten Anlage**	
	Formular 16.1.9	1
16.1.10	**Oktav-Schallleistungspegel**	
	Formular 16.1.10	1
17	**Sonstige Unterlagen**	
	Formular 17.1	1
17.1	**Vorabstellungnahmen**	
17.1.1	BIL-Leitungsauskunft zu Tennet TSO GmbH – Bereich Nord	1
17.1.2	Auskunft Bundesnetzagentur	2
17.1.3	Abfrage Richtfunktrassen bei Bundeswehr	1
17.1.4	BIL-Auskunft zu ONTRAS Gastransport GmbH	1
17.1.5	Bestandsauskunft von ONTRAS	6
17.1.6	Abstand WEA-Standort zur Gasleitung	1
17.1.7	Gutachterliche Stellungnahme zur WEA-Planung nahe des Residenzensemble Schwerin (betr. Denkmalschutz)	41
17.1.8	Auskunft aus dem digitalen Bodenschutz- und Altlastenkataster MV	1
17.2	**Nachreichungen Landesforst**	
	FireWatch-Gutachten	11
	Brandschutzkonzept	9
17.3	**Nachreichung Denkmalschutz**	
	Sichtfeldstudie (Überarbeitung von 17.1.7)	53